



# Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik

Eine Studie zu Entwicklungstrends in  
wirtschaftlichen Schlüsselbereichen der EU  
von Prof. Dr. Gretchen Binus

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>	2. Ausländische Direktinvestitionen zum Ausbau internationaler Machtpositionen	31
<b>Kurzfassung</b>	<b>5</b>	3. Neue Trends in der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen	33
<b>Einleitung</b>	<b>13</b>	<b>IV. Marktentwicklung und Konzernstrategien unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise</b>	<b>37</b>
<b>I. Der Ausbau der ökonomischen Integration der EU – ein kurzer Überblick</b>	<b>15</b>	1. Finanzsektor	37
1. Wirtschaftsstruktur in der erweiterten EU	15	2. Industriesektor	38
2. Der Finanzmarkt als ökonomischer Hebel	16	3. Rüstungssektor	40
3. Das Industriepotential – wichtigste materielle Grundlage	17	4. Energie- und Rohstoffsektor	41
4. Energieressourcen und Rohstoffe – notwendige Bedingung der Expansion	19	5. Forderungen der Konzerne zur schnellen Krisenbewältigung	42
<b>II. Machtpositionen der Konzerne in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft</b>	<b>21</b>	<b>V. EU-Außenpolitik unter dem Druck der Expansionsstrategien der Konzerne</b>	<b>44</b>
1. Kapitalkonzentration – sozialökonomischer Grundprozess der Integration	21	1. Strategische Ambitionen der Konzerne beim Energie- und Rohstoffproblem	44
2. Fusionsentwicklung in der EU	22	2. Konzerneinfluss auf außenwirtschaftliche und außenpolitische Strategien	47
3. Machtstruktur des Großkapitals <i>Finanzkonzernmacht</i> <i>Industriemacht</i>	24 25 26	<b>VI. Für eine neue Perspektive in Europa – Vorschläge für die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag</b>	<b>51</b>
<b>III. EU-Konzerne in einer interdependenten Welt</b>	<b>29</b>	<b>Dokumentation europapolitischer Initiativen der Bundestagsfraktion DIE LINKE</b>	<b>53</b>
1. Außenhandel im Kampf um Absatzmärkte	29		

# **DIE LINKE.**

**I M B U N D E S T A G**

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: [fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender  
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Autorin: Gretchen Binus

Redaktion: Dr. Diether Dehm, Europapolitischer Sprecher und  
Mittelstandspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Titelfoto: Ulrike Dorband

Juni 2010

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen  
Initiativen finden Sie unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)**

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken  
verwendet werden!**

# Vorwort

Jede ernsthafte politische Arbeit beginnt mit der Analyse dessen, was ist. Mit der hier vorliegenden Studie „Konzernentwicklung in der Europäischen Union – ihre Auswirkung auf strategische Entscheidungen in der Außenpolitik der EU“ liefert uns Gretchen Binus das notwendige Instrumentarium, um das Agieren der Konzerne in der EU verstehen und bewerten zu können. Mit dieser Arbeit knüpft sie an ihre Studie „Konzernmacht in der Europäischen Union“ von 2006 an. Auftraggeber für beide Ausarbeitungen war jeweils die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE. Um Vorschläge für den Bau einer grundlegend veränderten Europäischen Union vorlegen zu können, benötigen wir solche Analysen.

Das Agieren der großen Konzerne, ihr Vorgehen als marktbeherrschende Monopole, bestimmt entscheidend die Richtung, in der sich unser Gemeinwesen entwickelt. Das gilt bereits für die Kommune oder den Landkreis, die oft vom Wohl und Wehe eines einzigen Konzerns abhängen. Dort ist man angewiesen auf die von ihm entrichteten Gewerbesteuern und auf die vom Konzern bereitgestellten Arbeitsplätze. Die Abhängigkeit der Politik von den Monopolen gilt erst recht für die Bundesrepublik Deutschland. Ihre Wirtschafts-, Europa-, Rüstungs-, und Forschungspolitik wird weitgehend von den Interessen der deutschen Monopole bestimmt. Aber auch in anderen wichtigen politischen Bereichen ist ihr zentraler Einfluss bestimmend, etwa in der Finanz-, der Gesundheits- oder in der Bildungspolitik. Eine aktuelle Diskussion wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Abhängigkeit der Politik von den großen Konzernen: Als wesentliche Ursache der gegenwärtigen Spannungen in der Eurozone wird zu Recht wachsendes Leistungsbilanzungleichgewicht zwischen den Mitgliedsländern identifiziert. Die Erfolge des „Exportweltmeisters Deutschland“ werden auch auf Kosten der nicht so erfolgreichen Ökonomien der südeuropäischen Länder erzielt. Was hier als Wettbewerb unter Staaten erscheint, ist aber tatsächlich Ergebnis des Vorgehens bundesdeutscher Konzerne bei ihrem Kampf um Umsatzanteile und Profit. Sie verdrängen ihre Konkurrenten aus den anderen EU-Ländern. Die Europäische Union ist dabei nur Austragungsfeld dieser gnadenlosen Kämpfe. Wer sich auf ihrem Binnenmarkt von inzwischen 500 Millionen Menschen – also weit mehr als in den USA leben – durchsetzen kann, der wird zum entscheidenden „global player“.

Gretchen Binus zeigt uns in ihrer Studie, wie die Monopolunternehmen auf der Ebene der EU bei der Verfolgung ihrer Ziele systematisch und strategisch vorgehen. Sie weist nach, dass unter ihnen die bundesdeutschen Konzerne ausgesprochen erfolgreich agieren. Um nun diese errungene Stärke des deutschen Kapitals nicht zu gefährden, sperrt sich die schwarzgelbe Bundesregierung gegenüber jeglichen Forderungen nach einer Reduzierung des hohen

bundesdeutschen Leistungsbilanzüberschusses. Die unterbreiteten französischen und spanischen Vorschläge für eine europäische Wirtschaftsregierung, in der diese Ungleichgewichte zum Thema gemacht werden könnten, weist sie schroff zurück. Bereits in den unter deutscher Führung entstandenen Lissabon-Vertrag war eine solche Wirtschaftsregierung nicht aufgenommen worden. Auch deshalb hat die Partei DIE LINKE diesen Vertrag abgelehnt. So führen abermals monopolistische Konkurrenz um Absatzmärkte, der Kampf um Marktanteile und um die damit zu realisierenden Profite zum Aufbrechen von Spannungen in Europa, werden Ressentiments zwischen Völkern geschürt, geraten der Euro und damit die europäische Integration als Ganzes in Gefahr.

Die politische LINKE muss diese Bedrohung erkennen. Will sie wirklich fortschrittliche Politik betreiben, hat sie sich den Strategien der Konzerne entgegensustellen. Sie muss dabei lernen, wie wirtschaftliche Macht zu politischer Macht wird. In der deutschen Sozialdemokratie gab es noch lange ein waches Bewusstsein von der Gefahr, die von wirtschaftlicher Konzentration, von politischer Macht der Monopole ausgeht. So hieß es noch im Godesberger Programm von 1959 im Abschnitt Eigentum und Macht: „Ein wesentliches Kennzeichen der modernen Wirtschaft ist der ständig sich verstärkende Konzentrationsprozess. Die Großunternehmen bestimmen nicht nur entscheidend die Entwicklung der Wirtschaft und des Lebensstandards, sie verändern auch die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft: Wer in den Großorganisationen der Wirtschaft die Verfügung über Millionenwerte und über Zehntausende von Arbeitnehmern hat, der wirtschaftet nicht nur, er übt Herrschaftsmacht über Menschen aus; die Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten geht weit über das Ökonomisch-Materielle hinaus. Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb. Wer nicht über gleiche Macht verfügt, hat nicht die gleiche Entfaltungsmöglichkeit, er ist mehr oder minder unfrei. (...) Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht (...)“.

Auch in dem 1989 verabschiedeten SPD-Grundsatzprogramm heißt es im Abschnitt Markt und Lenkung: „Die Wirkungsmöglichkeiten des Marktes werden durch übermäßige Konzentration aufgehoben. Konzentration kann kleine und mittlere Unternehmen wettbewerbsunfähig machen und die demokratisch legitimierten Steuerungsinstrumente des Staates in ihrer Wirkung beschneiden.“

Die heutige Führung der Sozialdemokratie hat all dies leider ebenso vergessen wie auch die anderen

neoliberalen Parteien. Für sie gibt es offensichtlich keine übermäßige Kapitalmacht mehr, die „Staatsgewalt usurpiert“. Es ist die neue Partei DIE LINKE, die heute diese Gedanken aufgreift, sie programmatisch formuliert und schließlich in politische Aktionsprogramme zur Überwindung der Konzernmacht bringen muss. Die von Gretchen Binus in ihrer Studie dargestellten Strategien der Konzernentwicklung in der Europäischen Union als auch die von ihr unterbreiteten Vorschläge für die Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE sind dabei eine gute Grundlage. Es geht um entscheidende Fragen unserer Demokratie: „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Staat und Gesellschaft dürfen nicht zur Beute mächtiger Interessensgruppen werden.“ So steht es im Godesberger Programm der SPD. DIE LINKE fordert daher, jegliche Enteignung der Arbeitnehmer rückgängig zu machen und Mitarbeitergesellschaften einzurichten. Nur eine gerechte Eigentumsordnung ermöglicht Demokratie und Freiheit.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Oskar Lafontaine', written in a cursive style.

Oskar Lafontaine

# Kurzfassung

1. Die schwerste Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten hat die Welt getroffen und die Europäische Union (EU) in einen Erosionsprozess hineingezogen. Das ist Kennzeichen einer hochgradigen Instabilität des gesamten kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Von außerordentlicher Tragweite sind dabei sowohl die gewachsenen, äußerst engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Staaten als auch der Fakt, dass sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein bedeutender Wandel in den internationalen Beziehungen vollzogen hat, sich neue Machtkonstellationen im politischen Weltssystem herausbilden.

Im Kontext mit dem Umbruch in den internationalen Beziehungen entwickeln sich die strategischen Zielstellungen in der Außenwirtschafts- und Außenpolitik der Europäischen Union. Sie werden zugleich von den Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik angesichts der weltwirtschaftlichen Prozesse beeinflusst. Es geht dabei um Positionsgewinn der Europäischen Union im Kampf um die Vormachtstellung innerhalb der kapitalistischen Ökonomie, um Märkte und Rohstoffressourcen. Die Großkonzerne in der Europäischen Union suchen dabei ihre Interessen durchzusetzen und nutzen unter politischem Druck sowohl die Institution Nationalstaat als auch die EU-Gremien. Die außen- und sicherheitspolitischen Strategien der Staaten und der EU erhalten eine von ihren Profitbestrebungen geprägte Richtung.

2. Für den Wandel in den internationalen Beziehungen hat die Erweiterung des europäischen Integrationsraumes von 1992 bis 2007 von 12 auf 27 Mitgliedsländer als Machtfaktor im Weltgeschehen eine außerordentliche Bedeutung. Mit dem Zuwachs des geopolitischen Areal auf über 4 Millionen Quadratkilometer sowie der Bevölkerung auf 498 Millionen Einwohner wurde die EU zum größten integrierten Wirtschaftsraum in der Welt. Sie repräsentiert inzwischen über 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die Konzerne können auf ein ökonomisches Potential zurückgreifen, das sich in den letzten Jahren beträchtlich erweitert hat. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der 27 Mitgliedsländer der EU erhöhte sich bis 2008 auf 12.507 Mrd. EUR!

Mit der raschen Osterweiterung der EU hat sich innerhalb des vergrößerten Integrationsraumes das innergemeinschaftliche Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Nationalstaaten vergrößert. Das Wirtschaftspotential konzentriert sich weiterhin zu fast drei Vierteln des Bruttoinlandsprodukts auf die Kernländer Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien. Deutschland kann mit rund 20 Prozent Anteil am gesamten BIP sein ökonomisches Gewicht in den Machtverteilungskämpfen innerhalb der EU in die Waagschale werfen.

3. Das EU-Wirtschaftspotential wird zu fast der Hälfte vom Industriesektor und dem Finanz- und Unternehmensdienstleistungssektor getragen. Kennzeichnend für seinen Strukturwandel ist, dass der Dienstleistungs- gegenüber dem Industriebereich weiter an Gewicht gewonnen hat. Die Ursachen dafür liegen in der Liberalisierung der Finanzmärkte und ihrer tragenden Funktion für die Kapitalmobilisierung der Konzerne. Zugleich kommt den unternehmensbezogenen Dienstleistungen auf Basis der Informations- und Kommunikationstechnologie eine immer größere Rolle im Wirtschaftsgefüge zu.

Der Finanzsektor als entscheidende Funktionsbedingung für die Wirtschaft spielt vor allem bei der Ausdehnung monopolistischer Kapitalverhältnisse innerhalb der europäischen Integration eine entscheidende Rolle. Die Wertschöpfung der fast 6 Millionen Beschäftigten dieses Bereiches wuchs bis 2006 auf 588 Mrd. EUR an und erreichte an der gesamten Wirtschaftstätigkeit einen Anteil von 7,5 Prozent. In diesem Bereich konzentriert sich der Banken- und Versicherungssektor, dessen Schwerpunkt zu 55 Prozent in den fünf Ländern Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Niederlande liegt. Bei ihm ist der Handel mit Wertpapieren, Investmentfonds und den spekulativen Finanzderivaten konzentriert. Sein überdimensioniertes Wachstum trug dazu bei, dass die Finanzmärkte im EU-Raum heute ein unübersichtliches, anfälliges Gebilde darstellen und Quelle der gegenwärtigen Krise sind. Die Europäischen Investmentfonds erreichten 2006 einen Vermögenswert von 7.552 Mrd. EUR.

Der Industriesektor als wichtigste materielle Grundlage der EU – an der Wertschöpfung der gesamten nicht-finanziellen Wirtschaft zu 35,5 Prozent beteiligt – zählt zu den kapitalintensivsten Bereichen der Wirtschaft mit einer stark angewachsenen Arbeitsproduktivität. Er wird von sechs großen Industriebranchen getragen, auf die 60 Prozent der gesamten industriellen Wertschöpfung entfallen: Chemieindustrie, darunter Pharmazeutika, Eisen- und Stahlindustrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Fahrzeugbau, Maschinenbau und Luft- und Raumfahrtindustrie. Zu den letzten beiden Schlüsselbereichen zählt die Rüstungswirtschaft. Ihr Stellenwert hat sich aufgrund der militärstrategischen Ambitionen der EU enorm erhöht – sichtbar an den überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den letzten Jahren.

Charakteristisch für den Industriebereich der EU ist das innergemeinschaftliche Ungleichgewicht. Mehr als zwei Drittel des modernen Industriezweigpotentials der EU-27 entfallen auf die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien. Der Industriesektor zählt zu den am höchsten konzentrierten der Wirtschaft. Die ökonomische Unternehmenslandschaft in der EU ist zwar insgesamt durch das übergroße Gewicht der kleinen und mittleren Un-

ternehmen (KMU) geprägt - mit 20,2 Millionen Unternehmen im nicht-finanziellen Wirtschaftsbereich der EU-27. Auf sie entfallen zwei Drittel aller Beschäftigten und fast 58 Prozent der gesamten Wertschöpfung. Die Großkonzerne aber bestimmen das Wirtschaftsgeschehen. In den rund 40 000 Großunternehmen sind ein Drittel aller Beschäftigten konzentriert. Sie erarbeiten mehr als zwei Fünftel des Wertes und weisen eine hohe Arbeitsproduktivität auf. In den Schlüsselbereichen der Industrie ist der Konzentrationsgrad am stärksten ausgeprägt. In nicht einmal einem Prozent der Unternehmen der Industrie werden fast 60 Prozent des gesamten Produktionswertes geschaffen.

4. Der Energie- und Rohstoffbereich hat einen besonderen Stellenwert in der Wirtschaft der EU. Durch die wachsende Importabhängigkeit von Rohstoffen sind die Energie- und Rohstoffprobleme der Wirtschaftspolitik der EU in den Vordergrund gerückt. Ihre Lösung ist für die Weiterentwicklung des ökonomischen Potentials der EU und damit der Machtposition der Großkonzerne von erstrangiger Bedeutung.

Der Energiesektor der EU-27 mit einer Wertschöpfung von 270 Mrd. Euro (2006) ist zu mehr als 67 Prozent in den Ländern Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien konzentriert. Er ist - mit Ausnahme der erneuerbaren Energien - durch einen Rückgang der Produktion, einen steigenden Verbrauch und damit durch eine erhöhte Importabhängigkeit gekennzeichnet. Gleichzeitig hat sich die Produktionsstruktur verändert. Während der Anteil von erneuerbarer Energie auf 16 Prozent und von Nuklearenergie auf 28 Prozent anwuchs, verblieb der Gasanteil bei einem Fünftel der Primärenergieproduktion. Der Anteil von Rohöl und Mineralölprodukten sank auf 14 sowie von Kohle und Koks auf 10 Prozent ab. Der Bruttoinlandsverbrauch hingegen wuchs - mit der Konsequenz, dass die Nettoimporte an Energierohstoffen stiegen und sich die Energieabhängigkeit der EU-27 bis 2007 auf 53 Prozent erhöhte.

Neben der Energiefrage hat die gesamte Rohstoffproblematik in dem gegenwärtigen Umbruch weltwirtschaftlicher Veränderungen an ökonomischer und politischer Brisanz gewonnen. Die wachsende Nachfrage nach Ressourcen betrifft immer stärker die nicht-energetischen Werkstoffe und zahlreiche seltene Metalle für die moderne Industrieproduktion. Das hat seit Anfang dieses Jahrhunderts zu einem erheblichen Preisschub geführt, wobei sich neben dem Rohölpreis auch die Preise für Eisenerz und Stahlschrott verdoppelt haben. Besonders bei Industriemetallen ist die Wirtschaft der Europäischen Union auf Einfuhr angewiesen. Die Situation beim „Ressourcenzugang“ wird von der Europäischen Kommission als „hochkritisch“ angesehen.

5. Für die ökonomische Entwicklung der EU bilden die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft eine wesentliche Grundlage. Sie beschleunigen den Machtzuwachs der großen EU-Konzerne im europäischen Integrationsraum und stärken ihre internationale Position.

Die Kapitalkonzentration als sozialökonomischer Grundprozess der EU-Integration realisiert sich in erster Linie über Fusionen und Übernahmen von Unternehmen und trägt damit zur Erweiterung der monopolistischen Eigentumsstruktur bei. Dieser Prozess innerhalb der EU ist zugleich Bestandteil der internationalen Fusionsaktivitäten von transnationalen Konzernen.

Von 2003 bis 2007 hat es einen enormen Aufschwung der Fusionsbewegung gegeben, wobei sich der Wert der grenzüberschreitenden Übernahmen bis 2007 auf 1.637 Mrd. US-Dollar vervierfacht hat. An diesen Finanzdeals waren die Konzerne der EU mit 47 Prozent, die der USA mit 23 Prozent beteiligt. Der riesige Umfang an akkumulierten Finanzmitteln hängt u. a. auch mit dem spekulativen Agieren der Private Equity- und Hedge-Fonds zusammen. Sie realisierten von 2003 bis 2007 über 8000 Fusionen zu einem Wert von 1 238 Mrd. Dollar und waren zu mehr als einem Viertel an allen Großfusionen beteiligt

Diese Internationalisierung des Kapitals ist ein überwiegend von den hochmonopolisierten Wirtschaftsregionen der kapitalistischen Industriestaaten aus regulierter und von deren Interessenlage bestimmter Prozess. Er ist gegenwärtig starken Veränderungen unterworfen. Asien beginnt die gesamte Struktur in der geographischen Verteilung von Transaktionen zu verändern. Mit dem Wirtschaftswachstum von China und Indien stieg der Anteil dieser Region an den gesamten internationalen Transaktionen. Unter Einschluss von Brasilien und Russland waren diese vier Länder - die BRIC-Staaten<sup>1</sup> - 2006 zu mehr als 6 Prozent am weltweiten Fusionsprozess beteiligt.

6. Die Fusionsentwicklung in der EU erlebte seit Mitte dieses Jahrzehnts erneut einen Anstieg, vor allem im Zusammenhang mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen im erweiterten Integrationsraum der EU und auch in Russland. In Mittel- und Osteuropa wurden allein 2005 fast 4.500 Mergers & Acquisitions-Transaktionen durchgeführt. Zugleich zeigten sich auch strukturelle Veränderungen zugunsten der innergemeinschaftlichen Transaktionen. Sie waren in der EU-25 2006 am gesamten Transaktionsvolumen mit 28,6 Prozent beteiligt. Der Schwerpunkt lag jedoch mit 55,3 Prozent bei den nationalen Zusammenschlüssen. An den rund 8650 innergemeinschaftlichen Fusionsaktivitäten waren überwiegend die Unternehmen aus den „Kernländern“ beteiligt: Großbritannien mit 24,8, Deutschland mit 15,6, Frankreich mit 13,6, Spanien mit 8,3 und Italien mit 7,5 Prozent. Die sektoralen Schwerpunkte konzentrierten sich mit 28,6 Prozent auf das verarbeitende Gewerbe, zu 16,2 Prozent auf den Bereich Finanzen, Versicherungen, Immobilienwirtschaft.

Im Ergebnis der anwachsenden Kapitalverflechtungen im europäischen Integrationsraum gelangen immer mehr Unternehmen unter ausländische Kontrolle. Die Unternehmensverfassung der EU nimmt dadurch

<sup>1</sup> Aus den Anfangsbuchstaben der Länder Brasilien, Russland, Indien und China gebildete Abkürzung

zunehmend internationalen Charakter an. Auslandsunternehmen waren 2007 in 17 EU-Mitgliedsländern an der Wertschöpfung des nichtfinanziellen Sektors der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 18 Prozent, an der Zahl der Beschäftigten mit 13 Prozent beteiligt. Mehr als die Hälfte der Übernahmen in diesem Sektor entfiel auf die Industrie. Vor allem mit der Osterweiterung der EU konnten die Großkonzerne die Unternehmen der ehemaligen sozialistischen Staaten sich und ihren Profitstrategien unterordnen. Der Beherrschungsgrad durch Firmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten ist in der gewerblichen Wirtschaft besonders hoch in den Ländern Rumänien, Estland, Bulgarien, der Slowakei, der Tschechischen Republik.

Träger und Organisator der Konzernexpansion war der Bankensektor. In großen Dimensionen konzentrierte er Geldmittel und Vermögen, in dem er seine Positionen über Fusionen selbst ausbaute und die „Europäisierung“ der Banken vorantrieb. Getragen wurden diese Aktivitäten von den Großbanken der EU-Kernländer sowie aus Luxemburg, Irland, Schweden und Österreich. Mit der Fusionsentwicklung im Bankgewerbe, vor allem durch die innergemeinschaftliche, ist der Marktanteil ausländischer Banken im EU-Raum gestiegen. Für die EU-Staaten-25 wird ein Anstieg des Auslandsanteils von 1997 bis 2006 von 3,5 auf 19 Prozent genannt, während der Marktanteil von Banken aus Drittländern fast unverändert bei rund 8 Prozent blieb. In Rumänien haben ausländische Banken einen Marktanteil von 86 Prozent. Ähnliche Abhängigkeiten gibt es auch in Ungarn und Lettland. Diese Länder sind dadurch im besonders starken Maße in den Strudel der Finanzkrise einbezogen.

7. Der Ausbau seiner Machtposition innerhalb der Europäischen Union ist für das Großkapital eine Frage seiner Existenz und weiterer Expansionsmöglichkeiten im internationalen Maßstab. Machtstruktur und die internationale Stellung des EU-Großkapitals haben sich weiter gefestigt. Entsprechend der United Nations Conference on Trade and Development-Statistik der größten nicht-finanziellen transnationalen Gesellschaften der Welt konnten die europäischen Konzerne ihre Position ausbauen, während die Dominanz der USA schwindet. Unter den „Top 100“ haben 57 Konzerne ihren Sitz im EU-Wirtschaftsraum und nur noch 20 in den USA. Gleichzeitig tauchen neue Konkurrenten aus anderen regionalen Räumen auf – so aus China und Korea.

Eine analoge Entwicklung in den internationalen Kräfteverschiebungen zugunsten der Finanzkonzerne der EU zeigt sich auf dem Finanzmarkt. Unter den von der UNCTAD aufgelisteten 50 führenden Weltfinanzkonzernen kamen 2008 aus der EU 31 Großbanken und Versicherungskonzerne und 8 aus den USA. Die Akkumulation riesiger Vermögen bei diesen 50 Finanzgiganten ist enorm. Sie wiesen 2008 als Vermögenswert mehr als 54.000 Mrd. US-Dollar an Aktiva aus.

Auf dem Industriesektor hat der Fusionsprozess in der EU für die Verschiebung in der internationalen Machtverteilung entscheidende Schwerpunkte gesetzt. Die

432 umsatzstärksten Industriekonzerne der EU sind unter den 500 führenden Europas in 11 Schlüsselbereichen tätig. Aufgrund ihrer gewichtigen Marktpositionen können sie wesentlich die Machtverhältnisse in Wirtschaft und Politik der EU bestimmen.

Nach wie vor rangieren die Mineralölkonzerne und Energieversorger an vorderster Stelle unter den TOP-500 Europas. Neben der stark monopolisierten Automobilindustrie in nur 8 Unternehmen hat sich neben den von wenigen Konzernen beherrschten Zweigen der Chemie und Pharmazie, der Eisen- und Stahl-, Elektroindustrie und des zunehmend schwergewichtigen Rüstungssektors im volkswirtschaftlichen Spektrum auch die Telekommunikation als eigenständiger Bereich etabliert. Sie spielt als Träger der sich neu formierenden Infrastruktur-Industrie für die Kapitalexpansion auf neuen Märkten eine wachsende Rolle. Der Maschinen- und Anlagenbau hat mit 20 Großunternehmen durch seine auf hohes wissenschaftlich-technisches Niveau orientierte investitionsgütererzeugende Produktion im Internationalisierungsprozess eine exponierte Stellung inne.

8. In den letzten Jahrzehnten haben über Handel und Auslandsinvestitionen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der Staaten außerordentlich zugenommen, auch innerhalb der EU-Integration. Die neoliberal getriebene Außenwirtschaftsentwicklung jedoch drückt der wachsenden Interdependenz der Volkswirtschaften ihren spezifischen Stempel auf, da sie von den Interessen der Großkonzerne und der ökonomischen Vorherrschaft der „Kernländer“ der EU geprägt ist. Hieraus ergeben sich besondere Zwänge zur Profilierung nationaler Führungspositionen, die das Gegeneinander über protektionistische Tendenzen und die Labilität in den engen Wirtschaftsbeziehungen erhöhen. Gleichzeitig entwickeln sich über Außenhandel und Auslandsinvestitionen neue Tendenzen in den Kräftegruppierungen der Weltwirtschaft. Sie tangieren die bisherigen geopolitischen Strukturen in den internationalen Beziehungen. Die Europäische Union ist dadurch in ihrer Außenpolitik gefordert.

Mit den Tendenzen zur regionalen Bildung von Handelsblöcken in vielen Regionen der Welt sowie auch mit der Marktöffnung Chinas hat sich der Welthandel überaus rasch entwickelt. Das Handelsvolumen verdoppelte sich in den letzten zwanzig Jahren. Rund die Hälfte des Warenaustausches entfiel im vergangenen Jahrzehnt auf die EU, die USA, China und Japan. Allerdings zeigen sich zwischen den vier größten Handelsakteuren wesentliche Verschiebungen, was Rückschlüsse auf die sich verändernde Kräftekonstellation in der Weltwirtschaft zulässt. Die USA haben im Export an Positionen eingebüßt, während sich Japans Stellung im Welthandel generell verringert hat. China gelangte im internationalen Warenaustausch an die vorderste Spitze des Weltexports.

Die Europäische Union als stärkste Handelsmacht in der Weltwirtschaft konnte im Außenhandel eine

weitaus schnellere Entwicklung verzeichnen als in ihrem gesamten Wirtschaftswachstum. Die exponierte Stellung der EU im Außenhandel hängt mit dem hohen industriellen Entwicklungsstand sowie mit den dadurch bedingten Schwerpunkten des Warenaustausches zusammen. Sie liegen in den Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes, die auf Grund eines hohen wissenschaftlich-technischen Niveaus durch vielfältige arbeitsteilige Vernetzungen den Handel stimulieren. Die Warengruppen „Maschinen und Fahrzeuge“ waren 2007 mit 44 Prozent und „Chemische Produkte“ mit 16 Prozent an den Exporten beteiligt. Unter diese Gruppen fallen die umfangreichen Rüstungsexporte. Das Exportvolumen von Frankreich und Großbritannien belief sich 2006 auf fast 9 Mrd. US-Dollar. Deutschland lieferte 2007 für 3,4 Mrd. US-Dollar Waffen in alle Welt.

Die Richtungen des EU-Exports haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Zwar sind die USA noch das wichtigste Exportland, aber die Ausfuhr in andere Länder wie China und Russland gewinnt durch hohe Zuwachsraten an Bedeutung.

Der Warenexport wirkt als Initiator für Markterschließung und Gewinnung von Marktpositionen. Dies gilt für die fortschreitende regionale Integration der EU, vor allem auch für die Osterweiterung. Es werden fast zwei Drittel des gesamten Warenaustausches der EU im Gemeinsamen Binnenmarkt abgewickelt. Zu fast Dreivierteln wird der Export insgesamt von den EU-Kernländern realisiert. Er begünstigt ihre exportstarken Schlüsselindustrien und festigt damit das Ungleichgewicht in den wirtschaftlichen Positionen innerhalb der EU.

9. Mit der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen der Großkonzerne in den letzten Jahren hat die Vernetzung der Volkswirtschaften in der Welt einen neuen Stand erreicht. Da über sie die regionale, sektorale sowie strukturelle Entwicklungsrichtung der Volkswirtschaften realisiert wird, kommt ihnen bei der Einschätzung des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses eine erstrangige Bedeutung zu. Sie sind zu einem entscheidenden Instrument zwischenstaatlicher Konkurrenz geworden und geben den zwischenstaatlichen Konflikten verstärkten Auftrieb.

Bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise war ein explosionsartiger Schub im Umfang der ausländischen Direktinvestitionen zu verzeichnen. Das gesamte Volumen an ausländischen Direktinvestitionen in der Welt erhöhte auf 3.830 Mrd. US-Dollar (2007). Auf die EU, USA, Japan und China entfielen davon über 70 Prozent. Besonders schnell sind die der EU-27 angewachsen. Sie war zu 57 Prozent an den weltweiten Auslandsinvestitionen beteiligt. Zu mehr als drei Vierteln wurden diese Investitionen von den fünf „EU-Kernländern“ bestritten.

Die Direktinvestitionen innerhalb der Europäischen Union werden von den Großkonzernen als Ausgangspunkt ihrer Expansion im globalen Maßstab

angesehen. Von 2004 bis 2007 gingen jährlich mehr als 60 Prozent des gesamten Kapitalexportes der Mitgliedsländer in die EU-Partnerländer. Auch der Kapitalzufluss aus dem Ausland in die EU-27 weist einen annähernd gleichen Zuwachs auf – ein Beweis, dass die liberalisierten Märkte in der EU für Kapitalanlagen der Konzerne außerhalb der EU mit hohen Profiterwartungen verknüpft sind.

Die Kapitalverflechtung innerhalb der EU erhielt mit dem Beitritt der 12 neuen Mitgliedsländer besonderen Auftrieb. Sie eröffneten den Großkonzernen neue Märkte für die Kapitalverwertung. Von 2004 bis 2006 flossen aus der EU-15 allein in die neuen Mitgliedsländer Direktinvestitionen in Höhe von 94 Mrd. Euro. Sie verteilten sich zu 42 Prozent auf Ungarn, zu 17 Prozent auf Polen, zu je 7 Prozent auf Rumänien, Bulgarien und Tschechien. Die größten Investoren aus den EU-Ländern waren die Unternehmen aus Deutschland, Spanien, Österreich und Luxemburg. Für die osteuropäischen EU-Mitglieder war dieser Kapitalzufluss ein besonderer Anreiz für ein schnelles, aber schuldenfinanziertes Wirtschaftswachstum – mit verheerenden Konsequenzen in der gegenwärtigen Krise.

10. In jüngster Zeit zeigen sich in der Entwicklung der Finanzströme hinsichtlich der geographischen Richtung, der Anlagenstruktur und der Kapitalträgerschaft neue Trends. Sie sind auf die überaus rasche Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie auf sich in der Welt neu herausbildende Wirtschaftszentren zurückzuführen. Das bleibt nicht ohne Einfluss auf die Auslandsstrategien der Großkonzerne der EU und die sie stützende Brüsseler Politik.

*Erstens.* Es ist ein zunehmender Kapitalfluss in die BRIC-Länder, festzustellen. In diesem als Gruppierung genannten Länderpool drückt sich der Wandel in den internationalen Beziehungen aus – zugunsten sich herausbildender neuer Kräftekonstellationen mit einer Verlagerung nach Asien und Südamerika. Eine Reihe von ökonomisch wichtigen Indikatoren lassen die „BRIC“-Länder in den Konzernstrategien immer stärker in den Vordergrund rücken – wie der überaus große Markt, das hohe Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren, ihre umfangreichen Rohstoffressourcen wie Eisenerz, Öl und Erdgas sowie der wissenschaftlich-technische Erkenntnisstand. Die Aussichten auf besonders günstige Kapitalverwertungsbedingungen haben die EU-Konzerne zu einer verstärkten Investitionstätigkeit in diesen Ländern stimuliert.

*Zweitens.* Als ein neuer, struktureller Trend in der Internationalisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen wird die Infrastruktur-Industrie zu einem Kampfplatz um Machtpositionen. Dieser Sektor entsteht als ein neuer, profitabler Markt für Kapitalanlagen im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und Kombination der Bereiche Elektroenergie, Telekommunikation, Transport und Wasserwirtschaft. Besonders in den weniger entwickelten Volkswirtschaften besteht an seinem Ausbau und an Investitionen ein großer Bedarf. Daher wurden sowohl

in den entwickelten als auch in den Entwicklungsländern zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Kapitalverwertung für Unternehmen der Infrastruktur-Industrie ergriffen. Sie betreffen die staatliche Förderung technologischer Innovationen, die Liberalisierung der Märkte und die umfangreiche Privatisierung öffentlichen Eigentums im Energie- und Wasserbereich.

Die mächtigsten EU-Konzerne dieser Branche haben davon profitiert. Durch ihre gestiegenen Kapitalinvestitionen konnten die EU-Konzerne ihren Auslandsanteil am Gesamtbestand in den Sektoren Elektrizität, Transport und Telekommunikation von 31 auf 70 Prozent erhöhen.

*Drittens.* Auf dem Weltfinanzmarkt sind in den letzten Jahren die Staatsfonds ein bedeutender Faktor in der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Als Träger und Instrument ausländischer Direktinvestitionen wirken sie nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch auf den Wandel im Kräfteverhältnis der Staaten ein. Ihre zunehmende Aktivität tangiert die Konkurrenzverhältnisse und damit unmittelbar auch die Machtstellungen der Konzerne. Durch ihre Kapitalbeteiligung in Unternehmen der Schlüsselindustrie verändern sie die monopolistischen Eigentumsstrukturen und fordern damit die Politik zu politischem Handeln heraus.

Das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen durch die Staatsfonds hat sich von 2002 bis 2007 vervierfacht und ist auf die entwickelten Staaten, vorrangig Großbritannien, die USA und Deutschland, konzentriert. Die Finanzmittel werden vorwiegend im Dienstleistungssektor angelegt. Der Trend aber geht in Richtung auf Beteiligung an Großkonzernen der Industrie.

11. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist durch eine Verknotung zahlreicher ökonomischer und politischer Krisenprozesse gekennzeichnet. Mit ganzer Wucht hat sie die Europäische Union und fast alle ihre ökonomischen Stützpfeiler erreicht. Damit erfährt die expansive Entwicklung der EU-Konzerne der letzten Zeit einen gewaltigen Einschnitt. Für die Großkonzerne der EU ist die wirtschaftliche Krisensituation eine Herausforderung, ihre Profitstrategien den neuen Gegebenheiten anzupassen. Dazu gehören der Einsatz der eigenen Kapitalstärke, Fusionen und eine Vielfalt von Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung wie Veränderung der Konzernstrukturen, Umbau der Organisations- und Leitungsstrukturen, Bildung neuer strategischer Allianzen zur Neuaufteilung der Märkte – verbunden mit rigorosem Arbeitsplatzabbau.

Der EU-Finanzmarkt war am Weltfinanzgeschäft und an den Spekulationen unmittelbar beteiligt und ist dadurch seit dem Beginn des Crashes in den USA in die Krise involviert. Zwar erlitten die EU-Banken im Jahr 2008 Verluste, aber gerade die großen Monopolbanken haben ein ausreichendes Kapitalpolster und nutzen vor allem die finanzielle Hilfe der gigantischen Rettungspakete sowie die gesetzgeberischen Maßnah-

men des Staates. Als Trends zeichnen sich eine Reihe von Strategien zu Erhaltung und Ausbau der Machtpositionen ab wie die Bildung neuer Bankengiganten mit staatlicher Hilfe, die Expansion der Banken in den Dienstleistungsbereich, die Tendenz zur „Marktbereinigung“, d. h. des profitablen Verkaufs von Unternehmensteilen, die Bildung neuer Allianzen, die geographische Ausrichtung der Großbanken auf Asien, besonders auf China, Indien und Brasilien sowie eine Orientierung auf Staatsfonds als neue Kapitalquelle zur Stabilisierung ihrer Finanzmacht.

12. Im Industriebereich wirkt die Krise aufgrund der ungenügenden Binnennachfrage und des starken Exportrückgangs. Unter diesen Bedingungen suchen die führenden Großkonzerne, die Existenz ihrer Konzernmacht abzusichern, ihre Marktanteile zu halten und dafür entsprechende Strategien zu entwickeln.

- Der Automobilbau ist in Verbindung mit den bereits länger wirkenden Strukturproblemen und seiner überholten Modellpolitik von hohen Überkapazitäten gekennzeichnet. Die Konzernstrategien setzen unter Nutzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen längerfristig auf Größenwachstum durch Verflechtung mit anderen Konzernen, Umorientierung auf neue Technologien und Techniken sowie Umrüstung der Produktion durch Einstieg in neue Marktsegmente, Richtungswandel in der internationalen Expansion auf zukunftssträchtige regionale Wachstumsmärkte und Inanspruchnahme von Staatsfonds zum Ausbau internationaler Marktpositionen auf Grundlage von Zukunftstechnologien.

- Weltweit ist die Chemie- und Pharmaindustrie von einer wirtschaftlichen Rezession betroffen. Die krisenbedingte Wirtschaftssituation wird von den mächtigen Konzernen zu Übernahmen und zur Intensivierung ihrer langfristigen, internationalen Expansionsstrategien genutzt. Es werden die Machtpositionen in der hochwertigen Spezialchemie gefestigt, auf forschungsintensiven Teilbereichen vermehrt FuE-Allianzen mit externen Unternehmen abgeschlossen und in der internationalen Expansion – besonders im asiatischen und pazifischen Raum – mit Großfirmen der Infrastruktur-Industrie Kooperationen in Gang gesetzt.

- In der Metallindustrie stehen seit Beginn der Krise 2008 mit den gravierenden Produktionseinbrüchen und einem bisher nicht gekannten Auftragsrückgang radikale Sparpläne im Vordergrund. Gleichzeitig werden längerfristige Profitstrategien in Gang gesetzt, Effizienzprogramme aufgestellt, die Kosteneinsparungen in neuen Größenordnungen, verbunden mit Massenentlassung ermöglicht. Durch Aufkauf von Firmen und Beteiligungen sollen die Produktionsstrukturen verbreitert und damit „krisensicherer“ gemacht werden. Die internationalen Expansionsstrategien werden gezielt auf die großen regionalen Absatzmärkte wie China, Brasilien, USA, Naher Osten ausgerichtet.

- In den Wirtschaftsbereichen Elektroindustrie und Telekommunikation mit ihrer breiten Produktionspalette wird die Wirtschaftskrise von den Konzer-

nen als „die“ Chance für die Realisierung effektiver Profitstrategien angesehen. So werden die Sparprogramme mit einem rigorosen Arbeitsplatzabbau verbunden, stärker auf zukunftssträchtige, profitable Bereiche orientiert, das Engagement in kundennahen Dienstleistungen erhöht, die internationale Expansion auf den Energiemarkt Russlands mit den Bereichen Energieeffizienz und Atomkraft sowie auf Lateinamerika im Bereich Infrastruktur ausgerichtet.

13. Die Rüstungswirtschaft der EU nimmt in dieser wirtschaftlichen Lage eine herausragende Sonderstellung ein: Durch die forcierte Militarisierung der EU und den anhaltenden Rüstungsboom sichern milliardenschwere staatliche Rüstungsaufträge und Großprojekte stabil und langfristig die enormen Profite der Konzerne. Zugleich nutzen die Rüstungsmonopole die weltweite Wirtschaftskrise, ihre eigenen Expansionsstrategien intensiver durchzusetzen – und dies sowohl im Einklang mit nationalen Interessen zur Ausweitung und Absicherung der Märkte als auch mit den machtpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union. Die Konzernstrategien richten sich auf die Ausnutzung der finanziellen Staatshilfe aus den Konjunkturprogrammen zur Förderung von Rüstungsexporten, auf die Übernahme kleinerer, äußerst innovativer Firmen in den USA zum Ausbau ihrer dortigen Konkurrenzpositionen, auf verstärkte Kooperation in den modernsten Gebieten der Militärtechnik zur Festigung des Militär-Industrie-Komplexes in Europa sowie auf die weitere Internationalisierung der Rüstungssparte der EU.

14. Der Energiebereich der EU mit der Mineralölindustrie und Energieversorgung war aufgrund seiner großen Exportabhängigkeit, seines starken Anteils am Welthandel sowie der gesunkenen Nachfrage von der Krise betroffen. Die wenigen Monopole haben in den letzten Jahren jedoch so hohe Gewinne gemacht, dass sie damit „ganz gut klarkommen“. Auf die gegenwärtige Krise reagieren die Großkonzerne mit einer verstärkten Kapitalkonzentration im Integrationsraum der EU, mit dem Umbau der Konzernstrukturen, gezielten Investitionsstrategien zur Erschließung neuer Rohstoffreserven in der Arktis, im Irak, in Kanada und Russland, einer beginnenden Umorientierung der Konzernschwerpunkte auf den Bereich erneuerbare Energien sowie einem Wiedereinstieg der Strom- und Gaskonzerne in die Atomtechnologie und mit Ausbau des Atomenergiebereiches, ergänzt durch internationale Kooperationen auf diesem Gebiet und die geographische Orientierung der Expansion auf Zentralasien zur Erschließung von Rohstoffquellen.

15. Konform mit den Konzernstrategien gehen die politischen Forderungen der Konzerngewaltigen nach einer schnellen Krisenbewältigung und Stabilisierung der Wirtschaft. Dazu nutzt das Großkapital seinen machtpolitischen Einfluss auf EU-Institutionen und nationale Regierungen. Seine Vertreter drängen auf Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturprogramme entsprechend ihren Interessen. Die größte internationale Wirtschaftslobby, der European Round Table of Industrials (ERT), fordert gezieltere und langfristige

politische Aktionen zur Belebung der Wirtschaft als die bisher getroffenen. Als Prioritäten werden schnelle Vereinbarungen zum freien Handel und die Definition der Finanzregulierung gemeinsam mit der Wirtschaft, die Förderung der Infrastruktur-Investitionen und eine Stimulierung der Nachfrage genannt. Zudem wollen die Konzernvertreter die Existenz des bisherigen Wirtschaftssystems in Europa gesichert wissen. Dazu wären Kapitalspritzen in das Finanzsystem dringend erforderlich, besonders in Deutschland, der größten europäischen Wirtschaft. Langfristig müsste der Eingriff des Staates aber wieder reduziert werden.

Die Interventionen der Banken zur Ausgestaltung staatlicher Programme zeigen bereits Erfolge. Dazu zählen auf europäischer und deutscher Ebene solche bereits initiierten Schwerpunkte wie die Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht, die Verbesserung der Kapitalausstattung von Banken und die Gründung eines Finanzstabilitätsrates. Die ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation sind in erster Linie auf die Erhaltung des finanzkapitalistischen Ordnungsrahmens orientiert. Eine „neue Finanzmarktarchitektur“ soll der entscheidende Hebel zu einem Existenz sichernden Wandel im Regulierungsmechanismus des bestehenden Profitsystems sein.

16. Im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Situation gestaltet sich gegenwärtig das enge Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Bezug auf die Außenpolitik der EU-27. Es nimmt einen spezifischen Charakter in den außenpolitischen Strategien der EU an, weil die politischen Machtambitionen der EU sich mit der Interessenlage der Großkonzerne der Wirtschaft eng verfilzen. Schwerpunkte und Richtungen der außenpolitischen Strategien sind deckungsgleich mit denen der Expansionsstrategien der Konzerne. Das zieht sich durch alle außenpolitischen Bereiche. Ganz offen wird von den Finanzmagnaten jetzt gefordert, die Außenpolitik auf Ziele auszurichten, die längerfristig den ungehinderten Zugriff auf internationale Märkte und strategische Ressourcen garantierten.

Auf besonders relevanten Feldern der Außenpolitik wird das äußerst enge Verhältnis zwischen Monopolen und Staat auf nationaler, zwischenstaatlicher und internationaler Ebene deutlich – in der Energie- und Rohstoffproblematik und auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik.

Die strategischen Zielrichtungen der in der EU-Wirtschaft dominanten Großkonzerne werden in Initiativen und Gesetzen durch ihre Lobby-Vertretungen, vor allem die Unternehmerverbände verankert. Sie finden Eingang in die strategischen Entscheidungen der Außenpolitik der EU und beeinflussen die Gestaltung einer Vielzahl von außenwirtschaftlichen Maßnahmen und außenpolitischen Abkommen.

17. Strategische Ambitionen der Konzerne beim Energie- und Rohstoffproblem werden zu einem zentralen Bestandteil der außenpolitischen Beziehungen der EU.

Die Sicherung der Energieversorgung gilt generell als eine zentrale Herausforderung für die nationale Politik aller Mitgliedsländer der EU. In der Europäischen Union gibt es jedoch keine einheitliche Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Energiepolitik. Die Kernländer der EU versuchen, über Energiesparprogramme und Realisierung eigener geopolitischer Strategien ihre Ressourcenprobleme in ihrem nationalen Interesse zu lösen. Aus den unterschiedlichen energiepolitischen Aktivitäten der Großmächte im Kampf um Energieressourcen ergeben sich zwischenstaatliche Konflikte innerhalb der EU. Sie waren für die Regierungschefs der EU Ende 2006 Anlass, auf eine integrierte Energiestrategie hinzuwirken.

Das europäische industrielle Großkapital versucht angesichts der wachsenden Energieprobleme prononciert, die Richtungen in der EU-Außenpolitik vorzugeben. Entsprechend dem Führungsanspruch Deutschlands als größter Industriemacht der EU ist das deutsche Großkapital bestrebt, gemeinsam formulierte Ziele der europäischen Industrie in den wirtschaftspolitischen Schwerpunkt der EU-Außenpolitik zu verankern. Aktiv war der BDI mit zahlreichen Vorschlägen an der von der EU-Kommission 2007 vorgelegten neuen energiepolitischen Strategie beteiligt.

Ein wesentliches Anliegen des Unternehmerverbandes ist, seinen Standpunkt zur Rolle der Kernenergie in dem von der EU-Kommission postulierten breiten Energiemix deutlich zu machen. Er setzt sich betont „für ein konsistentes energiepolitisches Gesamtkonzept“ mit Ausbau der Kernenergie ein.

Neben der Energiesicherung rückt die Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen in den Vordergrund außenpolitischer Aktivitäten der EU. Sie werden ebenfalls im entscheidenden Maße durch die Interessen der Großkonzerne nach einem ungehinderten Zugriff auf wichtige Auslandsmärkte und Rohstoffquellen bestimmt. Ihre Vertreter in den Lobby-Verbänden formulieren konkret die Anforderungen an eine zielgerichtete Rohstoffpolitik der EU.

18. In den letzten Jahrzehnten haben die weltweite Interdependenz und Kooperation erheblich zugenommen. Mit dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu vielen Ländern und Einrichtungen will die EU-Politik diesen Prozess „unter Berücksichtigung der Interessen der EU“ mittragen. Für die Gestaltung der EU-Außenwirtschaftspolitik hat die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen eine ganze Reihe von Prinzipien und Empfehlungen gegeben: zur Erweiterungsproblematik, zur Umsetzung von EU-Außenpolitik, zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, zu wirtschaftlichen Aspekten bilateraler Beziehungen und Partnerschaften, zur Sicherstellung der Präsenz der Kommission in multilateralen Wirtschaftsforen usw. Die gesamte strategische Richtung der Außenwirtschaftspolitik der EU ist unter den oft proklamierten Zielstellungen von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf den Ausbau ökonomischer, politischer und militärischer Macht in dem sich wandelnden Kräfteverhältnis ausgerichtet.

Dieser Zielrichtung entspricht die Mitte 2006 verkündete „Global-Europe-Strategie“ der Europäischen Kommission, die „Marktzugangsstrategie der EU in einer sich wandelnden globalen Wirtschaft“. Sie verfolgt analog zur Binnenmarktliberalisierung eine externe Liberalisierungspolitik im internationalen Handel. Mit ihr sollen für die Großunternehmen aus den Schlüsselbereichen der europäischen Wirtschaft neue profitable Märkte erschlossen werden. Aufgrund ihrer umfassenden gesellschafts- und ordnungspolitischen Orientierung kann diese Strategie als maßgebende außenwirtschaftspolitische Richtschnur innerhalb der EU-Außenpolitik gelten.

Die Global-Europe-Strategie findet ihren Niederschlag in den zahlreichen Abkommen der Europäischen Union mit anderen Staaten oder regionalen Ländergruppierungen. Der inhaltlichen Ausrichtung nach verbinden sich in den verschiedenen Konzepten die außenwirtschaftlichen mit den außen- und sicherheitspolitischen Zielstellungen der Europäischen Union. Dabei werden Initiativen zu internationalen Abkommen mit anderen Staaten recht unterschiedlich gehandhabt. Neben den bilateralen Vereinbarungen mit einzelnen Ländern – wie der EU-Russland-Partnerschaft – wird ein besonderer Schwerpunkt in der Außenwirtschaftspolitik auf engere Beziehungen zu regionalen Integrationsräumen oder Handelsblöcken gelegt.

19. Die EU ist als regionaler Staatenverbund das bisher am weitesten entwickelte Integrationsgebilde. Dazu haben neben den engen wirtschaftlichen Verflechtungen auch ihre überstaatliche politische Institutionsstruktur und die in die einzelnen Mitgliedsländer hineinwirkenden Maßnahmen beigetragen. Aus Erfahrung im Integrationsprozess ist sich die EU-Politik der positiven wirtschaftlichen Effekte einer Regionalisierung von Staaten für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen bewusst. Sie richtet sich deshalb mit ihren Projekten gezielt auf den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit regionalen Integrationsverbänden, die seit längerer Zeit wirksam sind oder sich entwickeln. Vor allem sucht sie diese in ihrem Integrationsprozess zu beeinflussen, um im Interesse der Europäischen Union sowie der Banken und Konzerne den größten Nutzen aus den Beziehungen zu ziehen.

In allen abgeschlossenen Verträgen und Abkommen, den bilateralen Partnerschaften oder multilateralen Abkommen, finden sich Kernelemente der neoliberalen Politik und Vorgaben zu einer privatwirtschaftlichen Ordnungsstruktur. Für das Großkapital sind das entscheidende Voraussetzungen zur Erhöhung der Profitabilität ihres Warenexports und ihrer Auslandsinvestitionen. Die Großkonzerne befördern diese Politik der global ausgerichteten internationalen Beziehungen über einen ganzen Komplex an „Partnerschaften“.

20. Die Erweiterung der Europäischen Union ist mit einer Vergrößerung des ökonomischen Potentials und mit Fortschritten im Integrationsprozess verbunden. Gleichzeitig sind das Machtpotential der Industrie-

konzerne und Banken und deren politischer Einfluss bedeutend angewachsen. Sie nutzen ihre Positionen in der sich stark wandelnden Welt, um im internationalen Konkurrenzkampf ihre Profite zu steigern und werden immer mehr zu einem Faktor der wachsenden Labilität des gesamten Wirtschaftslebens. Wichtig ist deshalb nicht nur eine Politik, die die bestehenden Regeln des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems verändert. Die Europäische Union muss vielmehr neu begründet werden – nach neuen Parametern, bei denen die Menschen und ihre Rechte vor dem Profit regieren.

In der parlamentarischen Arbeit sollte DIE LINKE in ihren vielen Aktivitäten diesen Grundsatz stärker ins Zentrum rücken.

- Das gewaltige Potential der erweiterten Europäischen Union ist für die Lösung dringlicher sozialer, ökologischer und globaler Probleme zu nutzen. Deshalb ist im Rahmen eines zu entwickelnden demokratischen Gesellschaftsmodells für die EU die Wirtschaftsdemokratie als ein grundlegender Pfeiler im gesamteuropäischen Integrationsraum durchzusetzen.

- Die Banken und Konzerne der Schlüsselbereiche der Industrie bestimmen wesentlich Wirtschaft und Politik der Europäischen Union. Ihre Macht und ihr politischer Einfluss sind zurückzudrängen. Dazu bedarf es im Rahmen wirtschaftsdemokratischer Konzepte dringend der Formulierung einer alternativen Eigentums politik der LINKEN. Sie muss auf den radikalen Wandel der finanzkapitalistischen Grundlagen zu einer demokratischen Wirtschaftsstruktur setzen.

- Die wirtschaftlichen Verflechtungsbeziehungen in der europäischen Union und im internationalen Maßstab, die auf einer internationalen Arbeitsteilung beruhen, sind kaum rückgängig zu machen. Sie sind mit einer gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit, aber auch mit neuartigen Unsicherheiten durch die verschiedenen Akteure wie Unternehmen und Staaten mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen verbunden. Nötig ist daher ein bewusstes Steuern der Wirkung wachsender Interdependenz durch internati-

onale Kontrollmechanismen innerhalb der EU-27 und darüber hinaus.

- Die Verringerung des Ungleichgewichtes ist eine zentrale Aufgabe auch in der Ausrichtung der nationalen Wirtschaftspolitik. DIE LINKE sollte darauf dringen, dass der Thematik auch auf nationaler Ebene mehr Gewicht beigemessen wird.

- Als Abkehr von der bisherigen neoliberalen Politik ist eine umfassende europäische Entwicklungsstrategie zu entwickeln. Sie sollte den Schwerpunkt auf der Grundlage einer koordinierten, solidarischen internationalen Wirtschaftspolitik auf strukturpolitische Maßnahmen setzen, die ein gleichberechtigtes soziales und ökologisches Wirtschaften der Mitgliedsländer ermöglicht.

- Die außenpolitische Strategie der EU ist auf eine Ausbildung der EU als führende Supermacht in der Welt gerichtet und wird von den Hauptmächten der Europäischen Union – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – bestimmt. Die internationalen Konzerne der EU sind darin als ein integrierter Bestandteil eingebunden. Angesichts der kapitalgetriebenen Europäisierung des Wirtschaftsraums und der machtpolitischen Einflussnahme der EU auf regionale Integrationsräume in vielen Teilen der Welt ist der Widerstand gegen die im Interesse des Großkapitals geführten außenpolitischen Aktivitäten zu verstärken.

- Die Wirtschaft der EU wird zunehmend von der Rüstungsindustrie getragen, ihre Exportorientierung militärpolitisch flankiert und durch die Militarisierung der Europäischen Union und den Ausbau von militärischen Stützpunkten besonders zur Sicherung von Rohstoffressourcen politisch gestützt. Es muss ein notwendiger Umbau der Europäischen Union zu einem zivilen Staatenverbund erfolgen, der sich auf wirtschaftsdemokratische Verhältnisse stützen kann. In seinen außenpolitischen Strategien sollte sich dieser Staatenverbund von der Wechselwirkung zwischen ökonomischer Entwicklung und Abrüstung leiten lassen und eine gesamteuropäische Sicherheitsstrategie anstreben.

# Einleitung

Die schwerste Weltwirtschaftskrise seit Jahrzehnten hat die Europäische Union in einen Erosionsprozess hineingezogen. Das ist Kennzeichen einer hochgradigen Instabilität des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und fordert alle politischen Lager zu neuen Konzeptionen heraus. Zugleich ist das auch ein Ausdruck dafür, dass die ökonomische Sicherheit bisher noch nicht als notwendiger, eigenständiger Faktor in den internationalen Beziehungen überhaupt erfasst worden ist, obgleich die gewachsenen, äußerst engen und tiefer werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen der Staaten das erfordern. Dieser Fakt ist insofern von großer Tragweite, als sich gerade nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers, dem Ende des Ost-West-Konflikts, ein bedeutender Wandel in den internationalen Beziehungen vollzogen hat. Kennzeichen sind die veränderte Machtkonstellation zwischen den Großmächten, die Verlagerung des Gravitationszentrums der Weltpolitik von Europa nach Asien sowie der Aufstieg neuer regionaler Mächte im politischen Weltsystem. Von außenpolitischen Experten wird der herausgebildete Zustand der internationalen Ordnung als ein „multipolares System mit unipolarem sicherheitspolitischem Kern“ charakterisiert, „in dem die USA auf Grund ihrer militärischen Stärke eine besondere, jedoch nicht die herausragende Stellung einnehmen“<sup>1</sup>.

Im Kontext mit dem Umbruch in den internationalen Beziehungen entwickeln sich die strategischen Zielstellungen in der Außenwirtschafts- und Außenpolitik der Europäischen Union. Sie werden dabei zugleich von den Wechselwirkungen zwischen Ökonomie und Politik angesichts der konkreten weltwirtschaftlichen Prozesse beeinflusst. Es geht dabei um Positionen im Kampf um die Vormachtstellung innerhalb der kapitalistischen Ökonomie. Eine entscheidende Rolle spielt hier der Fakt, dass die intensiven wechselseitigen weltwirtschaftlichen Verflechtungen und die gewachsene gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit aller nationalen Volkswirtschaften und aller Staaten von sehr unterschiedlichen ökonomischem Kräftepotential, vor allem aber durch die mächtigen internationalen Konzerne bestimmt sind. Obgleich gerade aus der gegenseitigen ökonomischen Verflechtung der Volkswirtschaften auch ein bestimmtes gegenseitiges Interesse an der ökonomischen Entwicklung der anderen Staaten und an der Stabilität der Weltwirtschaft als Ganzes erwächst, suchen die Großkonzerne im harten, unerbitterlichen Konkurrenzkampf um Marktanteile in dieser Entwicklung ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Dank ihrer Machtpositionen nutzen sie dabei unter politischem Druck sowohl die Institution Nationalstaat als auch die EU-Gremien und geben

den außen- und sicherheitspolitischen Strategien der Staaten und der Europäischen Union eine von ihren Profitbestrebungen geprägte abhängige Richtung. Dadurch entsteht mit der gewachsenen Interdependenz in den volkswirtschaftlichen Beziehungen zwischen den EU-Staaten auch ein gefährliches Potential von Unsicherheiten in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Es gefährdet – wie die gegenwärtige krisenhafte Situation der EU zeigt – auch die Funktionsfähigkeit der internationalen Zusammenarbeit für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander der Staaten dieses Wirtschaftsraumes.

Mit der vorgelegten Analyse soll deutlich werden, welche sozialökonomischen Entwicklungsbedingungen dem Agieren der großen transnationalen Konzerne der Europäischen Union in Wirtschaft und Politik zugrunde liegen, welche Wirkungen die zunehmende Machtkonzentration bei den großen europäischen Banken- und Industriekonzerne auf die Gestaltung der Europäischen Union hat und welcher Einfluss von ihnen in Verfolgung ihrer eigenen Profitinteressen auf die strategisch ambitionierten Richtungen der Außenpolitik ausgeht.

Als Konsequenz der Untersuchung sollen notwendige nationale Handlungsoptionen der LINKEN gezeigt werden, die in Übereinstimmung mit den internationalistischen Aktivitäten aller Demokraten im europäischen Raum eine progressive Änderung der EU-Außenpolitik auf ein soziales, solidarisches und friedliches Miteinander des EU-Staatengebildes bewirken.

Diese Studie knüpft an Ergebnisse der Analyse „Konzernmacht in der Europäischen Union“ – erarbeitet im Auftrag der Bundesfraktion DIE LINKE von 2006 – an. Sie konzentriert sich vorrangig auf die Konzernaktivitäten der wirtschaftlich stärksten Industrieländer der Integrationsgemeinschaft, mit denen die einseitigen Abhängigkeiten der kleineren und schwächeren Länder verfestigt werden.

<sup>1</sup> Vgl. Carlo Massala, Möglichkeiten einer Neuorientierung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, in: Das Parlament, Beilage, e Nr. 43 2008, 20.10.2008



# I. Der Ausbau der ökonomischen Integration der EU – ein kurzer Überblick

Für den sichtbaren Wandel in den internationalen Beziehungen seit den 90er Jahren spielt die Erweiterung des europäischen Integrationsraumes eine entscheidende Rolle. Als ein Projekt europäischer Nationalstaaten zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung und zur Stabilisierung und Machtausdehnung ihres dominierenden Großkapitals sind die „Europäischen Gemeinschaften“ mit Bildung der Europäischen Union 1992 bis in die Gegenwart von 12 auf 27 Mitgliedsländer in eine neue Größenordnung hineingewachsen. Mit dem Zuwachs ihres geopolitischen Areals auf über 4 Millionen Quadratkilometer sowie ihrer Bevölkerung auf 498 Millionen Einwohner – nach China und Indien bei der Bevölkerungszahl an dritter Stelle – wurde die EU mit der Osterweiterung in Europa zum größten integrierten Wirtschaftsraum der Welt. Sie repräsentiert inzwischen über 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Im Zusammenhang mit den im Lissabon-Vertrag verankerten Grundsätzen einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ und dem Ausbau der EU als Militärmacht wird dieses Potential ohne Zweifel für die EU-Herrschaftselite in den Auseinandersetzungen um Vormachtstellungen und um die „europäische Führungsrolle“ in der internationalen Arena von großer Bedeutung sein.

## 1. Wirtschaftsstruktur in der erweiterten EU

Im Vordergrund des Ausbaus der ökonomischen Integration standen in der jüngsten Zeit die bedeutend verbesserten Kapitalverwertungsbedingungen für das Großkapital mit der forcierten Liberalisierung, Deregulierung der Märkte sowie mit der vorangetriebenen Privatisierung öffentlicher Güter. Die Konzerne konnten auf ein ökonomisches Potential zurückgreifen, das sich in den letzten Jahren beträchtlich erweitert hat und im harten internationalen Konkurrenzkampf auch von der Politik als bedeutender Machtfaktor eingesetzt wird. Das Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen – bezogen auf die 27 Mitgliedsländer der EU – erhöhte sich von 2002 bis 2008 von 9.943 auf 12.507 Mrd. EUR<sup>2</sup>, während es im gleichen Zeitraum in den USA von 11.2550 auf 9.819 Mrd. EUR und in Japan von 4.162 auf 3.313 Mrd. EUR sank.

Trotz der raschen geopolitischen Osterweiterung der EU hat sich jedoch innerhalb des vergrößerten Integrationsraumes am ökonomischen innergemeinschaftlichen Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Nationalstaaten bisher kaum etwas verändert. Die wirtschaftlichen Asymmetrien der Staaten haben sich durch die neoliberale Politik weiter ausgeprägt. Das Wirtschaftspotential konzentriert sich zu fast drei Vierteln des Bruttoinlandsprodukts auf die auch bevölkerungsreichsten Kernländer Deutschland,

Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien. Deutschland allein kann mit rund 20 Prozent Anteil am gesamten BIP sein wirtschaftliches Gewicht in den Machtverteilungskämpfen innerhalb der EU in die Waagschale werfen.

Charakteristisch für die Entwicklung des Wirtschaftspotentials ist der strukturelle Wandel. Er ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass die größte Branche, der Finanz- und Unternehmensdienstleistungssektor, innerhalb eines Jahrzehnts gegenüber dem Industriesektor, bezogen auf alle 27 EU-Länder, weiter an Gewicht gewonnen hat (vgl. Tab.1). Das hängt einmal damit zusammen, dass mit der Liberalisierung der Finanzmärkte und ihrer tragenden Funktion für die Kapitalmobilisierung die Finanzdienstleistungen durch einen weit ausdifferenzierten Markt, vor allem aber mit ihren parasitären Entwicklungstendenzen, ein überhöhtes Gewicht innerhalb des ökonomischen Potentials erreicht haben. Zum anderen aber kommt den unternehmensbezogenen Dienstleistungen eine immer größere Rolle im Wirtschaftsgefüge zu. Sie gelten als „Antriebskräfte im wissensbasierten Wirtschaftsraum der EU-27“, da sie die durch Informations- und Kommunikationstechnologie gebotenen neuen Möglichkeiten ins Zentrum ihrer Tätigkeit stellen. Vielfach vom Kerngeschäft der führenden Industrieunternehmen durch „Outsourcing“ ausgegliedert, werden diese Unternehmen nunmehr dem großen expandierenden Bereich des Dienstleistungssektors zugerechnet. Die unternehmensbezogenen Dienstleistungen sind an der Wertschöpfung des gesamten Dienstleistungssektors der EU-27 mit fast einem Viertel beteiligt.

Die kumulierten Wirtschaftsdaten lassen allerdings außer Acht, dass gerade die strukturellen Differenzen in den einzelnen Bereichen zwischen den Ländern gravierend sind. So liegen die Länder Luxemburg, Frankreich, Großbritannien und Belgien im Finanzdienstleistungssektor, Immobiliengeschäft und den Unternehmensdienstleistungen mit ihrem Anteil an der Wertschöpfung oberhalb des Durchschnitts der EU-27. Allein in Luxemburg macht der Anteil dieses Sektors fast die Hälfte der gesamten Wertschöpfung im Jahre 2007 aus. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei weisen hingegen die Länder Rumänien, Bulgarien mit 7,5 und 6,2 einen weit über dem Durchschnitt liegenden Anteil aus.

<sup>2</sup> eurostat, EU economic data pocketbooks 3 - 2009, Luxembourg 2010

**Tab. 1: Entwicklung der EU-Wirtschaftsstruktur der EU-27 nach Bereichen**

EU-27	1997 in % der Wert- schöpfung*	2007 in % der Wert- schöpfung*	1997 in % d. Zahl der Beschäftigten	2007 in % d. Zahl der Beschäftigten
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	2,8	1,8	8,0	5,8
Industrie (Bergbau, Verarb. Gewerbe, Energie-, Wasserv.)	23,3	20,1	21,1	17,4
Baugewerbe	5,6	6,5	6,9	7,4
Handel, Gastgew., Verkehr & Nachrichtenübermittlung	21,3	21,1	24,4	25,3
Finanz- und Unternehmensdienstleistungen	24,8	28,1	11,7	15,1
Öffentliche Verwaltung, Gesundheit, u. a. Dienstleistungen	22,3	22,4	27,8	28,9

\* Wertschöpfung zu laufenden Preisen.

Quelle: eurostat, European Business – Facts and figures 2009 edition, Luxembourg 2009, S. 17, 18

## 2. Der Finanzmarkt als ökonomischer Hebel der Integration

Der Finanzsektor als entscheidende Funktionsbedingung für die Wirtschaft ist mit der forcierten Liberalisierung der Finanzmärkte der EU stark in den Vordergrund des gesamten Wirtschaftsgeschehens gerückt. Er spielt vor allem als Träger zur Ausdehnung monopolistischer Kapitalverhältnisse im Rahmen der europäischen Integration eine entscheidende Rolle.

Die offiziellen Wirtschaftsdaten zeigen die gewachsene Bedeutung dieses Bereiches für die ökonomische Entwicklung der EU-27 und die außerordentliche Konzentration auf die so genannten Kernländer der EU. Durch den Finanzmarktsektor mit seinen verschiedenen Dienstleistungen – dazu zählen die Kreditinstitute, die Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und die mit diesen beiden Bereichen eng verbundenen Tätigkeiten – werden innerhalb der Wirtschaftsstruktur der EU grundlegende Bedingungen für die Wirkungsweise des ökonomischen Potentials, damit in erster Linie für die Kapitalverwertung der Großkonzerne und ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, geschaffen. Die Wertschöpfung der fast 6 Millionen Beschäftigten dieses Bereiches wuchs bis 2006 auf 588 Mrd. EUR an und erreichte an der gesamten Wirtschaftstätigkeit damit einen Anteil von 7,5 Prozent, im Vergleich zu 6,8 Prozent drei Jahre zuvor. In diesem Bereich konzentriert sich der Bankensektor. Er lag mit seinem Schwerpunkt entsprechend der Wertschöpfung (in Mrd. EUR) im Jahr 2005 zu 55 Prozent in folgenden fünf Ländern

Großbritannien	90,7 Mrd. EUR
Deutschland	86,4 Mrd. EUR
Frankreich	57,7 Mrd. EUR
Italien	47,1 Mrd. EUR
Niederlande	20,6 Mrd. EUR

Eine derart starke Fokussierung auf nur wenige Kernländer ist ebenfalls im Versicherungswesen festzustellen. Deutschland nimmt in diesem Bereich der Versicherungen und Pensionsfonds vor Frankreich mit mehr als einem Drittel der Beschäftigten der EU-27 die dominante Stellung ein.

Im Rahmen der Finanzdienstleistungen haben in den letzten Jahren sowohl bei den Banken als auch bei den Versicherungen vor allem die Finanzgeschäfte ein bedeutendes Gewicht gewonnen, die – wie der Wertpapierhandel, die Investmentfonds und die spekulativen Finanzderivate – den Finanzmarkt im EU-Raum zu einer Quelle krisenhafter ökonomischer Entwicklung gemacht haben. Mit der unkontrollierten Handhabung dieser Finanzinstrumente wurden die Volkswirtschaften der weniger entwickelten und vor allem der neuen EU-Mitgliedsländer in eine überaus große Abhängigkeit von den Kernländern und dadurch – mit gravierenden Folgen für die Wirtschaft ihres Landes – in eine äußerst krisenhafte Lage bis zum drohenden Staatsbankrott gebracht. Eine Grundlage für diese Entwicklung bildete die EU-Rechtsetzung für Investmentfonds im Financial Service Action Plan (FSAP) und deren Fortschreibung in einem Weißbuch „Finanzdienstleistungspolitik 2005 bis 2010“, mit der auch ein integrierter Markt für diese Finanzanlagen in 23 Ländern geschaffen wurde.

Die Europäischen Investmentfonds verzeichneten im Zeitraum von 1992 bis 2006 eine überdurchschnittliche Wachstumsrate von 15,5 Prozent jährlich. Im letzten Jahr dieser Periode erreichten sie einen Vermögenswert von 7 552 Mrd. EUR<sup>3</sup>. Der größte Teil derartiger Geschäfte – fast 60 Prozent – wird von Luxemburg, Frankreich und Deutschland aus verwaltet.

Die großen Kredit- und Investmentbanken organisieren diese Finanzaktivitäten und profitieren auch davon. Wie

<sup>3</sup> Eurostat, Key figures on Europe 2009 edition, Luxembourg 2008, S. 417

die statistische Erhebung der Größenstruktur von Kreditinstitutionen in der EU (Tab. 2) zeigt, ist die Finanzakkumulation bei den großen Instituten – entsprechend der Kennziffer Bilanzsumme – in kurzer Zeit rasch vorangeschritten. Ein Viertel aller Institute wies im Jahr 2006 eine Bilanzsumme von mehr als 1 Milliarde EUR auf.

**Tab. 2: Größenstruktur der Kreditinstitutionen entsprechend der Bilanzsumme 2003 und 2006 (EU-Durchschnitt)**

Bilanzsumme Größe in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitutionen nach Größe an der Bilanzsumme insgesamt	
	2003	2006
< 100	38	35
100 bis 999	40	40
1 000 bis 9 999	17	19
10 000 bis 99 999	4	5
> 99 999	1	1

Quelle: eurostat, European Business – Facts and figures, 2005 edition, S.343; 2009 edition, S.533

In der auf Liberalisierung der Kapitalmärkte gerichteten Wettbewerbspolitik der EU-Kommission spielt auch der gesetzliche Status von Kreditinstituten eine nicht unerhebliche Rolle für die Durchsetzung des Marktadikalismus. So entfallen in der Europäischen Union 49 Prozent der Anzahl der Kreditunternehmen auf genossenschaftliche Institute, 28 auf Aktiengesellschaften und 11 Prozent auf öffentlich-rechtliche Einrichtungen. Unter dem Druck der mächtigen Banken-AGs zielen die Bestrebungen der EU-Wettbewerbskommission darauf, die öffentlich-rechtlichen Institute wie Landesbanken und Sparkassen zu konzentrieren und zu privatisieren, sie so dem Zugang der Großbanken zu öffnen.

### 3. Das Industriepotential – wichtigste materielle Grundlage

Für die ökonomischen Expansionsbestrebungen des Großkapitals sind nicht nur das gewachsene wirtschaftliche Potential der erweiterten EU, sondern vor allem auch ihre eigenen ökonomischen Positionen in den die Gesamtwirtschaft tragenden Schlüsselbereichen der Industrie von außerordentlicher Bedeutung. Die Industrie der EU-27 – erfasst sind das Verarbeitende Gewerbe, der Bergbau, die Energie-Gas und Wasserversorgung – war 2006 an der Wertschöpfung der gesamten nicht-finanziellen Wirtschaft von 5.650 Mrd. EUR mit 35,5 Prozent, an der Anzahl aller dort tätigen 130 Millionen Beschäftigten mit 28,3 sowie an den mehr als 20 Millionen aktiven Unternehmen im nicht-finanziellen Wirtschaftsbereich der EU mit 12 Prozent beteiligt.<sup>4</sup> Dieser Wirtschaftssektor zählt zu den kapitalintensivsten Bereichen der Wirtschaft mit einer im letzten Jahrzehnt stark angewachsenen Arbeitsproduktivität. Er wird von sechs großen

Industriebereichen getragen, auf die 60 Prozent der gesamten industriellen Wertschöpfung entfallen:

- **Chemieindustrie**

Statistisch erfasst sind hier die Produktion von Chemikalien und chemischen Produkten, darunter Pharmazeutika.

- **Eisen- und Stahlindustrie**

Sie ist wesentlicher Bestandteil der Metallerzeugung und -verarbeitung.

- **Elektro- und Elektronikindustrie**

Dazu zählen die Herstellung von Büromaschinen, Computern, die Radio- und Fernsehindustrie, Medizintechnik sowie Präzisions- und optische Industrie.

- **Fahrzeugbau**

Neben der Automobilindustrie rechnen dazu die Herstellung anderer Transportmittel wie Flug- und Raumfahrzeuge sowie Eisenbahnen.

- **Maschinenbau**

Neben Maschinen für die verarbeitende Industrie sowie für die Land- und Forstwirtschaft ist hier die Produktion von Waffen und Munition erfasst.

- **Luft- und Raumfahrtindustrie**

mit ihrem hohen rüstungsstrategischen Anteil.

Wie die letzt verfügbaren Zahlen der Industriezweigstruktur der Europäischen Statistik für 2006 zeigen, hat sich in diesem Jahrzehnt an der überaus starken Konzentration der wesentlichen Industriezweige auf die Kernländer der EU trotz der Einbeziehung der industriell bereits entwickelten osteuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn nur wenig geändert. Die innergemeinschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den wenigen führenden Industrieländern der EU und dem Gros der Mitgliedsländer sind geblieben. Allein die in Tab. 3 genannten fünf Staaten verfügen über mehr als zwei Drittel des modernen Industriepotentials. Deutschland hat mit zwanzig Prozent Anteil die führende Position in der EU inne.

Einen ganz besonderen Rang innerhalb dieser Industriezweigstruktur nimmt die Rüstungswirtschaft ein. Ihr Stellenwert in der gesamten Industrie hat sich aufgrund der militärstrategischen Ambitionen der EU ständig erhöht. Die Produktion von Waffen und Munition – in der Europäischen Statistik im Maschinenbau als Sparte ausgewiesen – ist im Zeitraum von 2000 bis 2006 jährlich um 6,5 Prozent gewachsen. Für sie wurde im Jahr 2006 ein Wert von 4,7 Milliarden EUR registriert, zu 83 Prozent in den 1300 Betrieben Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Schwedens erwirtschaftet. Auch die Produktion in der Luft- und Raumfahrtindustrie, die vor allem wegen ihres außerordentlichen militärischen Gewichts für das Machtpotential des Großkapitals der EU von Bedeutung ist, weist mit einer jährlichen Rate von 7,4 Prozent im Zeitraum von 2002 bis 2006 eine über-

<sup>4</sup> eurostat: European Business – Facts and figures 2009 edition, S. 24

**Tab. 3** Industriezweigkonzentration in den hoch entwickelten Kernländern der EU-27  
(Anteil in Prozent der Wertschöpfung des Zweiges der EU) 2006

Land	Chemie	Eisen- und Stahlindustrie	Elektro-/ Elektronikind.	Fahrzeugbau	Maschinen- bau	Luft- u. Raumfahrt
Deutschland	22,7	24,8	33,7	40,4	35,7	21,5
Frankreich	14,8	10,0	12,2	13,8	11,2	25,3
Großbritannien	12,4	6,1	10,9	13,0	10,5	33,0
Italien	8,2	14,4	10,2	7,9	16,5	8,2
Spanien	8,6	8,5	n. a.*	6,4	4,4	3,7

\* nicht ausgewiesen

Quelle: eurostat, European Business - Facts and figures 2009 edition

durchschnittliche Steigerung gegenüber dem allgemeinen Wirtschaftswachstum auf. Mit 25 Mrd. EUR war die Luft- und Raumfahrtindustrie 2004 an der Wertschöpfung des gesamten Fahrzeugbaus mit 14,1 Prozent beteiligt. Sie ist überwiegend – mit 91 Prozent ihrer Produktion – in Großbritannien, Deutschland, Frankreich Italien, und Spanien konzentriert. Für diesen Hochtechnologiesektor wurden allein im Jahr 2004 von Großbritannien, Deutschland und Frankreich 6,1 Mrd. EUR in Forschung und Entwicklung (FuE) investiert.

Der Industriesektor der EU zählt zu den am höchsten konzentrierten Bereichen der Wirtschaft und seine mächtigsten Großkonzerne bestimmen die Richtung der ökonomischen und politischen Entwicklung der EU. Die statistische Erfassung der Unternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen liefert dafür nur einige Anhaltspunkte. Sie spiegelt den hohen Konzentrationsgrad der Produktion in den Händen weniger Großkapitale nur unzureichend wider, da sie die zahlreichen Konzernverbindungen über die engen und vielfältigen Verflechtungsbeziehungen sowie die daraus erwachsende Machtstruktur der Monopole in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft nicht erfasst.

Die ökonomische Unternehmenslandschaft in der EU ist (vgl. Tab. 4) durch das übergroße Gewicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Wirt-

schaftsgefüge geprägt. Für das Jahr 2006 werden insgesamt 20,2 Millionen Unternehmen im nicht-finanziellen Wirtschaftsbereich angegeben. Davon entfallen allein 99,8 Prozent auf den Bereich der KMU. Diese Unternehmen sind an der Gesamtzahl aller Beschäftigten mit zwei Drittel und mit fast 58 Prozent der gesamten Wertschöpfung beteiligt.

Es geht aus dieser Datenerfassung hervor, dass sich in den relativ wenigen Großunternehmen – rund 40 000 – ein Drittel aller Beschäftigten konzentriert. Sie erarbeiten mehr als zwei Fünftel des Wertes dieses Wirtschaftsbereiches. Vor allem sind die Großunternehmen in der ausgewiesenen Kennziffer Arbeitsproduktivität – ein wesentlicher Faktor der Wettbewerbsfähigkeit – der großen Vielzahl an KMU überlegen. Durch die vielgestaltige Abhängigkeit von den die Märkte beherrschenden Großunternehmen sind die kleinen und mittleren Unternehmen zudem einem erbarmungslosen Konkurrenzdruck ausgesetzt. Sie unterliegen den Gesetzen des kapitalistischen Marktes, den die Großkonzerne dominieren. Ihre Akkumulationsbedingungen werden deshalb fast ausschließlich durch deren Strategien und Profitmechanismen bestimmt.

Die Konzentration der Produktion auf Großunternehmen ist in den bedeutenden Schlüsselbereichen der Industrie wesentlich stärker ausgeprägt. Dies wird

**Tab. 4** Unternehmensstruktur im nicht-finanziellen Wirtschaftsbereich der EU-27 im Jahr 2006  
(in % der Gesamtzahl der Unternehmen)

	Gesamt absolut	KMU insgesamt	darunter			GU **
			mikro	klein	mittel	
Anzahl der Unternehmen (Mio.)/Anteil in %	20,16 100,0	99,8	91,8	6,9	1,1	0,2
Beschäftigte in Mio. Anteil in %	129,8 100,0	67,1	29,7	20,7	17,0	32,6
Wertschöpfung (Mrd.) Anteil in %	5 650 100,0	57,7	21,0	18,9	17,8	46,8
Sichtbare Arbeitsproduktivität (1000 €/pro Beschäft.)	43,5	37,8	-	40,1	44,7	56,8

\*KMU: Kleine und mittlere Unternehmen mit 1 - 249 Beschäftigten (mikro 1 - 9, klein 10 - 49, mittel 50 - 249)

\*\*GU: Großunternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten

Quelle: eurostat, European Business - Facts and figures 2009, S. 52, 53

**Tab. 5 Unternehmensstruktur in ausgewählten Zweigen der Industrie der EU-27**

2006	Zahl d. Unternehmen *		Wertschöpfung		Zahl d. Beschäftigten	
	KMU	GU	KMU	GU	KMU	GU
<b>Industrie</b>	99,0	0,9	42,5	57,5	56,2	42,8
Chemie	95,7	2,5	22,3	77,7	33,8	66,2
Maschinenbau	98,8	1,3	50,7	49,3	56,7	43,3
Elektro & Optik	98,8	1,1	38,0	62,0	47,6	52,4
Kraftfahrzeugbau	96,0	3,8	13,8	86,2	20,8	79,2
Energie	95,2	4,6	19,8	80,2	17,6	82,4

\* 2004

Quelle: eurostat, European Business – Facts and figures 2007, S.29; 2009, S.52

auch in der Unternehmensstruktur sichtbar, besonders bei den ökonomischen Kennziffern Wertschöpfung und beschäftigte Personen (Tab. 5). In nicht einmal einem Prozent der Unternehmen der Industrie werden fast 60 Prozent des gesamten Produktionswertes der Industrie geschaffen. Besonders hoch ist dieser Konzentrationsgrad bei Großunternehmen im Kraftfahrzeugbau mit dem Automobilbau und in der Energieerzeugung. Auf sie entfallen entsprechend dieser statistischen Unternehmenserfassung mehr als vier Fünftel der Wertschöpfung und Beschäftigten ihres Zweiges.

#### **4. Energieressourcen und Rohstoffe – notwendige Bedingung der Expansion**

Einen besonderen Stellenwert haben in der heutigen Ökonomie und Politik die Energie- und Rohstoffressourcen. Sie sind als äußerst akutes und gravierendes Problem auch in der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union stark in den Vordergrund gerückt. Die Energie- und Rohstofffrage steht im Zusammenhang mit der ungleichen regionalen Ressourcenverteilung in der Welt, dem steigenden Verbrauch, besonders solcher bedeutender Schwellenländer wie China und Indien und einiger Entwicklungsländer, sowie der zunehmenden Ressourcenknappheit in den letzten Jahren. Die meisten Staaten in der Welt sind auf Energie- und Rohstoffimporte angewiesen. Auch für die EU ist die wachsende Importabhängigkeit die Problematik, die die Energieversorgungssicherheit und verstärkt in jüngster Zeit auch die Rohstoffproblematik insgesamt zu einem ersten Schwerpunkt der Politik werden lässt. Sie stellt vor allem an die Aktionsfähigkeit des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat neue Herausforderungen, denn sie ist mit einer Anzahl von nationalen und internationalen Problemen verbunden, deren Lösung für die Weiterentwicklung des ökonomischen Potentials der EU und damit der Machtposition der Großkonzerne von erstrangiger Bedeutung ist.

Der Energiesektor der EU-27 wies im Jahr 2006 eine Wertschöpfung von fast 270 Mrd. EUR und eine Anzahl von fast 2 Millionen Beschäftigten aus. Der Schwerpunkt lag zu 67 Prozent bei der Elektrizitäts-, Gas-, Dampf- und Heißwasserversorgung, zu fast

einem Drittel auf Produkten des Bergbaus, auf Koks, raffinierten Ölprodukten und Nuklearbrennstoffen. Diese Produktion des Energiebereichs konzentriert sich zu mehr als zwei Dritteln in den Ländern Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.

Die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereiches der EU ist durch einen Rückgang der Produktion, einen steigenden Verbrauch und damit durch eine erhöhte Importabhängigkeit gekennzeichnet. Die Primärenergieproduktion an festen Brennstoffen sank in der Dekade von 1997 bis 2007 um 12 Prozent auf 850 Megatonnen (Mtoe). Gleichzeitig hat sich die Produktionsstruktur weiter verändert. Während an der Primärenergieproduktion die Anteile von erneuerbarer Energie von 10 auf 16 Prozent und von Nuklearenergie von 25 auf 28 Prozent anwachsen, ging der Gasanteil von 20 auf 21, der Anteil von Rohöl und Mineralölprodukten von 17 auf 14 sowie von Kohle und Koks von 17 auf 10 Prozent zurück. Der Bruttoinlandsverbrauch hat sich im gleichen Zeitraum um 6 Prozent auf 1806 Mtoe erhöht. Daran hatten Öl 36, Erdgas 24, Atomenergie und Steinkohle je 13 und erneuerbarer Energie 8 Prozent Anteil. Deutschland gilt unter den EU-Ländern als größter Verbraucher an Erdöl und Gas.

In der Konsequenz war diese Entwicklung mit steigenden Nettoimporten verbunden, so bei Erdgas im Zeitraum von 2000 bis 2007 mit einem Zuwachs von 30 Prozent. Davon kamen allein aus Russland 39 Prozent der Lieferungen. Mehr als zwei Drittel des Imports an festen Brennstoffen und Öl ging 2007 an die „Kernländer“ der EU.

Die Energieabhängigkeit der EU-27 hat daher neue Ausmaße angenommen (vgl. Tab. 6). Wenn auch unterschiedlich für die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, so hat sich diese insgesamt stark erhöht. Sie wuchs – bezogen auf alle Energieprodukte – in 10 Jahren von 45 auf 53 Prozent an.

Bemerkenswert ist die Entwicklung dieses Sektors für Großbritannien, den Hauptenergieproduzenten im europäischen Integrationsraum. Seit 2004 vollzog

**Tab. 6 Energieabhängigkeit der EU-27 (in v. H.)**

	Alle Produkte		Steinkohle		Öl		Erdgas	
	1997	2007	1997	2007	1997	2007	1997	2007
EU-27	45,0	53,1	34,8	58,5	75,6	82,6	45,2	60,3
Ausgewählte Länder								
Deutschland	59,9	58,9	26,4	65,4	96,6	94,3	80,8	80,6
Großbritannien	-15,4*	20,1	31,4	69,0	-58,3*	0,9	-0,8*	20,3
Frankreich	48,9	50,4	67,6	91,9	98,0	98,7	93,7	96,5
Italien	81,0	85,3	95,8	99,4	92,7	92,5	67,3	87,0
Spanien	72,0	79,5	41,2	71,4	100,2**	99,7	102,1**	98,9
Niederlande	26,8	38,6	113,2**	105,6**	92,4	92,8	-71,5*	-64,3*

\* Netto-Exportland \*\* Vorratsaufbau im Referenzjahr

Quelle: Eurostat, Energy, transport and environment indicators, 2009 edition, Luxembourg 2010

dieses Land einen Wandel vom Exporteur zum Importeur an Energierohstoffen. Die Länder Tschechien und Polen weisen aufgrund ihrer Kohlevorkommen immer noch eine, wenn auch abnehmende Unabhängigkeit von Energieeinfuhr an festen Brennstoffen aus. Solche kleinen Länder wie Malta und Luxemburg sind vollständig oder fast ganz auf Energieimport angewiesen.

Aufgrund der umwälzenden Veränderungen in der internationalen Kräftekonstellation zwischen den großen Zentren der Weltwirtschaft und gegenwärtig auch im Zusammenhang mit der schweren Wirtschaftskrise hat die gesamte Rohstoffproblematik an ökonomischer und politischer Brisanz gewonnen. Die wachsende Nachfrage nach Ressourcen betrifft nicht mehr nur die fossilen Energieträger Öl, Gas und Kohle, sondern im wachsenden Maße die nicht-energetischen Werkstoffe und zahlreiche seltene Metalle für die moderne Industrieproduktion. Ihre wachsende Nachfrage hat seit Anfang dieses Jahrhunderts zu einem erheblichen Preisschub für diese Ressourcen geführt. So sind im Zeitraum von 2003 bis 2006 die Rohstoffpreise weltweit insgesamt um über 80 Prozent gestiegen, wobei sich neben dem Rohölpreis auch die Preise für Eisenerz und Stahlschrott verdoppelt haben. Der Preisauftrieb hat zwar in der Krise nachgelassen, wird aber nach Schätzungen durch die krisenbedingte Verknappung des Angebots mittel- und langfristig wieder ansteigen.

Die Tab. 7 verweist auf nur zehn von etwa 400 relevanten Rohstoffen, durch deren Konzentration auf wenige Hauptförderländer auch die Weltmarktanteile an der Produktion bestimmt sind.

Die Situation beim „Ressourcenzugang“ wird von der Europäischen Kommission als „hochkritisch“ angesehen, zumal sich „Abbau und Produktion wichtiger Metalle geografisch auf wenige, politisch oft instabile, Regionen konzentrieren“. Besonders bei Industriemetallen ist die Wirtschaft der Europäischen Union auf Einfuhr angewiesen, bei Eisenerz zu 85 Prozent, bei Kupfererzen und -konzentraten fast zur Hälfte.

**Tab. 7 Wertvolle Rohstoffe**

Rohstoff	Hauptförderländer	Weltmarktanteil in %
Antimon	China	81
Kobalt	Kongo	36
Indium	China	49
Lithium	Chile	38
Mangan	Süd-Afrika	20
Molybdän	USA	32
Seltene Erden	China	97
Vanadium	Süd-Afrika	39
Platin	Süd-Afrika	80
Palladium	Russland	41

Quelle: US Geological Survey, zitiert in EU-Nachrichten Nr. 38 13.11.2008, S. 9

Die Importabhängigkeit bei einigen seltenen Metallen für High-Tech-Produkte wie Titan, Tantal oder Platin und andere strategisch wichtige Rohstoffe, auf die vor allem die Elektronikindustrie angewiesen ist, liegt bei hundert Prozent. Um die europäische Industrie im internationalen Konkurrenzkampf durch eine effiziente Versorgung mit Rohstoffen abzusichern, hat die EU-Kommission die Ausarbeitung einer eigenen Rohstoffstrategie intensiv vorangetrieben. Sie wurde im November 2008 in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt.

## II. Machtpositionen der Konzerne in den Schlüsselbereichen der Wirtschaft

Für die ökonomische Entwicklung der EU und ihre wachsende Bedeutung in den internationalen Kräfteverschiebungen auf dem Weltmarkt waren in den letzten Jahren die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse im Banken- und Industriebereich eine wesentliche Grundlage. Sie wurden außerordentlich durch Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte sowie vor allem durch die Privatisierungsprozesse innerhalb der EU befördert. Sie hatten aber nicht nur für den Machtzuwachs der großen EU-Konzerne im europäischen Integrationsraum Bedeutung, denn als genereller Ausgangspunkt für die internationale Expansion gewinnen errungene ökonomische Schlüsselpositionen in der EU in einer sich wandelnden Weltwirtschaft und im Kampf um Märkte und Einflussphären global an Gewicht. Durch die Prozesse der Kapitalkonzentration auf Grundlage der internationalen Aktivitäten der Konzerne sind zugleich die Bedingungen für die zunehmende Labilität des gesamten Wirtschaftssystems gesetzt. Ausdruck dafür ist die Weltwirtschaftskrise seit 2007/08. Sie resultiert aus dem Profitstreben der Konzerne und Banken, bewegt sich über das Netz ihrer internationalen Kapitalverflechtungen, erschüttert das ganze bisherige Akkumulationsregime und wirkt auf die Gestaltung des Kräfteverhältnisses zwischen den Monopolen und den sie vertretenden Staaten in der EU und der internationalen Arena ein.

### 1. Kapitalkonzentration – sozialökonomischer Grundprozess der Integration

Der Positionsausbau der EU-Konzerne in Bereichen mit hohen Profiterwartungen realisiert sich in erster Linie über Fusionen und Übernahmen von Unternehmen, der Konzentration. Mit ihm ist ein Kapitalfluss in Milliarden Dimensionen verbunden. Er trägt wesentlich zur Erweiterung der monopolistischen Eigentumsstruktur bei. Der Fusionsprozess innerhalb des ökonomischen Integrationsraumes der EU ist zugleich Bestandteil der internationalen Aktivitäten von transnationalen Konzernen, die überwiegend – zu fast 89 Prozent – ihren nationalen Standort in den entwickelten Industriestaaten haben.

**Tab. 8** Umfang der grenzüberschreitenden Fusionen und Übernahmen (Umsatz in Mrd. Dollar)

Region	2003	2004	2005	2006	2007
Welt	411	566	929	1 118	1 637
Entwickelte Länder	360	566	820	969	1 454
EU	200	219	579	557	782
USA	97	157	149	255	379
Entwicklungsländer	40	48	96	132	153
Asien	27	27	67	89	118

Quelle: UNCTAD cross-border M&A database, 2008

Wie die UN-Statistik aufzeigt, hat es von 2003 bis 2007, d. h. bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, einen enormen Aufschwung in der Fusionsbewegung gegeben. An ihm waren die mächtigsten Konzerne maßgeblich beteiligt. Dabei hat sich der Wert dieser grenzüberschreitenden Fusionen in diesem Zeitraum vervierfacht: von 411 auf 1.637 Mrd. US-Dollar (vgl. Tab. 8). An diesen riesigen Finanzdeals waren im Jahre 2007 die Konzerne der EU mit 47 Prozent, die der USA mit 23 Prozent beteiligt.

Berechnungen des ZEW-Instituts für die Periode von Januar 2000 bis Februar 2007<sup>5</sup> bestätigen diesen außerordentlichen Boom von Kapitalverflechtungen. Danach entfielen von den weltweiten 46.500 Unternehmenstransaktionen mit einem aufsummierten Transaktionswert von 9,19 Billionen Euro rund 29 Prozent der Transaktionen bzw. 48 Prozent ihres Werts auf die Vereinigten Staaten. Die Großunternehmen der Europäischen Union waren an diesen Transaktionen mit mehr als 39 Prozent der Zusammenschlüsse bzw. 36 Prozent des Wertumfangs beteiligt. Gemessen am gesamten Transaktionsvolumen dieser Deals, bestritten somit die Großkonzerne der USA und der Europäischen Union über 80 Prozent der internationalen Kapitalzentralisation.

All das zeugt davon, in welchem Umfang das Großkapital für seine Machtexpansion ungeheure finanzielle Mittel einsetzt. Dass dieses enorme Kapital in solch einem Ausmaß in den letzten Jahren akkumuliert werden konnte, hängt mit der kapitalistischen Verteilung, der Rolle der Finanzmärkte und damit auch mit dem spekulativen Agieren der Private Equity- und Hedge-Fonds zusammen. Diese unkontrollierten Finanzinstitutionen realisierten im Zeitraum von 2003 bis 2008 rund 10.000 Fusionen und Übernahmen zu einem Transaktionswert von 1.535 Mrd. Dollar. Sie waren zu mehr als einem Viertel an allen Großfusionen beteiligt<sup>6</sup> und konnten auch während der Krise ein „stabiles Niveau“ auf dem M&A-Markt sichern.

Letztlich belegt die Gewinnentwicklung der größten Banken, wie äußerst profitabel die Kapitalzentralisationsprozesse sind. Die größten 1.000 Bankenkonzerne der Welt verbuchten in diesen fünf Jahren einen summierten Gewinn von 3.180 Mrd. US-Dollar<sup>7</sup>. Anderen Angaben zufolge hat sich der Nettogewinn der Banken in den sieben wichtigsten Bankenmärkten Europas – den EU-„Kernländern“ und der Schweiz – im Zeitraum von 1995 bis 2005 vervierfacht, ist um 95 Mrd. Euro angewachsen.<sup>8</sup>

Die Globalisierung auf der Grundlage der Internationalisierung des Kapitals ist daher überwiegend ein von den hoch monopolisierten kapitalistischen Industrie-

<sup>5</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, M&A Report, April 2007, S. 1

<sup>6</sup> World Investment Report 2009, S. 26

<sup>7</sup> vgl. diebank, Berlin Oktober 2008

<sup>8</sup> Deutsche Bank Research, EU-Monitor 67, Berlin, 16.12.2009

staaten aus regulierter und von der Interessenlage ihrer herrschenden Elite bestimmter Prozess. Die Kapitalverflechtung als eine Voraussetzung internationaler Arbeitsteilung der Konzerne und des Ausbaus ihrer finanzkapitalistischen Macht bildet die sozialökonomische Grundlage für die gegenwärtig herrschende ökonomische Situation im europäischen Wirtschaftsraum und in der Weltwirtschaft mit all ihren politischen und sozialen Folgen.

Die bisherige Gestaltung der internationalen Verflechtungsbeziehungen über die Kapitalkonzentration ist allerdings gegenwärtig starken Veränderungen unterworfen. Asien beginnt – besonders durch das Wirtschaftswachstum Chinas und dessen internationale Aktivitäten – als Region die gesamte Struktur in der geografischen Verteilung von Transaktionen der letzten Jahre zu verändern. Anzahl und Volumen von Fusionen und Übernahmen haben mit der Öffnung des chinesischen Marktes in dieser Region deutlich zugenommen. Allein von 2000 bis 2004 stieg der Anteil von Fusionen und Übernahmen an den gesamten internationalen Transaktionen von nahezu null auf 4,5 Prozent. Im Zeitraum von 2000 bis 2007 gab es rund 1000 Übernahmen in China mit einem Gesamtwert von 38 Mrd. EUR, während von den chinesischen Unternehmen lediglich 161 Transaktionen im Wert von rund 18 Mrd. EUR im Ausland getätigt wurden.<sup>9</sup>

In diesen Wandel der internationalen Kapitalkonzentration sind auch immer stärker andere große Staaten einbezogen, die nicht zu den beiden großen regionalen Kräftezentren USA und EU zählen, wie Brasilien, Russland und Indien. Gemeinsam mit China werden sie unter dem Begriff BRIC-Staaten als neuer Konkurrenzpool in den bisherigen Herrschaftskonstellationen des internationalen Finanzkapitals betrachtet, erfasst und auch als Bedrohung gefürchtet – vor allem weil sie vorwiegend in den Rohstoffsektoren wie Stahl, Kupfer, Zink, Titan, in der Chemie und bei Nahrungsgütern aktiv sind. Im weltweiten Transaktionsgeschehen ist die Rolle dieser Staaten in der Weltwirtschaft merklich gewachsen, was sich auch in der Teilnahme am weltweiten Fusionsprozess ausdrückt. Sie waren an Aufkauf und Übernahmen im Jahr 2000 mit knapp 2 und 2006 bereits mit mehr als 6 Prozent beteiligt.<sup>10</sup>

## 2. Fusionsentwicklung in der EU

Unter dem Aspekt gravierender Veränderungen in den Kräftegruppierung der Weltwirtschaft gestaltet sich die Kapitalkonzentration innerhalb des EU-Integrationsraums. Kennzeichnend für ihre Entwicklung war – analog zur gesamten internationalen Fusionsentwicklung seit Anfang des neuen Jahrhunderts bis zur Gegenwart – ihr wellenförmiger Verlauf. Am Beginn des Jahres 2000 lag der Höhepunkt der letzten Fusionswoge. Sie ebnete bis Ende 2002 ab, um Mitte des laufenden Jahrzehnts erneut eine Welle von Kapitalfusionen anzuschließen, die bis Ende 2007, dem Beginn der

weltweiten Finanzkrise, reichte und im ersten Halbjahr 2008 bereits einen Rückgang der Transaktionswerte verbuchte.

Für das erneute Anschwellen der Fusionsbewegung Mitte dieses Jahrzehnts spielte vor allem die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Bereiche im erweiterten Integrationsraum der EU und auch in Russland eine wesentliche Rolle. In Mittel- und Osteuropa wurden allein 2005 fast 4.500 M&A-Transaktionen mit einem Gesamtvolumen von mehr als 213 Mrd. EUR durchgeführt.<sup>11</sup>

Mit diesem Verlauf des Fusionsprozesses hängen auch strukturelle Veränderungen zusammen. Insgesamt zeigt die an der Nationalität des Zielunternehmens festgemachte regionale Struktur der Fusionsaktivitäten der EU-25 entsprechend ihrem Transaktionswert im Jahr 2006 am gesamten Wertvolumen von 918 Mrd. EUR folgende Anteile:

- nationale Zusammenschlüsse: 55,3 Prozent
- innergemeinschaftliche Transaktionen: 28,6 Prozent
- internationale Übernahmeaktivitäten: 16,1 Prozent.

An der Anzahl der innergemeinschaftlichen rund 8.650 Fusionsaktivitäten waren 2006 überwiegend die Unternehmen aus den „Kernländern“ beteiligt: Großbritannien mit 24,8, Deutschland mit 15,6, Frankreich mit 13,6, Spanien mit 8,3 und Italien mit 7,5 Prozent.<sup>12</sup>

Die sektoralen Schwerpunkte der innergemeinschaftlichen Fusionstätigkeit (vgl. Tab. 9) konzentrierten sich mit 28,6 Prozent auf das Verarbeitende Gewerbe, zu 16,2 Prozent auf den Bereich Finanzen, Versicherungen und Immobilienwirtschaft sowie zu 11,6 Prozent auf die ITT-Branche<sup>13</sup>. Letztere hatte nach dem drastischen Einbruch im Jahre 2001 ab Mitte dieses Jahrzehnts erneut wieder einen Aufschwung zu verzeichnen.

**Tab. 9** Gliederung der Fusionen und Übernahmen der EU-25 nach Wirtschaftssektoren

Fusionen, Übernahmen 2006	Global	Intra-EU
Anzahl insgesamt	38 851	8 648
davon Sektor in %:		
Bergbau	7,3	1,3
Verarbeitende Industrie	27,3	28,6
Finanzen, Versicher., Immobilien	17,4	16,2
andere Dienstleistungen	26,4	27,5

Quelle: DG ECFIN European Commission, Mergers & Acquisition NOTE Nr.4, April 2007, S. 8

<sup>11</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, M&A Report, April 2007, S. 3

<sup>12</sup> DG ECFIN European Commission, Mergers & Acquisitions NOTE, N°4, April 2007, S. 7

<sup>13</sup> ITT: aus der Verknüpfung von IT (information technology) und Telekommunikation

<sup>9</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, ebenda, April 2008, S. 2  
<sup>10</sup> ebenda, April 2007, S. 2

Im Ergebnis der anwachsenden, engeren Kapitalverflechtungen durch Fusionen und Beteiligungen im europäischen Integrationsraum bekommt der Sektor von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle für die einzelnen Volkswirtschaften der EU-Staaten ein immer größeres Gewicht. Dass sich über diesen Prozess im EU-Raum damit zugleich die sozialökonomische großkapitalistische Grundstruktur erweitert und die Wirtschaftsverfassung zunehmend internationalen Charakter annimmt, zeigt die europäische Statistik über Struktur und Tätigkeit von Unternehmen unter ausländischer Kontrolle im Inland für das Jahr 2007<sup>14</sup>.

Nach den statistischen Erhebungen in 17 EU-Mitgliedsländern waren die Auslands-Unternehmen an der Wertschöpfung des nichtfinanziellen Sektors der gewerblichen Wirtschaft mit mehr als 18 Prozent, an der Zahl der Beschäftigten mit 13 Prozent beteiligt. Mehr als die Hälfte der Übernahmen in diesem Sektor entfiel auf die Industrie.

Die Aufstellung macht das deutlich:

**Unternehmen unter ausländischer Kontrolle in der EU** (gemessen in % der gesamten Wertschöpfung aller Unternehmen in 17 Staaten)

Anteil der Auslandsunternehmen insgesamt	
18,1 Prozent	
darunter aus der EU	11,6
• aus Deutschland	3,0
• aus Großbritannien	2,1
• aus Niederlanden	1,5
• aus Frankreich	1,4
darunter aus Drittländern	6,5
• aus den USA	4,1

Die Unternehmen dieses Bereiches sind im Durchschnitt weit größer als die inländisch kontrollierten Firmen. Dies hängt damit zusammen, dass der Unternehmensaufkauf in anderen EU-Mitgliedsländern vorwiegend von Großunternehmen monopolisierter Bereiche der industriell entwickelten Staaten vorgenommen wird, die auf Marktmacht in den anderen Ländern orientiert sind.

Die Erweiterung der Europäischen Union im osteuropäischen Raum gab vor allem den Konzernen der EU-Kernländer die große Chance, durch Aufkauf und Beteiligung an Unternehmen der ehemaligen sozialistischen Staaten ihre Konzernbereiche auszuweiten und teilweise sogar ganze Volkswirtschaften in ihre Abhängigkeit zu bringen. Im Durchschnitt werden in der gewerblichen Wirtschaft 63 Prozent der Wertschöpfung durch Unternehmen unter ausländischer Kontrolle erwirtschaftet. Besonders stark sind die Großkonzerne der EU-Kernländer in Rumänien, Estland, Bulgarien, der Slowakei und der Tschechischen Republik engagiert. In Lettland, Ungarn und Litauen

liegt ihr Anteil weit über 50 Prozent.<sup>15</sup> Die Wirkung einer derartigen Invasion von westeuropäischen Großunternehmen haben diese Länder in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise deutlich zu spüren bekommen. Sie wurden von Kapazitäts- und Arbeitsplatzabbau als erste betroffen.

Das Bankkapital hat in dieser Entwicklung der Kapitalzentralisation als Träger und Organisator der Aufkaufstrategien der Konzerne in den anderen EU-Staaten eine erstrangige Rolle gespielt. Zu diesem Zweck konzentrierte es in großen Dimensionen Geldmittel und Vermögen, in dem es seine Positionen über Fusionen und Aufkäufe selbst ausbaute und die „Europäisierung“ der Banken vorantrieb. Charakteristisch ist, dass sich die EU-Banken auf Grundlage der forcierten Finanzmarktintegration zur Schaffung eines einheitlichen Marktes für Finanzdienstleistungen und den dadurch deutlich verbesserten Bedingungen für grenzüberschreitende Expansion stärker auf neue Kapitalmärkte und Größenordnungen ausrichten konnten. Kennzeichen dafür ist zum einen die abnehmende Zahl der Kreditinstitute: sie ging von 2000 bis 2007 von 8.368 (EU-25) auf 8.350 (EU-27) zurück, davon im Euro-Raum wesentlich stärker: von 7.464 auf 6.127.<sup>16</sup> Zum anderen dehnte sich mit der Errichtung von Niederlassungen in dem sich erweiternden EU-Raum die finanzkapitalistische Eigentumsstruktur der Banken aus und es verstärkte sich ihr internationaler Charakter durch neu errungene Marktpositionen. Zwar ist die Zahl der Niederlassungen von Banken aus der EU in den anderen EU-Staaten insgesamt mit 5,9 Prozent im Jahr 2007 im Verhältnis zur Gesamtzahl der Kreditinstitute relativ gering, aber immerhin erhöhte sie sich seit Beginn der Europäischen Währungsunion bis Ende 2007 um 24 Prozent auf 112. Davon entfiel fast die Hälfte auf die neuen EU-Länder. Getragen wurden diese Aktivitäten von den Großbanken der EU-Kernländer sowie aus Luxemburg, Irland, Schweden und Österreich.

Das mit dem Fusionsprozess verbundene Größenwachstum der europäischen Banken hat dazu geführt, dass die Großbanken bei den Transaktionen durch Anhäufung riesiger Geldvermögen auf eine breite Kapitalbasis zurückgreifen konnten. Das drückt sich in den ansteigenden fremdfinanzierten Übernahmen und den Megadeals der grenzüberschreitenden M&A-Aktivitäten in Milliardenumfang aus (Tab. 10). Im Jahrzehnt von 1995 bis 2005 erreichte das Transaktionsvolumen der Banken einen Wert von fast 160 Mrd. EUR und stieg in den folgenden Jahren weiter an. Allein im Jahr 2007 gab es Fusionen und Übernahmen bei den Banken mit einem Transaktionswert von rund 112 Mrd. EUR.

Mit der Fusionsentwicklung im Bankgewerbe veränderten sich auch die Marktanteile ausländischer Banken innerhalb der Europäischen Union. Das

<sup>14</sup> Michaela Grell, Unternehmen unter ausländischer Kontrolle in der EU, in: eurostat, Statistik kurz gefasst, Industrie, Handel und Dienstleistungen, 30/2008

<sup>15</sup> vgl. ebenda, S.5

<sup>16</sup> Bankenverband, Bundesverband Deutscher Banken, Überblick über das Bankengewerbe der Europäischen Union, Berlin Dezember 2008, S. 5

**Tab. 10** Die 5 größten grenzüberschreitenden Fusionen unter den Banken der EU 2005 - 2007

Wert EUR Mrd.	Jahr	Investor (Bank)	Land	Ziel (Bank)	Land
71,8	2007	RBS, Fortis, Santander	GB, BE, ES	ABN Amro	NL
15,4	2005	Unicredit	IT	HVB	DE
9,0	2006	BNP Paribas	FR	BNL	IT
5,9	2005	ABN Amro	NL	Antonveneta	IT
5,7	2007	Hypo Real Estate	DE	Depfa	IE

Quelle: Deutsche Bank Research, EU Monitor 54, Berlin, 26. Mai 2008

betrifft insbesondere die „Intra-Kapitalzentralisation“. Allgemein ist der Konzentrationsgrad im Bankensektor der EU-Staaten sehr unterschiedlich. Das hängt sowohl mit der unterschiedlichen Größe der einzelnen Länder als auch mit der Verschiedenheit in der Organisationsstruktur ihres Bankgewerbes zusammen. Aber gerade durch die Dynamik der innereuropäischen Kapitalzentralisation ist mit dem erhöhten Grad der Verflechtungsbeziehungen auf dem Finanzmarkt der Marktanteil ausländischer Banken im EU-Raum gestiegen. Für die EU-Staaten-25 wird im Zeitraum von 1997 bis 2006 ein Anstieg des Auslandsanteils von 3,5 auf 19 Prozent als Durchschnitt genannt, während der Marktanteil von Banken aus Drittländern fast unverändert bei rund 8 Prozent blieb.<sup>17</sup>

Die Marktanteile der jeweils fünf größten Kreditinstitute am Finanzmarkt des Landes (als ungewichteter Durchschnitt der nationalen Werte) bestätigen den Fakt der weiteren Zusammenballung der Finanzmacht bei den führenden Kreditinstituten. Der hohe Konzentrationsgrad der Banken in den neuen EU-Ländern ergibt sich nicht nur aus ihrer relativ geringen Größe, sondern weil sich überwiegend dort Banken aus den Kernländern der EU mit allein 54 Stützpunkten niedergelassen haben. Ausländische Banken haben in Rumänien einen Marktanteil von 86 Prozent.<sup>18</sup> Daraus ergibt sich auch, dass solche Länder wie Ungarn, Lettland und Rumänien durch ihre verhängnisvolle Abhängigkeit vom ausländischen Kapital im besonders starken Maße in den Strudel der Finanzkrise gezogen wurden.

Die Kapitalverflechtungen zeigen sich auch in der außerordentlichen Zunahme der Kreditvergabe von Bankinstituten aus den führenden EU-Staaten an Unternehmen in anderen Ländern des EU-Raums. Im Jahr 1999 flossen aus Deutschland Kredite in Höhe von 29 Mrd. EUR und aus Frankreich 23 Mrd. EUR in andere Mitgliedsländer. Im Jahr 2007 lag dieses Geldvolumen bei 119 Mrd. EUR bzw. 80,4 Mrd. EUR – ein Kennzeichen der wachsenden gegenseitigen Abhängigkeit der EU-Staaten voneinander.

<sup>17</sup> Deutsche Bank Research, Banken in Europa: Die stille (R)Evolution, in EU-Monitor 54, 26. Mai 2008 S.13

<sup>18</sup> Financial Times Deutschland, Hamburg, 11.03. 2009

### 3. Machtstruktur des Großkapitals in der EU

Mit dem Wandel in der internationalen Kräftekonstellation und durch die Energie- und Rohstoffproblematik ist ein rigoroser Konkurrenzkampf um Märkte und Absatzsphären verbunden. Der Ausbau der Machtpo-

#### Marktanteil der jeweils fünf größten Banken in ausgewählten EU-Ländern im Vergleich 2007 zu 2002, in %<sup>19</sup>

Niederlande	86,3 (82,7)	Spanien	41,0 (43,5)
Belgien	83,4 (82,0)	Deutschland	22,0 (20,5)
Finnland	81,2 (78,6)	Estland	95,7 (99,1)
Portugal	67,8 (60,5)	Litauen	80,9 (83,9)
Griechenland	67,7 (67,4)	Polen	46,6 (53,4)
Schweden	61,0 (56,0)	Tschechien	65,7 (65,7)
Frankreich	51,8 (44,6)	Ungarn	54,1 (54,5)
Großbritannien	40,7 (29,6)		

sition innerhalb der Europäischen Union über den Prozess der Kapitalkonzentration und -zentralisation ist deshalb für das Großkapital eine Frage seiner Existenz und seiner weiteren Expansionsmöglichkeiten zur Sicherung hoher Profite im internationalen Maßstab.

**Tab. 11** Die 100 größten nicht-finanziellen transnationalen Konzerne der Welt (gemessen am Umfang der Auslandsanlagen) Anzahl der Konzerne

Land/Jahr	1960	1970	1980	1990	2000	2008
USA	69	63	47	26	24*	20*
Japan	3	8	8	12	16	10
Deutschland	11	10	15	9	10*	13*
Frankreich	2	3	11	14	13	14*
Großbritannien	11*	8*	10*	13*	14*	15
Italien	1*	3	4	4	2	2
Niederlande	3*	3*	5*	4*	5*	6*
Spanien	-	-	-	-	2	3
übrige Länder		2		20	18	18

\* Doppelzählung von multinationalen Konzernen aus zwei Herkunftsländern  
Quellen: IPW-Forschungshefte, Die Wirtschaft kapitalistischer Länder in Zahlen, Berlin 1/82, S. 68 und 1/87, S.63; UNCTAD, World Investments Report, Geneva New York, lfd.

In den letzten Jahren konnten die mächtigen internationalen Konzerne der Welt auf diesem Wege ihre Positionen weiter festigen. Gleichzeitig haben zwischen ihnen die Konkurrenzschlachten an Schärfe zugenommen. Die von der UNCTAD jährlich veröffentlichte Statistik der führenden hundert transnationalen Konzerne macht die Positionsverschiebungen zwischen ihnen deutlich (vgl. Tab. 11). So ist der Gesamtumsatz der nach Größe ihrer Auslandsaktiva erfassten Kon-

<sup>19</sup> Bankenverband, Bundesverband Deutscher Banken, a.a.O.

zerne<sup>20</sup> von 5.551 Milliarden US-Dollar im Jahr 2003 bis 2008 auf 8.518 Milliarden US-Dollar angestiegen, die Anzahl ihrer Beschäftigten hat sich von 14,6 auf 15,3 Millionen erhöht. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, wird allein schon anhand der sich verändernden Positionen der mächtigsten nicht-finanziellen transnationalen Gesellschaften in der Welt der Wandel im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten deutlich: Die Dominanz der USA schwindet, die europäischen Konzerne bauen ihre Position im Weltmaßstab aus.

Unter den „Top 100“ haben 57 Konzerne (einschließlich Schweden und Irland) ihren Sitz im EU-Wirtschaftsraum. Gleichzeitig tauchen neue Konkurrenten aus anderen regionalen Räumen auf wie aus China und Korea.

### Finanzkonzernmacht

Eine analoge Entwicklung in den internationalen Kräfteverschiebungen zugunsten der Finanzkonzerne der EU zeigt sich auch auf dem Finanzmarkt. Die starke Stellung der größten Banken und Versicherungskonzerne der Europäischen Union hat sich weiter gefestigt. Unter den von der UNCTAD aufgelisteten 50 führenden Weltfinanzkonzernen<sup>21</sup> kamen im Jahre 2008 aus dieser Region 31 Großbanken und Versicherungskonzerne und 8 aus den USA. Im Jahr 2004 lauteten die entsprechenden Zahlen noch 29 und 10.

Die Konzentration riesiger Vermögen bei den 50 größten internationalen Finanzgiganten ist enorm. Sie wiesen 2008 zusammen mehr als 54.000 Mrd. US-Dollar an Aktiva aus, der Kennziffer für die Summe ihrer Vermögensteile. Allein im Jahr 2007 wickelten diese Finanzkonzerne 13 große Übernahmen mit einem Wert von insgesamt 140 Mrd. US-Dollar ab.

Auch anhand der Ranking-Liste der „Top 1000“, die das britische Fachmagazin „The Banker“ seit 1999 erstellt, zeigt sich die gefestigte Position der europäischen Banken vor allem gegenüber den USA-Konkurrenten. Aus dem Gros der 1000 Banken haben 279 ihren Sitz in einem der 27 Mitgliedsländer der EU. Sie haben ihre Rolle als wichtigster Finanzmarkt in den maßgeblichen Kennziffern dieses Sektors weiter ausgebaut (Tab. 12).

Auf die Verschiebungen im Kräfteverhältnis der mächtigsten Weltfinanzkonzerne hatte einerseits schon die 2007 in den USA ausgelöste Finanzmarktkrise ihre Wirkung. Andererseits sind vor allem die asiatischen Banken – ohne die japanischen – mit an die Spitze gerückt. Unter den ersten 25 dieser 1.000-Liste sind 3 chinesische Großbanken, aber auch zwei brasilianische und eine russische zu finden. Eindeutig dominieren in dieser Gruppe mit 14 die Großbanken aus der Europäischen Union. Dies hängt vor allem mit dem grenzüberschreitenden Fusionsprozess zusammen,

<sup>20</sup> Die seit 1954 veröffentlichte Statistik „The world's top 100 non-financial TNCs“ erfasst nicht nur Industriekonzerne, sondern bezieht auch Handel, unternehmensbezogene Dienstleistungen und Medienwirtschaft ein.

<sup>21</sup> UNCTAD, World Investment Report 2009, Agricultural Production and Development, New York-Genf

in dem die britischen und die französischen Banken äußerst aktiv waren. Schwerpunkt der internationalen Strategie der EU-Banken ist mit 43 Prozent Europa, gefolgt von Asien mit 30 und Amerika mit 27 Prozent.

**Tab. 12** Platz der EU-Banken auf dem internationalen Bankenmarkt

	Zahl der Banken	Bilanzsumme	Kernkapital*	Gewinn vor Steuern
Europa	27 (27)	53 (48)	42 (41)	41 (37)
USA	17 (21)	11 (15)	16 (22)	14 (37)
Asien (o. Japan)	18 (15)	12 (11)	15 (12)	19 (8)

Anteil in Prozent an den 1000 kapitalstärksten Banken der Welt 2007 (2003)

\* Die Kennziffer besteht aus verschiedenen Komponenten – wie Gesellschaftskapital, offene Reserven, Gewinnvortrag – entsprechend den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen.

Quelle: The Banker; in: die bank, Berlin, Oktober 2008

Wie die Tab. 13 zeigt, rangieren die zehn mächtigsten Finanzkonzerne der EU unter den größten „Top-50“ der Welt – darunter auch die Deutsche Bank. Sie hat vor allem ihre internationale Position stark ausgebaut. Gemessen an der Zahl ihrer 80.500 Mitarbeiter in mehr als 900 Stützpunkten, machte der Anteil der Auslandsfilialen 76 Prozent aus.

**Tab. 13** Die 10 größten Finanzkonzerne der EU im Jahre 2008 (entsprechend ihrem Internationalisierungsgrad)

Name	Land	Aktiva Mrd.\$	Beschäftigte in Tsd.	Filialen	Auslandsanteil in %
Allianz SE	D	1 367	183	823	74,4
ABN AMRO holding NV	NL	954	68	945	74,4
Generali Spa	I	549	84	396	86,4
HSBC Holdings PLC	GB	2527	331	1048	65,2
Société Générale	F	1617	160	526	65,6
Unicreditio Italiano Spa	I	1496	175	1111	94,7
Axa	F	964	109	575	80,7
BNP Paribas	F	2969	173	664	64,0
Deutsche Bank	D	3151	80	934	76,3
Dexia	B	931	28	275	84,0

Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2009, New York-Genf, S. 234

**Tab. 14** Die umsatzstärksten Konzerne der EU nach ausgewählten Branchen und regionaler Herkunft 2008  
(Anzahl unter den größten börsennotierten 500 Unternehmen Europas)

Land		GB	F	D	NL	I	E	übrige EU	Nicht-EU
Konzerne insgesamt	500	91	67	58	27	33	23	128	73
Mineralöl u. Gas	41	4	2	0	1	4	2	19	13
Versorger	33	5	5	4	0	5	5	7	2
Automobil	11	0	2	5	0	1	0	0	3
Chemie	22	1	3	5	2	0	0	5	6
Pharma	11	2	1	3	0	0	0	5	11
Stahl	20	0	0	2	0	1	1	7	2
Maschinen,Anlagenbau	27	1	1	6	0	2	2	8	7
Elektro u. Technologie	17	1	5	3	4	1	1	1	1
Telekommunikation	24	3	1	2	1	1	1	10	5
Luft- u. Raumfahrt	6	2	2	1	1	0	0	0	0
Wehrtechnik	3	1	1	0	0	1	0	0	0

Quelle: nach Angaben vom handelsblatt.com Firmen-Ranking 2009

### **Industriemacht in der EU**

Für die Verschiebung in der internationalen finanzkapitalistischen Machtverteilung hat der Fusionsprozess im gewerblichen Sektor der letzten Jahre entscheidende Schwerpunkte gesetzt. Er war vor allem auf die Industrie konzentriert. Innerhalb Europas haben die großen Industriekonzerne aus den Kernländern der EU ihre dominierende Position halten können, auch wenn sich über Kapitalverflechtungen einige Konstellationen verändert haben, die oft nicht in den offiziellen Daten sichtbar werden. Aus der Tab. 14 geht hervor, dass die umsatzstärksten Industriekonzerne der EU unter den 500 führenden Europas in 11 Schlüsselbereichen tätig sind. Sie haben auch für die Konkurrenzfähigkeit im internationalen Maßstab Bedeutung. Ihre Marktpositionen sind von solch einem Gewicht, dass sie über ihren politischen Einfluss wesentlich die Machtverhältnisse in Wirtschaft und Politik der EU mitbestimmen können.

Scharfer Konkurrenz in diesen Sektoren sind die EU-Unternehmen vor allem durch die 29 Konzerne aus der Schweiz und die 23 aus Russland ausgesetzt. Diese machten das Gros der 68 größten börsennotierten Unternehmen außerhalb der EU aus. Ihre Anzahl unter den aufgelisteten Kapitalgesellschaften hat sich gegenüber 2005 um 5 für die Schweiz bzw. 8 für Russland erweitert. Diese außerhalb der EU beheimateten Großunternehmen sind vorwiegend im Chemie- und Pharmabereich, in der Elektrotechnik sowie auf dem Energiesektor und in der Stahlindustrie tätig.

In den industriellen Schlüsselbereichen spiegeln sich auch die Machtpositionen der mächtigsten Konzerne mit ihren Veränderungen wider. Nach wie vor rangiert der Energiebereich mit den Mineralölkonzernen und den Großunternehmen der Energieversorgung an vorderster Stelle. Allein die hohe Anzahl von 75 Großkonzernen unter den TOP-500 dokumentiert ihr Überge-

wicht in der industriellen Machtstruktur der EU-Staaten und die Bedeutung dieses Sektors für die Wirtschaft. Neben der hoch monopolisierten Automobilindustrie in nur 8 Unternehmen hat sich neben den seit Jahrzehnten von wenigen Konzernen beherrschten Zweigen der Chemie und Pharmazie, sowie der Eisen- und Stahl-, der Elektroindustrie und des zunehmend schwergewichtigen Rüstungssektors im volkswirtschaftlichen Spektrum auch die Telekommunikation als bedeutender eigenständiger Bereich etabliert. Sie spielt als ein Träger des sich neu formierenden Wirtschaftszweiges, der Infrastrukturindustrie, sowohl für die Effektivität der Produktion als auch für die Kapitalexpansion auf neuen Märkten eine wachsende Rolle. Der Maschinen- und Anlagenbau hat im Rahmen der industriellen Machtstruktur mit 20 Großunternehmen eine exponierte Stellung inne, zumal er durch seine vielen Facetten in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung als Investitionsgüter erzeugende Produktion im Internationalisierungsprozess eine erstrangige Rolle spielt.

In Tab.15 sind die jeweils fünf führenden Konzerne der einzelnen Branchen mit den Kennziffern Umsatz und Beschäftigte aufgeführt. Größere Veränderungen in den Namen, im Umsatz und in der Anzahl der Beschäftigten gegenüber früheren Veröffentlichungen ergeben sich durch Fusionen und Umstrukturierungen. Es kennzeichnet die labile Situation im Kapitalismus, dass mit den Expansionsstrategien der mächtigsten Konzerne im Konkurrenzgetriebe der Welt im großen Maßstab auch Umstrukturierungen, Zerfallsprozesse und der Untergang traditioneller Unternehmen verbunden sind. Sie verleihen dem volkswirtschaftlichen Gefüge einen immer instabileren Charakter.

**Tab. 15** Führende EU-Industriekonzerne nach Branchen unter den 500 größten börsennotierten Unternehmen 2008

Name	Rang in der Liste	Land	Umsatz (Mrd. €)	Beschäftigte (Tsd.)
<b>Mineralöl und Gas</b>				
Royal Dutch/ Shell	1	NL/GB	311,9	102,0
BP	2	GB	202,8	92,0
Total	3	F	160,3	97,0
Eni	5	I	107,8	78,9
Repsol	21	E	61,0	36,3
<b>Energieversorger</b>				
Eon	8	D	86,8	93,5
Suez	15	F	67,9	234,7
EDF	17	F	64,3	155,9
Enel	22	I	59,5	76,0
RWE	31	D	47,5	65,9
<b>Automobil</b>				
Volkswagen	4	D	113,8	357,2
Daimler	6	D	95,9	273,2
Fiat	23	I	59,4	198,3
PSA Peugeot/Citroen	26	F	54,4	201,7
BMW	29	D	53,2	100,0
<b>Chemie</b>				
BASF	19	D	62,3	96,9
Bayer	42	D	32,9	108,6
Akzo Nobel	103	NL	15,4	60,0
Air Liquide	131	F	13,1	43,0
Solvay	173	B	9,4	29,4
<b>Pharma</b>				
Sanofi-Aventis	53	F	27,6	99,5
Glaxo Smith Kline	62	GB	25,2	99,0
Celesio	71	D	21,8	37,7
Astrazeneca	88	GB	17,7	65,0
Merck	207	D	7,6	32,8
<b>Stahl</b>				
Arcelor	10	L	85,0	315,9
Salzgitter	141	D	12,5	23,7
Voestalpine	162	A	10,5	42,9
Tenaris	199	I	8,3	23,9
Klöckner & Co.	220	D	6,8	10,3
<b>Maschinen-/Anlagenbau</b>				
Thyssen-Krupp	28	D	55,4	199,4
Linde	139	D	12,7	51,9
Sandvik	196	S	8,4	50,0

Atlas Copco	221	S	6,7	34,0
Vallourec	229	F	643	18,6
<b>Elektro/Technologie</b>				
Siemens	12	D	77,3	420,8
Philips	54	NL	26,4	121,4
Schneider Electric	86	F	18,3	126,5
Alstom	96	F	16,9	67,9
ST Microelectronics	223	NL	6,7	50,0
<b>Telekommunikation</b>				
Deutsche Telekom	20	D	61,7	227,7
Telefónica	24	E	57,0	257,0
France Télécom	27	F	53,5	182,8
Vodafone	32	GB	44,5	72,4
Telecom Italia	47	I	30,0	77,8
<b>Luft-und Raumfahrt</b>				
EADS	34	NL	43,3	118,3
Safran	164	F	10,3	53,3
Rolls-Royce	179	GB	9,4	39,0
Dassault Aviation	347	F	3,7	12,4
Smith Group	416	GB	2,9	22,8
<b>Wehrtechnik</b>				
BAE Systems	91	GB	17,2	94,0
Finmeccanica	107	I	15,0	73,4
Thales	138	F	12,7	52,2

Quelle: nach Angaben von handelsblatt.com Firmenranking 2009

### III. EU-Konzerne in einer interdependenten Welt

Nationale und internationale Fusionen im Kampf der Konzerne um Machtpositionen in der Wirtschaft haben einen unmittelbaren Bezug zum Außenhandel und zu den ausländischen Direktinvestitionen. Beide ökonomischen Prozesse sind zur Realisierung der Konzernstrategien von außerordentlicher Bedeutung und werden deshalb durch die Expansion der transnationalen Konzerne maßgeblich vorangetrieben. Es geht dabei im scharfen Konkurrenzkampf um profitable Absatzmärkte und Kapitalanlagesphären.

In den letzten Jahrzehnten haben über Handel und Auslandsinvestitionen die weltwirtschaftlichen Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten der Staaten außerordentlich zugenommen. Charakteristisch dafür ist auch die zunehmende Integration in der Europäischen Union als ein bedeutender Bestandteil der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die neoliberal getriebene Europäisierung jedoch drückt der engeren Kooperation über den Warenhandel und den ausländischen Direktinvestitionen ihren spezifischen Stempel auf, da sie von den Interessen großer Monopolgruppen und der ökonomischen Vorherrschaft der „Kernländer“ der EU geprägt ist. Hieraus erwächst auf der einen Seite zunehmend das Ungleichgewicht zwischen den EU-Staaten. Auf der anderen Seite ergeben sich im Rahmen der erweiterten EU neue Zwänge zur Profilierung nationaler Führungspositionen, die das Gegeneinander über protektionistische Tendenzen und die Labilität in den engen Wirtschaftsbeziehungen erhöhen. In der gegenwärtigen Krise wird das besonders deutlich. Es entwickeln sich zudem über diese beiden vom Profitinteresse geprägten ökonomischen Prozesse auch neue Tendenzen in den Kräftegruppierungen der Weltwirtschaft, die die bisherigen geopolitischen Strukturen in den internationalen Beziehungen stark tangieren. Die Europäische Union als ein Angelpunkt für die neue Machtbalance in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist in ihrer Außenwirtschafts- und Außenpolitik dadurch stark beeinflusst.

#### 1. Außenhandel im Kampf um Absatzmärkte

Seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hat sich der Welthandel überaus rasch entwickelt. Eine bedeutende Rolle spielten dabei auch die Tendenzen zur regionalen Bildung von Handelsblöcken in vielen Regionen der Welt wie in Nordamerika mit der NAFTA, der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes der EU und vieler anderer länderübergreifender Wirtschaftsverbände sowie auch die Marktöffnung Chinas. Die durch die internationalen Kooperationsbeziehungen gewonnenen positiven Effekte der Zusammenarbeit wirken sich besonders auf den Warenaustausch aus. Ein Kennzeichen dafür ist, dass sich das Handelsvolumen in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt hat. Rund die Hälfte des Warenaustausches entfiel im vergangenen Jahrzehnt auf die EU, die USA, China und Japan (Tab. 16).

Allerdings zeigen sich zwischen den vier größten Handelsakteuren wesentliche Verschiebungen, was ohne Zweifel Rückschlüsse auf die sich verändernde Kräftekonstellation in der Weltwirtschaft zulässt. Die USA haben im Export an Positionen eingebüßt, während sich Japans Stellung im Welthandel generell verringert hat. China vollzog mit seinem Wirtschaftswachstum und der Marktöffnung in den letzten zwei Jahrzehnten im internationalen Warenaustausch gewaltige Sprünge an die vorderste Spitze des Weltexports.

Tab. 16 Trends im Welthandel

	1970	1990	2000	2007	2008
Welt-Export (Mrd. ECU/ Euro)	200,8	2.264,0	5.102,4	7.123,1	7.830,5
davon in %					
EU	22,3	18,3	18,5	17,4	16,7
USA	21,1	13,2	15,9	11,6	11,1
China	-	2,2	5,7	12,2	12,6
Japan	9,4	9,4	9,4	6,9	6,4
Welt-Import (Mrd. ECU/ Euro)	210,9	2.404,0	5.384,8	7.550,9	8.326,7
davon in %					
EU	21,6	19,2	19,2	19,1	18,8
USA	20,0	16,1	24,1	19,2	17,4
China	-	1,7	4,0	8,3	8,8
Japan	8,9	7,4	7,3	5,8	6,0

Quelle: nach eurostat statistical books, External and intra-European trade, 2008 und 2009

Die Europäische Union als stärkste Handelsmacht in der Weltwirtschaft konnte in den Jahren von 2000 bis 2007 im Außenhandel eine weitaus schnellere Entwicklung verzeichnen als in ihrem gesamten Wirtschaftswachstum. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate lag sowohl für den Export als auch für den Import in diesem Zeitraum bei 6 Prozent<sup>22</sup>, eine Zuwachsrate, die in keinem dieser Jahre für das gesamte Bruttoinlandsprodukt für die EU erreicht wurde. Im Jahre 2008 zeigten sich aber schon die ersten Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Außenhandel der Europäischen Union.

Die exponierte Stellung der EU im Außenhandel hängt mit dem hohen industriellen Entwicklungsstand sowie mit den dadurch bedingten Schwerpunkten des Warenaustausches zusammen. Sie liegen in den Hauptgruppen des verarbeitenden Gewerbes, die auf Grund eines hohen wissenschaftlich-technischen Niveaus

<sup>22</sup> Eurostat, Statistics in focus, External trade, 92/2008

**Tab. 17** Haupthandelspartner der EU-27 im Jahr 2008

Land	Export 2008 1.306,5 Mrd. € Anteil in v. H.	Durchschnittliche Wachstumsrate 2000-2007 in %	Import 2008 1.565,0 Mrd. € Anteil in v. H.	Durchschnittliche Wachstumsrate 2000-2007 in %
USA	19,1	1	11,9	-2
China	7,5	16	15,8	18
Russland	8,0	22	11,4	12
Schweiz	7,5	4	5,1	3
Japan	3,2	-1	4,9	-2
Norwegen	3,3	7	6,1	7

Quelle: eurostat, Statistics in focus, External trade, 92/2008; External and intra-EU trade – a statistical yearbook, Data 1958-2008, 2009 edition

vielfältige arbeitsteilige Vernetzungen und Kooperationen zwischen den Volkswirtschaften, vor allem mit den entwickelten Staaten möglich und nötig machen und den Handel stimulieren. So waren die Warengruppen „Maschinen und Fahrzeuge“ im Jahr 2008 mit rund 44 Prozent und Chemische Produkte mit 15 Prozent an den gesamten Exporten beteiligt.

Unter diese Gruppen fallen auch die umfangreichen Rüstungsexporte. Sie werden nicht gesondert ausgewiesen, haben aber im Warenexport einen bedeutenden Stellenwert. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI<sup>23</sup> waren sieben Länder der EU im Zeitraum von 2004-2008 mit fast einem Drittel am gesamten weltweiten Export von konventionellen Waffen beteiligt. Deutschlands und Frankreichs Anteil am Waffenexport machte in diesem Zeitraum 10 bzw. 8 Prozent aus. Davon gingen 13 bzw. 12 Prozent der Lieferungen dieser beiden Länder nach Griechenland.<sup>24</sup> Die vier Konzerne BAE Systems, EADS, Finmeccania und Thales brachten es 2007 auf insgesamt 52,2 Mrd. \$ im Waffenverkauf.

Bei den Importen gibt es in der Warenstruktur eine ähnliche Schwerpunktsetzung, aber hier schlägt zusätzlich aufgrund der knappen EU-Energieressourcen der Anteil von Energieprodukten mit 29 Prozent am gesamten Import zu Buche. Allein bei den Lieferungen aus Russland machten Energieprodukte fast zwei Drittel des Importvolumens aus.

Die Richtungen des EU-Exports haben sich allerdings in den letzten Jahren gewandelt. Zwar sind die USA mit 19,1 Prozent Anteil am Gesamtexport im Jahre 2008 immer noch das wichtigste Exportland – 2003 waren es noch 26 Prozent. Aber andere Länder gewinnen für den Export der EU rasch an Bedeutung. So zeigt das durchschnittliche jährliche Wachstum im Zeitraum von 2000 bis 2007 für den Export nach China von 16, nach Russland mit 22 und nach Indien mit 12 an, in welchem Maße die Europäische Union in den Wandel der Weltwirtschaftsbeziehungen einbezogen ist (Tab. 17). Deutlich wird eine Schwerpunktverlagerung in den Richtungen des gesamten EU-Außenhandels.

Der Warenexport wirkt generell als Initiator für Markterschließung und Gewinnung von Marktpositionen. Er schafft dadurch für die den EU-Export tragenden Großkonzerne entscheidende Bedingungen, um in den immer enger werdenden interdependenten Wirtschaftsbeziehungen angesichts des sich äußerst verschärfenden Konkurrenzkampfes nicht abgehängt zu werden. Dem „Intra-EU-Handel“ kommt dabei eine maßgebliche Rolle zu. Er steht im engen Zusammenhang mit der fortschreitenden regionalen Integration der EU und der für den Binnenmarkt geschaffenen Währungsunion. Gerade die forcierte Erweiterung durch den Beitritt neuer Länder war eine Voraussetzung zur Stärkung der internationalen Position der EU angesichts der sich wandelnden ökonomischen und politischen Beziehungen in der Welt. Die in den jüngsten Jahren auf Betreiben der großen industriellen Unternehmerverbände vorangetriebene Ost-Erweiterung der Europäischen Union zählt dazu. Sie dient dem in den Kernländern dominierenden Großkapital als ein Instrument zur Stabilisierung und Erweiterung seiner Machtstellung nach außen.

In der Öffentlichkeit – auch in der offiziellen Statistik – werden die EU-Außenhandelsbeziehungen in der Welt als ein Indikator für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen aller Mitgliedsländer wahrgenommen. Deshalb ist der „klassische“ Warenaustausch innerhalb des Integrationsraumes in der Betrachtung der internationalen Außenhandelsstruktur meist ausgeklammert. Innerhalb des europäischen Integrationsgebildes hat jedoch der Warenaustausch zwischen den Mitgliedsländern ein außerordentlich großes Gewicht. Es werden fast zwei Drittel des gesamten Warenaustausches der EU im Gemeinsamen Binnenmarkt abgewickelt. So wurden im Jahr 2008 insgesamt Waren im Werte von 4.010 Mrd. Euro exportiert und im Werte von 4.173 Mrd. Euro eingeführt. Der Intra-EU-Handel war daran mit 64 bzw. mit 63 Prozent beteiligt.

Mit den „inneren“ Handelsaktivitäten sind vielfältige Wachstumseffekte verbunden: Kostensenkungen, Veränderungen in den arbeitsteiligen Beziehungen zwischen den Volkswirtschaften und andere Struktureffekte. Aufgrund des unterschiedlichen Entwicklungsniveaus innerhalb der EU und der dominierenden Macht der Konzerne aus den Kernländern jedoch

<sup>23</sup> sipri, SIPRI Fact Sheet, April 2009

<sup>24</sup> SIPRI YEARBOOK 2009, Stockholm

**Tab. 18** Ausländische Direktinvestitionen der EU im weltweiten Vergleich (in Mrd. US-Dollar)

Region/Jahr	EU		USA		Japan		China		Welt	
	Zufluss	Abfluss								
1995-2000*	314,6	421,6	167,7	125,9	4,6	25,1	41,8	2,0	734,9	707,4
2001	382,6	433,9	159,5	124,9	6,2	38,3	46,9	6,9	825,9	743,5
2002	309,4	265,6	74,3	134,9	9,2	32,3	52,7	2,5	625,2	537,4
2003	259,4	285,2	53,1	129,4	6,3	28,8	53,5	2,9	561,1	562,8
2004	214,3	368,0	135,8	294,9	7,8	31,0	60,6	5,5	717,7	920,2
2005	498,4	609,3	104,8	15,4	2,8	45,8	72,4	12,3	958,7	880,8
2006	562,4	640,5	236,7	221,7	-6,5	50,3	72,7	21,2	1411,0	1323,2
2007	804,3	1142,2	232,8	313,8	22,5	73,5	83,5	22,5	1833,3	1996,5
2008	503,4	837,0	316,1	311,8	24,4	128,0	108,3	52,2	1697,3	1857,7

\* Jährlicher Durchschnitt

Quelle: UNCTAD. World Investment Report, New York Geneva 2005, 2008 und 2009

begünstigt dieser zwischenstaatliche Warenaustausch die exportstarken Schlüsselindustrien und festigt damit das Ungleichgewicht in den wirtschaftlichen Positionen innerhalb der EU. Der Intra-Handel wird zu 70 Prozent von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, Niederlanden und Spanien realisiert.

Welch eine Bedeutung die Osterweiterung für die EU-Kernländer durch den Zuwachs des Absatzmarktes hat, ist am Exportanteil der drei entwickelten Staaten der beigetretenen zehn Länder zu ermesen. Auf die Tschechische Republik, Ungarn und Polen entfielen 2008 mehr als 4 Prozent des gesamten Exports in diese Länder. Der Umfang ist damit genau so hoch wie nach Brasilien und Indien zusammen.

Schwerpunktmäßig werden auch im inneren Warenaustausch der EU zu 39 Prozent Produkte aus den klassifizierten Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, zu 28 Prozent andere industrielle Fertigerzeugnisse und zu 15 Prozent Chemieprodukte<sup>25</sup> gehandelt.

Die mit der wechselseitigen volkswirtschaftlichen Verflechtung verbundenen Profitabilitätseffekte rücken den Außenhandel mit anderen regionalen Integrationsräumen in der Welt immer stärker ins Blickfeld der EU-Außenhandelspolitik. In der Außenhandelsstatistik<sup>26</sup> findet diese Orientierung auf die existierenden Integrationsgebilde oder auf geografische Zonen – trotz ihrer sehr unterschiedlichen Tendenzen in der Kooperation und im Integrationsgrad sowie der Anzahl und Unterschiedlichkeit der beteiligten Staaten – bereits ihren Niederschlag.

Vom gesamten Export (in Klammern: Import) der EU-27 entfielen 2007 folgende Anteile (in v. H.) auf die genannten Integrationsräume:

NAFTA	25	(15)
ASEAN	8	(9)
GUS	10	(13)
Lateinamerikanische Staaten	6	(6)
Mittelmeeranrainerstaaten	13	(10)
AKP	5	(4)
EFTA	11	(11)
EU-Kandidaten-Staaten	5	(4)
OPEC	9	(9)

## 2. Ausländische Direktinvestitionen zum Ausbau internationaler Machtpositionen

Mit der Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen seit dem Jahre 2004 bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 haben die Vernetzungen der Volkswirtschaften in der Welt einen neuen Stand erreicht. Wesentliches Kennzeichen für die immer enger und zunehmend abhängiger werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen ist das Ausmaß der Finanzströme in bisher nicht gekannten Maßstäben. Sie stehen im engen Zusammenhang mit den internationalen großfusionen, mit der in die Billionen gehende außerordentlichen Kapitalanhäufung bei Banken und Industriekonzernen sowie der Rolle des Finanzmarktes als Akteur in diesem Prozess der Internationalisierung des Kapitals. Über die ausländischen Direktinvestitionen wird der Kapitalexport durch die Großkonzerne vorangetrieben. Er ist in der zunehmend interdependenten Welt maßgebend für die weitere Machtexpansion im Kampf um Einflussphären und hohe Profitrenditen.

Mit diesen ausländischen Direktinvestitionen oder dem Kapitalexport werden die regionalen, sektoralen sowie strukturellen Entwicklungsrichtungen der Volkswirtschaften maßgeblich beeinflusst. Deshalb kommt ihnen bei der Einschätzung des gegenwärtigen Wandels des ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisses auch eine erstrangige Bedeutung zu. Sie sind – wie sich in jüngster Zeit besonders deutlich am Umfang, an den Richtungen und den Trägerschaften der Kapitalströme zeigt – zu einem entscheidenden

<sup>25</sup> eurostat, Statistics in focus, External trade, 92/2008

<sup>26</sup> eurostat, ebenda, S. 2

Instrument zwischenstaatlicher Konkurrenz, des Kampfes um eine Neuaufeilung der Märkte geworden und geben so politischen Auseinandersetzungen und neuen außenpolitischen Konflikten verstärkt Auftrieb.

Nach der Statistik der UNCTAD (vgl. Tab 18) war in den Jahren von 2004 bis 2007, also bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise, ein explosionsartiger Schub im Umfang der ausländischen Direktinvestitionen zu neuen Größenordnungen zu verzeichnen. Das gesamte Volumen an ausländischen Direktinvestitionen in der Welt erhöhte sich in diesen vier Jahren von 1.638 auf 3.830 Mrd. US-Dollar. Allein auf die vier Staaten oder Staatengebilde EU, USA, Japan und China entfielen von den 2007 getätigten Investitionen über 70 Prozent.

In einem ganz besonders hohen Tempo sind in diesem Zeitraum bis zum Beginn der Krise ausländischen Direktinvestitionen der EU-27 angewachsen. Sie haben sich bis 2007 auf 1.142 Mrd. Dollar erhöht, also mehr als verdreifacht. Damit war die EU mit 57 Prozent an den weltweiten Auslandsinvestitionen beteiligt. Dieser angestiegene Kapitalexport zum Ausbau internationaler Stützpunkte wurde zu mehr als drei Vierteln von fünf „Kernländern“ bestritten. Sie konnten an den ausländischen Direktinvestitionen außerhalb der EU-27 folgende Anteile ausweisen (in %):

Großbritannien	23,3	Frankreich	19,7
Deutschland	14,8	Spanien	10,5
Italien	8,0		

Die Zielländer des EU-Kapitalexports außerhalb der Europäischen Union waren mit 23 Prozent die Länder Europas – mit der Schweiz und Norwegen als Schwerpunkt. Nach Amerika gingen 53 Prozent – anteilig daran 40 Prozent in die USA – sowie nach Asien 14 Prozent des Kapitalflusses.

Es ist das Bestreben der dominierenden großen EU-Staaten und ihrer Konzerne, über starke internationale Positionen in der Weltwirtschaft auf die Gestaltung der Machtbalance in den sich wandelnden Weltwirtschaftsbeziehungen Einfluss zu nehmen und ihren politischen Führungsanspruch durchzusetzen. Dem forcierten Ausbau der ökonomischen Integration über eine engere Kapitalverflechtung der EU-Staaten kommt dabei eine grundlegende Bedeutung zu. Die Direktinvestitionen innerhalb der Europäischen Union werden als wesentliche Voraussetzung zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit und als Ausgangspunkt für die Expansion im globalen Maßstab angesehen.

In den vier Jahren von 2004 bis 2007 gingen im Durchschnitt jährlich mehr als 60 Prozent des gesamten Kapitalexportes der Mitgliedsländer in die EU-Partnerländer (Tab. 19). Auch der gesamte Kapitalzufluss aus dem Ausland in die EU-27 weist einen annähernd gleichen Zuwachs auf, so dass sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen insgesamt in den einzelnen EU-Ländern stark erhöht hat. Dieser ausländische Kapitalstock in der EU hatte

im Jahr 2006 einen Umfang von 6.331 Mrd. Euro. Allein durch die ausländischen Kapitalinvestitionen aus den Partnerländern erhöhte sich der Bestand auf 4.274 Mrd. EUR.

Bemerkenswert ist aber nicht nur die intensiviertere Kapitalverflechtung über die gegenseitigen Finanzanlageströme innerhalb der EU. Auch der Zufluss an Direktinvestitionen aus dem Ausland ist seit 2004 um mehr als das Sechsfache gestiegen. Das zeugt davon, dass die liberalisierten Märkte in der EU für Kapitalanlagen ausländischer Konzerne aus den Drittstaaten mit hohen Profiterwartungen verknüpft sind.

Die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Aktivitäten lagen mit fast der Hälfte des Bestandes an ausländischen Investitionen beim breit gefächerten Sektor der Dienstleistungen, besonders im Finanzbereich, beim Bereich Transport und Kommunikation sowie mit fast einem Drittel auf dem verarbeitenden Gewerbe, vor allem in den Schlüsselindustrien.

**Tab. 19** EU-Kapitalverflechtung: Direktinvestitionen der EU-27 im Ausland und Zufluss aus dem Ausland in Mrd. EUR

	2004	2005	2006	2007	2008
Abfluss ins Ausland insgesamt	369,1	668,0	845,4	1129,7	788,6
in die EU-27-Partnerländer	226,8	428,5	527,9	645,5	434,2
außerhalb der EU	142,3	239,5	317,5	484,2	354,4
Zufluss aus dem Ausland insgesamt	244,2	590,3	710,1	952,1	493,9
aus den EU-Partnerländern	185,9	461,2	508,8	592,0	321,2
außerhalb der EU	58,3	129,2	201,3	360,1	172,7

Quelle eurostat, Pocketbooks, European Union foreign direct investment yearbook 2008 Data 2001-2006, S. 87; eurostat-online, 30.04.2009; eurostat-Data Explorer v. 12.03.2010

Die Kapitalverflechtungen innerhalb der EU erhielten einen besonderen Auftrieb mit dem Beitritt der 12 neuen Mitgliedsländer. Analog zum Warenexport eröffneten sie dem westeuropäischen Großkapital neue Märkte für die Kapitalverwertung. Sie wurden damit von 2004 an zu einem Schwerpunkt des Kapitalexports der Europäischen Union. In der kurzen Zeitspanne bis 2006 flossen aus den Ländern der EU-15 in die neuen Mitgliedsländer allein Direktinvestitionen in Höhe von 94 Mrd. EUR. Sie verteilten sich zu 42 Prozent auf Ungarn, zu 17 Prozent auf Polen, zu 8 Prozent auf Malta und zu je 7 Prozent auf Rumänien, Bulgarien und Tschechien<sup>27</sup>. Die größten Investoren aus den EU-Ländern waren hier die Unternehmen aus Deutschland mit 27 Prozent, aus Spanien mit 13 aus Österreich und Luxemburg mit je 10 Prozent.

<sup>27</sup> eurostat, Pocketbooks, European Union foreign direct investment yearbook 2008. Data 2001-2006, S. 47

Für die osteuropäischen neuen EU-Mitglieder war dieser Kapitalzustrom ein besonderer Anreiz für ein schnelles, aber schuldenfinanziertes Wachstum des Produktions- und Dienstleistungssektors – mit verheerenden Konsequenzen für die Wirtschaft und für die Bevölkerung in der gegenwärtigen Krise. Ungarn, Rumänien und Lettland müssen von der EU mit fast 15 Mrd. EUR „Hilfen zur Stützung der Zahlungsbilanzen“ durch die Europäische Kommission vor dem drohenden Staatsbankrott ausgestattet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit der Länder zum großen Teil auf den Abzug des ausländischen Kapitals bzw. die Auflösung der Guthaben ausländischer Banken zurückzuführen ist. Mit der starken Abhängigkeit vom ausländischen Kapital durch Kapitalinvestitionen sind also äußerst widersprüchliche Tendenzen in der kapitalistischen Internationalisierung verbunden.

### 3. Neue Trends in der Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen

In jüngster Zeit zeigen sich gerade in der Entwicklung der Finanzströme äußerst schnelle Veränderungen hinsichtlich der geografischen Richtung, der Anlagenstruktur und der Kapitalträgerschaft. Sie sind auf die überaus rasche Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie auf sich neu herausbildende Wirtschaftszentren in der Welt zurückzuführen. Das bleibt nicht ohne Einfluss auf die Auslandsstrategien der Großkonzerne der EU und die sie stützende Brüsseler Politik.

#### Auf folgende Tendenzen ist hier hinzuweisen:

*Erstens* Es gibt Veränderungen in den Entwicklungsrichtungen der ausländischen Direktinvestitionen der EU. Sie betreffen den zunehmenden Kapitalfluss in die „BRIC-Länder“, das sind Brasilien, Russland, Indien und China.

Obgleich diese Staaten kein regionales Integrationsbündnis im Rahmen internationaler Wirtschaftsbeziehungen darstellen, werden sie als eine Gruppierung genannt. Drei von ihnen sind „Schwellenländer“ und gelten als „Übergangsökonomien“, die nicht mehr der Einteilung in entwickelte Staaten und Entwicklungsländer unterliegen.

Diese Entwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit dem sich in den letzten Jahrzehnten vollziehenden Wandel in den internationalen Beziehungen. Sie ist gekennzeichnet durch die Auflösung der Triade von USA, Japan und der EU zugunsten sich herausbildender neuer Kräftekonstellationen mit einer Verlagerung nach Asien und Südamerika. Deren Strukturen sind noch nicht klar, aber die geografischen Richtungsänderungen der Kapitalströme können ein Indiz dafür sein.

Eine Reihe von ökonomisch wichtigen Indikatoren lassen die „BRIC-Länder“ in den Konzernstrategien immer stärker in den Vordergrund rücken. Das sind der überaus große Markt mit 2,8 Millionen Men-

schens – 40 Prozent der Weltbevölkerung –, das hohe Wirtschaftswachstum von 5 bis 10 Prozent in den letzten Jahren, ihre umfangreichen Rohstoffvorkommen wie Eisenerz, Öl und Erdgas sowie der wissenschaftlich-technische Kenntnisstand. Einen Anreiz für einen verstärkten Strom von Kapitalinvestitionen in diese Länder bilden auch Prognosen, dass diese Länder bis zur Mitte des Jahrhunderts die entwickelten Industriestaaten der G 8 im Produktivitätsniveau überholt haben werden.

Die Aussicht auf besonders günstige Kapitalverwendungsbedingungen hat deshalb die EU-Konzerne in den letzten Jahren zu einer verstärkten Investitionstätigkeit in diesen Ländern stimuliert. In einer Veröffentlichung von eurostat<sup>28</sup> heißt es: „Die Auslandsinvestition in den BRIC-Ländern war profitabler als die EU-Investitionen im Ganzen gesehen von für 2003 bis 2006.“

Der Umfang der ausländischen EU-Direktinvestitionen machte in den vier Jahren von 2004 bis 2007 mehr als 124 Mrd. EUR aus. Hauptziel für die EU-27 wurde in dieser Gruppe Russland (Tab. 20). Dies hängt vor allem mit dem Auslandsengagement deutscher Konzerne zusammen, die im Jahr 2007 allein 6,7 Mrd. EUR dort anlegten. Überhaupt waren die deutschen Konzerne die größten Investoren im Zeitraum von 2004 bis 2007 in diesen Ländern mit mehr als 27 Mrd. EUR, gefolgt von Frankreich und Spanien, während sich das britische Kapital vorwiegend auf China orientierte und dort in den vier Jahren 18,6 Mrd. EUR investierte.

**Tab. 20** Kapitalexport der EU-27 in die BRIC-Länder (in Mrd. EUR)

	2004	2005	2006	2007	2008
BRIC/gesamt	28,3	29,6	27,3	43,0	23,6
Brasilien	5,7	7,4	5,4	7,1	-3,4
Russland	6,0	9,6	10,7	17,1	21,6
Indien	1,6	2,5	2,5	10,9	0,9
China	15,2	10,1	8,7	7,8	4,5

Quelle, eurostat, Statistics in Focus- 64/2008; eurostat – Data Explorer, v. 12.03.2010

Diesem Trend der ausländischen Kapitalinvestitionen entsprachen auch die verstärkten Fusionen mit Unternehmen dieser Länder. In China wurden von 2000 bis 2007 von ausländischen Konzernen mehr als 1.000 Firmen für 38 Mrd. EUR übernommen. Im gleichen Zeitraum gab es 161 chinesische Transaktionen mit einem Wert von 18 Mrd. EUR im Ausland, vor allem von sehr großen Übernahmen in der Rohstoffbranche. Die China Petroleum & Chemical Corporation kaufte 2006 für 2,7 Mrd. EUR den russischen Ölkonzern Udmurtneft<sup>29</sup> zu 96,86 % auf.

<sup>28</sup> eurostat, Statistics in Focus, Economy and finance 64/2008, S. 1

<sup>29</sup> ZEW, M&A Report, Mannheim, April 2008, S. 2

Die Richtungsänderung der Investitionsströme innerhalb der Neuordnung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen aber befindet sich in Bewegung. Sie schließt keineswegs aus, dass die bisherige direkte arbeitsteilige Vernetzung der Volkswirtschaften über Kapitalverflechtungen bestehen bleibt oder aufgrund des Drucks der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zur Kooperation und zur Lösung anderer globaler Probleme erhalten und sogar erweitert wird. Mehr noch, bei besonders profitablen Aussichten für Kapitalanlagen können sich zeitweise und explosionsartig Schwerpunkte in den bisherigen Richtungen des Kapitalexports sogar verstärken. Das trifft für die ausländischen Direktinvestitionen der EU-27 in die USA im Zusammenhang mit der Spekulationswelle vor Ausbruch der Finanzkrise zu. Im Zeitraum von 2005 bis 2007 erhöhten sie sich um das Vierfache von 36,5 auf 145,6 Mrd. EUR. Sie stiegen im Krisenjahr 2008 sogar auf 149,2 Mrd. EUR an, während die ausländischen Direktinvestitionen in die „BRIC-Staaten“ insgesamt – mit Ausnahme des Kapitalexports nach Russland – einbrachen (Tab. 20).

Neben den „BRIC-Staaten“ rücken in der Expansionsstrategie des Großkapitals der EU immer stärker auch andere Ländergruppierungen ins Blickfeld, zumal die Tendenzen zu regionalen Integrationsräumen und die Bildung von Handelsblöcken von der EU-Kommission über spezifische Programme der Kooperation untereinander als auch mit der EU befördert werden. Dazu werden unter der Bezeichnung „Emerging Markets“ die Anlagemöglichkeiten von Direktinvestitionen der EU für Lateinamerika, den Fernen Osten, die Mittelmeer-Anrainerstaaten (MPCs) und die Zentral-/Osteuropäischen Länder und Russland (CEECR) besonders sondiert<sup>30</sup>. Allerdings ist der Anteil dieser Gruppierungen an den gesamten ausländischen Direktinvestitionen außerhalb der EU seit 2002 bei einem angestiegenen Zufluss bis 2006 auf 73 Mrd. EUR bisher gleich geblieben.

*Zweitens* Als ein neuer, struktureller Trend in der Internationalisierung der Weltwirtschaftsbeziehungen wird die Infrastruktur-Industrie zu einem Kampfplatz um Machtpositionen der transnationalen Konzerne und ihrer Staaten.

Dieser Sektor entsteht als ein neuer, profitabler Markt für Kapitalanlagen im Zusammenhang mit der raschen wissenschaftlich-technischen Entwicklung und Kombination von Teilbereichen der Elektroenergie, Telekommunikation, des Transports und der Wasserwirtschaft<sup>31</sup>. Als entscheidende Produktionsbedingungen für eine moderne Wirtschaft sichern sie Effektivität, Konkurrenzfähigkeit und Wachstum der Produktion und damit auch die Teilhabe der Länder an arbeitsteiligen, internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die Infrastruktur-Industrie hat vor allem eine fundamenta-

le Bedeutung für die weniger entwickelten Volkswirtschaften, deren Bedarf am Ausbau des Infrastruktur-sektors und damit an Investitionen sehr hoch ist.

Auf diesem Gebiet besteht vor allem in den weniger industriell entwickelten Ländern eine ungeheure Kluft zwischen den Notwendigkeiten und den verfügbaren Ressourcen für eine dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik entsprechende Infrastruktur. Dies hat dazu geführt, dass die Verflechtung von Staat und Wirtschaft auf diesem Gebiet zugunsten von Kapitalanlagemöglichkeiten äußerst eng gestaltet wird. Sowohl in den entwickelten als auch in den Entwicklungsländern werden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Markterschließung und Kapitalverwertung für die Unternehmen dieser Sektoren der Infrastrukturindustrie durchgesetzt. Dies betrifft vor allem die staatliche Förderung technologischer Innovationen und von Know-how auf diesen Gebieten, die Liberalisierung der Märkte und die umfangreiche Privatisierung öffentlichen Eigentums im Energie- und Wasserbereich zugunsten der transnationalen Konzerne dieser Branche. Zudem gab es in den letzten Jahren weltweit 74 Gesetzesänderungen – vorwiegend in den Übergangsökonomien und in den Entwicklungsländern, die den Zufluss an Investitionen begünstigt haben.

Die mächtigsten EU-Konzerne dieser Branche haben von dieser Entwicklung durch ihre Kapitalinvestitionen im Inland und Ausland profitiert und bedeutende Positionen eingenommen. Unter den ersten 25 der mächtigsten „Top 100“ transnationalen Konzerne rangieren als größte Infrastruktur-Konzerne der Europäischen Union in den Sektoren Telekommunikation, Elektrizität und Wasser folgende:

Vodafone (Großbritannien)  
 Deutsche Telekom (Deutschland)  
 EDF (Frankreich)  
 France Telecom (Frankreich)  
 Telefonica (Spanien)  
 Suez (Frankreich)  
 E.ON (Deutschland)  
 RWE (Deutschland)

Die Entwicklung des Bestandes an ausländischen Investitionen in den zwei ausgewählten Bereichen der Infrastruktur (vgl. Tab. 21) zeigt sowohl die zunehmende wechselseitige Kapitalverflechtung zwischen den Volkswirtschaften als auch die wachsende Bedeutung dieses Marktes für profitable Kapitalanlagen der Großkonzerne.

Durch ihre gestiegenen Kapitalinvestitionen - von 28 auf 420 Mrd. EUR - konnten die EU-Konzerne von 1995 bis 2006 ihren Auslandsanteil am Gesamtbestand dieser beiden Sektoren der Infrastruktur-Industrie von 31 auf 70 Prozent erhöhen. Sie setzten damit neue Schwerpunkte in der strukturellen Wirtschaftsentwicklung.

<sup>30</sup> Zu den Gruppierungen zählen: Latein-Amerika - 18 Länder; Ferner Osten - asiatische Länder ohne Japan; MPCs - 11 Staaten; CEECR - 10 Länder

<sup>31</sup> vgl. UNCTAD World Investment Report, Transnational Corporations and the Infrastructure Challenge, 2008, S. 85 ff.

**Tab. 21** Auslandsinvestitionsbestand in ausgewählten Bereichen der Infrastruktur (in Mill. US-Dollar und in %)

	Industrie	Inland (Zufluss)		Ausland (Abfluss)	
		1995	2006	1995	2006
Welt	Elektrizität, Gas u. Wasser	22 544	186 847	14 460	117 454
	Transport, Telekommunikation	54 806	598 328	75 485	484 865
	% an Auslandsinv. insgesamt	2.5	8.3	3.5	6.0
EU	Elektrizität, Gas u. Wasser	11 165	85 791	8 464	86 933
	Transport, Telekommunikation	16 194	315 344	19 487	333 555
	% an Auslandsinv. insgesamt	3.0	9.8	2.2	8.5

Quelle: UNCTAD, World Investment Report 2008, S. 229 u. 235

Der Positionsgewinn der EU-Konzerne in diesem Sektor wird vor allem in ihrer Stellung unter den jeweils mächtigsten 50 Investoren in verschiedenen Erdteil-Regionen deutlich. In Lateinamerika und der Karibik sind die „Kernländer-Multis“ der EU mit 28, darunter 13 aus Spanien, in Afrika mit 21 – mehrheitlich 6 aus Frankreich – und in Asien mit 10 unter der Dominanz von Frankreich und Großbritannien vertreten. In Afrika werden die Infrastruktur-Investitionen zudem verstärkt mit einem Engagement im Rohstoffsektor gekoppelt.

*Drittens* Auf dem Weltfinanzmarkt sind in den letzten Jahren die Staatsfonds ein bedeutender Faktor in der Gestaltung der internationalen Beziehungen geworden. Als Träger und Instrument ausländischer Direktinvestitionen wirken sie nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch auf den Wandel im Kräfteverhältnis der Staaten zueinander ein. Ihre zunehmenden Aktivitäten tangieren die Konkurrenzverhältnisse und damit unmittelbar auch die Machtstellung der Konzerne. Vor allem durch ihre Kapitalbeteiligungen in Unternehmen der Schlüsselindustrie verändern sie die bisherigen monopolistischen Eigentumsstrukturen innerhalb der EU-Staaten. Gleichzeitig fordert ihr Engagement die Politik der EU-Staaten zu politischem Handeln gegenüber den hinter ihnen stehenden Staaten heraus.

Staatsfonds, deren Kapital sich im Eigentum eines Staates befindet, sind keine neue Erscheinung. Sie bildeten sich seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts vor allem in Ländern mit umfangreichen Reichtümern an natürlichen Ressourcen heraus. Das Gros aber entstand in den letzten zwei Jahrzehnten im Zusammenhang mit den Überschüssen aus den Einnahmen des Geschäfts mit Öl und Gas (wie in den arabischen Staaten und in Russland) oder durch bedeutende Handelsüberschüsse (wie in China und Indien). Diese fließen zum Teil in Staatsfonds und über sie als ausländische Direktinvestitionen in die internationalen Kapitalströme ein.

Im Vergleich zu ihrem weltweit geschätzten Gesamtvermögen von 5.000 Mrd. US-Dollar nehmen sich die Staatsfonds-Direktinvestitionen mit 10 Mrd. US-Dollar (2007) relativ gering aus. Aus einer Aufstellung der größten 70 Staatsfonds aus 44 Ländern im Jahre

2007 geht hervor<sup>32</sup>, dass von diesen Fonds die Hälfte sich seit dem Jahre 2000 gebildet hat und davon 17 erst seit 2005 entstanden sind. Von ihnen stammen – um nur einige zu nennen – 9 aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, 5 aus China, je 3 aus Saudi Arabien und Australien, je 2 aus Singapur und Chile, je 1 aus Kuwait und Russland. Insgesamt entfallen etwa 45 Prozent des gesamten Fondsvermögens auf die Erdöl- und Erdgas exportierenden Länder des Nahen Ostens und etwa 18 Prozent auf die Exportländer Asiens.

**Tab. 22** Die zehn größten Staatsfonds

Fonds	Land	Fondsvermögen (in Mrd. US-Dollar)
Abu Dhabi Investment Authority (ADIA)	Ver. Arab. Emirate	875
Government Pension Fund-Global	Norwegen	403
Government Investment Corp.	Singapur	330
SAFE Investment Corp.+ Hueijung Co.	China	331
SAMA Foreign Holdings	Saudi-Arabien	300
Investment Authority	Kuwait	250
Investment Corporation	China	200
Monetary Authority	Hongkong	163
National Wealth Fund	Russland	163
Termasek Holdings	Singapur	159

Quelle: Handelsblatt, Düsseldorf v. 5. September 2008

<sup>32</sup> Quelle: Edwin Truman, Peterson Institute for International Economics, The rise of sovereign wealth fund: impacts on US foreign policy and economic interests, Mai 2008; enthalten in World Investment Report 2008, S. 216

Das Wachstum der ausländischen Direktinvestitionen durch die Staatsfonds in den Jahren von 2005 bis 2007 mit 31 Mrd. Dollar wird als „dramatisch“ bezeichnet, nicht nur, weil sie sich gegenüber 2002 vervierfacht haben, sondern vor allem, weil sie geografisch und sektoral konzentriert sind. Mehr als Dreiviertel der Investitionen gingen in die entwickelten Staaten, vorrangig nach Großbritannien, die USA und Deutschland. Sie wurden zu 73 Prozent im Dienstleistungssektor angelegt. Der Trend aber geht verstärkt in Richtung auf Beteiligungen an Großkonzernen der Industrie. Dies entspricht auch ihren Strategien, die ausschließliche Abhängigkeit von ihren Ressourcen abzubauen, Preisschwankungen ihrer Rohstoffe auszugleichen, neue Absatzmärkte zu erschließen und Zugang zu wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen für die Produktion zu erhalten. Neben den Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, Hotelketten und Restaurants sind es vor allem Aufkäufe und Beteiligungen im Chemie- und Stahlsektor, im Transportwesen, in der Telekommunikation und in anderen Unternehmen der verarbeitenden Industrie.

Bereits 1974 hat sich die Kuwait Investment Authority (KIA) beim deutschen Automobilkonzern Daimler Benz AG mit einer Beteiligung von 7 Prozent am Grundkapital eingekauft. Seit März 2009 ist auch aus den Ver-

einigten Arabischen Emiraten die Aabar Investments PJSC (Aabar), die der staatseigenen International Petroleum Company (IPIC) untersteht, mit 9 Prozent am Aktienkapital dieses Konzerns beteiligt.

Die Befürchtung „feindlicher Übernahmen“ von Unternehmen durch „unerwünschte ausländische Investoren“ hat die Regierungen Frankreichs und Deutschlands bereits veranlasst, erste Maßnahmen zu ergreifen, nachdem im Rahmen der EU dazu kein einheitliches Vorgehen zu vereinbaren war. Als Gegenmaßnahme in der Auseinandersetzung um die Einflussnahme großer ausländischer Staatsfonds wird in Frankreich ein „öffentlicher Investitionsfonds“ als Staatsfonds ins Leben gerufen. Mit seiner Bildung sollen strategisch wichtige Konzerne durch zeitliche begrenzte Teilverstaatlichungen vor ausländischen Aufkäufen geschützt werden. In Deutschland wurde im August 2008 die Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes beschlossen. Es sieht die Prüfung ausländischer Investitionen vor, wenn mindestens 25 Prozent der Stimmrechtsanteile eines Unternehmens erworben werden sollen. Gleichzeitig sucht die deutsche Regierung verstärkt in den Ländern Arabiens über Milliarden schwere Wirtschaftskontrakte für die Großkonzerne, vor allem der Infrastrukturindustrie, Fuß zu fassen.

## IV. Marktentwicklung und Konzernstrategien unter dem Einfluss der Weltwirtschaftskrise

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise ist durch eine Verknötung zahlreicher ökonomischer und politischer Krisenprozesse gekennzeichnet, wie sie seit den letzten acht Jahrzehnten im Kapitalismus nicht mehr zu erleben war. In dieser dramatischen Situation vereinen sich, ausgehend von der Finanzkrise, der Staatsfinanz- und Währungskrise, schwere konjunkturelle und bereits länger wirkende strukturelle Krisenprozesse mit vielen globalen Weltproblemen: Klima, Umwelt, Hunger und Armut, kriegerische Auseinandersetzungen. Alle Industrieländer, aber auch die Übergangswirtschaften und Entwicklungsländer wurden in den wirtschaftlichen Abwärtsstrudel mit hineingezogen. Die UNO hat für das Jahr 2009 ein Weltwirtschaftswachstum von einem Prozent, für den Weltexport einen Rückgang von 4,4 Prozent<sup>33</sup> genannt. Trotz steigender Auftragseingänge wird für die EU-27 im ersten Quartal 2010 eine Stagnation der Wirtschaft konstatiert, die Wachstumsrate des BIP mit 0,2 Prozent angegeben.

Für die EU als stärkste Welthandelsmacht ist der Rückgang des Warenexports mit 16 Prozent im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr für die Stabilität der Gesamtwirtschaft von nachhaltiger Wirkung. Durch die äußerst engen wirtschaftlichen Beziehungen ist aber von sinkender Nachfrage und Produktion nicht nur der Handel betroffen, sondern auch die ausländischen Direktinvestitionen. Nach vorläufigen Angaben<sup>34</sup> flossen aus der EU-27 im Jahr 2008 mit 354 Mrd. EUR 28 Prozent weniger in Drittländer als ein Jahr zuvor. Der Zufluss aus Ländern außerhalb der EU ging sogar um 57 Prozent zurück. Generell wird ein weiteres starkes Sinken der ausländischen Direktinvestitionen erwartet. Bei den reinen Finanzinvestitionen wie Darlehen und Krediten sind ein starker Rückgang des Volumens und sogar schon ein Rückfluss zu verzeichnen. Dies betrifft den Abzug aus den Schwellenländern und vor allem aus den osteuropäischen Mitgliedsländern durch die Großbanken der EU. Hinzu kommt weltweit ein ansteigender Protektionismus. Nach einem Bericht der Weltbank<sup>35</sup> ist er auf dem Vormarsch. Von den 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländern (G20) haben 17 bereits Bestimmungen umgesetzt, die den Handel mit anderen Ländern einschränken. Seit dem G20-Gipfel im November 2008 wurden 47 Bestimmungen zur Beschränkung des freien Handels zu Lasten anderer Staaten wirksam. Die sozialen Konsequenzen aus dieser Lage sind noch gar nicht absehbar.

Mit ganzer Wucht hat die Weltwirtschaftskrise die Europäische Union und fast alle ihre tragenden ökonomischen Stützpfeiler getroffen. Damit erfährt die expansive Entwicklung der EU-Konzerne der letzten

Jahre einen gewaltigen Einschnitt. Nachfragerückgang, Produktionseinbrüche, Betriebsstilllegungen, Firmenzusammenbrüche und steigende Insolvenzzahlen, Kurzarbeit und Massenentlassungen sowie Streiks um die Erhaltung von Arbeitsplätzen sind sichtbare Kennzeichen. Nach Angaben der Creditreform e.V.<sup>36</sup> hat eine riesige Insolvenzwelle die Staaten Westeuropas erfasst, in denen die Firmenkurse 2009 gegenüber dem Vorjahr um 22 Prozent zugenommen haben. Besonders betroffen sind nicht nur die führenden EU-Länder Frankreich, Deutschland und Großbritannien mit zusammen fast 100.000 Konkursen, sondern auch die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten. „Anpassungsschwierigkeiten“ an die neue wirtschaftliche Situation bescherten vor allem Tschechien, der Slowakei und den baltischen Staaten über 51.000 Firmenzusammenbrüche im Jahr 2009. Mit diesen Unternehmenspleiten gingen Millionen Arbeitsplätze verloren.

Für die Großkonzerne der EU ist die wirtschaftliche Krisensituation eine Herausforderung, ihre bisherigen Profitstrategien den neuen Gegebenheiten anzupassen. Dazu gehört der Einsatz der eigenen Kapitalstärke – auch unter Nutzung von Kapitalerhöhungen. Es geht darum, errungene Positionen zu halten und ihre Marktmacht auf Kosten der Konkurrenz zu erweitern. Übernahmeschlachten bei gleichzeitig steigender Zahl von Firmenpleiten sind daher in diesen Krisenzeiten typische Merkmale kapitalistischer Krisenbewältigung.

Der Fusions- und Konzentrationsprozess erhält so neuen Auftrieb. Der Kauf schwächerer, krisengeschüttelter Konkurrenten ist Grundlage, um die Bedingungen der Kapitalverwertung für die Profitmaximierung zu erhalten und zu verbessern sowie gleichzeitig neue Expansionsziele in Angriff nehmen zu können. Dies schließt ein ganzes Arsenal von Rationalisierungsmaßnahmen zur Kostensenkung ein. Veränderungen der Konzernstrukturen, der Umbau von Organisations- und Leitungsstrukturen, Stilllegungen von Betriebsteilen usw. zählen dazu. Im rigoros entflammten Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen und den sie stützenden Staaten bilden sich neue strategische Allianzen zur Neuaufteilung der Märkte. Die Entwicklung der Schlüsselbereiche der EU-Wirtschaft in jüngster Zeit legt davon Zeugnis ab.

### 1. Finanzsektor

Die Finanzmarktkrise ist Auslöser der allumfassenden tiefen Weltwirtschaftskrise. Durch die massiv forcierte Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs wurden die internationale Vermarktung undurchsichtiger Finanzprodukte sowie der Aufbau eines großen Schuldner- und Gläubigergeflechts zwischen ganzen

<sup>33</sup> UN: World Economic Situation and Prospects, 2009, New York, S. 26

<sup>34</sup> eurostat, pressemitteilung 68/2008 – 14.05.2008

<sup>35</sup> Vgl. FTD, Hamburg v. 09.03.09

<sup>36</sup> Creditreform, Beiträge zur Wirtschaftsforschung, Neuss v. 03.02.2010

Volkswirtschaften möglich. Der EU-Finanzmarkt war an diesem Weltfinanzgeschäft und an den Spekulationen unmittelbar beteiligt und ist dadurch seit dem Beginn des Crashes in den USA in die Krise involviert.

Zwar erlitten die EU-Banken im Jahr 2008 Verluste und durch die Kreditausfälle der in Liquiditätsnot geratenen Unternehmen verschlechterte sich ihre Situation, aber das trifft nicht generell auf alle zu. Die großen Monopolbanken besitzen aufgrund ihrer jahrelangen hohen Profitrenditen ein ausreichendes Kapitalpolster und nutzen die finanzielle Hilfe der gigantischen staatlichen Rettungspakete sowie die gesetzgeberischen Maßnahmen des Staates, so z. B. zur Bilanzbereinigung. Sie streben – wie die Deutsche Bank – sogar wieder hohe Renditeziele von bis zu 25 Prozent an.

Als Entwicklungstrend auf dem EU-Finanzmarkt zeichnen sich verschiedene Arten der weiteren Kapitalzentralisation zum Erhalt und Ausbau der Machtpositionen ab:

- Die Krise befördert das Entstehen neuer Bankengiganten mit staatlicher Hilfe. Mit dem Verkauf der Dresdner Bank durch die Allianz SE an die Commerzbank entsteht neben der Deutschen Bank ein zweiter neuer Bankenriese und dies mit Beteiligung des Staates, der mit der Übernahme von 25 Prozent der Stimmrechte größter Einzelaktionär geworden ist. Derartige Teilverstaatlichungen der Banken gab es auch in den anderen Ländern wie Großbritannien, Niederlande und Belgien. Sie orientieren auf eine Konsolidierung der Bankenlandschaft, um „so auf lange Sicht gestärkt aus der Krise hervorzugehen“<sup>37</sup>. Diese Staatseingriffe ins Bankwesen zielen unter anderem aber auch auf die „Neuordnung der Landesbanken“ in Deutschland – ein langjähriges Vorhaben im Rahmen der EU-Finanzmarktintegration, um durch die „Beseitigung der verbliebenen ökonomisch signifikanten Barrieren für den Kapitalfluss“ die neoliberale Privatisierungsstrategie weiter durchzusetzen. Im Rahmen des einheitlichen Finanzmarktes sollen dann auch die öffentlichen Sparkassen in die privat-finanzkapitalistische Bankenstruktur eingeordnet werden.

- Bedingt durch die Krisensituation, beabsichtigen viele Banken, sich an den bei ihnen verschuldeten Unternehmen durch Verzicht auf einen Teil ihrer Forderungen mit der Übernahme von Aktien zu beteiligen, d. h. sich mit dem Industriekapital wieder stärker über Kapitalverflechtungen zu verbinden – ein Trend, der zeigt, wie sich unter verschlechterten Verwertungsbedingungen für das Kapital die finanzkapitalistische Struktur wandeln kann.

- Obgleich der Trend der Banken zum Allfinanzkonzern, d. h. die Kooperation von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, nicht gerade erfolgreich war, hält die Expansion der Banken in den Dienstleistungsbereich weiter an. Die 30-Prozent-Beteiligung für rund 2,8 Mrd. EUR an der Postbank durch die Deutsche

Bank zur Verstärkung ihres Kundengeschäfts ist ein Beispiel dafür. Mit „größerer Kundennähe“ soll ein neues Marktpotential erschlossen werden.

- Mit der Tendenz zur „Marktberreinigung“, dem profitablen Verkauf von Unternehmensanteilen, ist gleichzeitig die Bildung neuer Allianzen verbunden. Die britische Barclays Bank will über den Verkauf ihrer Vermögensverwaltungstochter für mindestens 6 Mrd. EUR und deren Fusion mit einem US-Großkonzern zum weltgrößten Vermögensverwalter avancieren. Auch die französischen Banken Crédit Agricole (CA) und Société Générale (SocGen) streben dieses Ziel an. Sie wollen gemeinsam den viertgrößten Vermögensverwalter Europas schaffen.

- Als geografische Expansionsziele der Großbanken werden immer stärker Asien, besonders China, Indien sowie Brasilien in den Vordergrund gerückt und zwar mit den Schwerpunkten Immobilien, Rohstoffe und Restrukturierungsberatung.

- Es wird ein weiterer Einfluss der Staatsfonds auf den europäischen Finanzmarkt als neue Kapitalquelle zur Stabilisierung der europäischen Banken erwartet. Die Großbanken stellen sich darauf ein und erwarten infolge der bisher noch nicht beendeten Finanzmarktkrise auch Veränderungen der bisherigen Bankenstruktur in der EU und darüber hinaus in den Ländern Westeuropas. Die Government of Singapore Investment Corporation hat bereits mit 6,77 Mrd. EUR einen neunprozentigen Anteil an dem in Europa führenden Schweizer Bankenkonzern UBS erworben.

## 2. Industriesektor

Von der Weltwirtschaftskrise ist die Industrie in allen EU-Ländern betroffen. Die ungenügende Binnennachfrage auf Grundlage der neoliberalen Wirtschaftspolitik und die starke Exportorientierung der Schlüsselindustrien zeitigen ihre Wirkung. Die Wirtschaftsleistung ging seit Beginn des Jahres 2009 mit der „Nachfragekrise“ rapide zurück. Exporte und Investitionen schrumpften. Unter diesen Bedingungen gilt es für die führenden Großkonzerne der einzelnen Bereiche, die Existenz ihrer Konzernmacht abzusichern, ihre Marktanteile zu halten und dafür entsprechende Strategien zu entwickeln. Maßnahmen wie Stilllegung von Standorten, Werkschließungen, umfangreicher Stellenabbau und Kurzarbeit – vor allem auch in den mittel- und osteuropäischen Tochtergesellschaften der Konzerne – sollen die Kosten der Produktion senken und damit Voraussetzungen für eine erneute Expansion schaffen.

**Der Automobilbau** ist in Verbindung mit den bereits länger wirkenden Strukturproblemen und seiner überholten Modellpolitik von hohen Überkapazitäten gekennzeichnet. Die Krise erfasst die wenigen marktbeherrschenden Konzerne der EU einschließlich ihrer zahlreichen Zulieferer mit voller Wucht. Der deutsche Autokonzern Opel ist besonders tief durch die drohende Insolvenz seiner US-Muttergesellschaft General Motors von der Krise erfasst worden, während

<sup>37</sup> vgl. Matthias Köhler, Der Staat als Krisenhelfer, in M&A Report Mannheim, April 2009

Europas Marktführer Volkswagen AG aufgrund seiner kleineren Modelle nur geringfügige Absatzeinbußen zu verzeichnen hat.

Die gegenwärtigen Konzernstrategien der **Autogiganten** setzen einschließlich der Nutzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen und „Aktionspläne“ wie der kurzfristigen Abwrackprämie in Deutschland zur schnellen Krisenbewältigung längerfristig auf:

- *Größenwachstum durch Verflechtungen mit anderen Konzernen.* FIAT plant durch Ausgliederung seiner Autosparte einen Weltkonzern mit der Opel AG und dem amerikanischen Chrysler-Konzern. Der französische Marktführer PSA Peugeot Citroën beabsichtigt, mit dem japanischen Autokonzern Mitsubishi über den Bau eines neuen Werkes eine engere Kooperation einzugehen.
- *Umorientierung auf neue Technologien und Technik sowie Umrüstung der Produktion durch Einstieg in neue Marktsegmente.* Dazu zählen Abkehr vom alten Verbrennungsmotor und Hinwendung zu innovativen Hybrid- und Batteriemotoren, Bau von Motoren für neuartige Heizwerke, Einsatz neuer Werkstoffe, Ausbau der Modellbreite vor allem bei Kleinwagen („Modelloffensive“) und Nutzfahrzeugen.
- *Richtungswandel in der internationalen Expansion auf zukunftssträchtige regionale Wachstumsmärkte.* Diese Orientierung betrifft die Kürzung der bisherigen Investitionsplanungen und Vorhaben in den osteuropäischen Ländern und die stärkere Hinwendung auf China, Russland und Lateinamerika.
- *Kapitalzufluss durch Beteiligung von Staatsfonds zum Ausbau der internationalen Marktposition auf Grundlage von Zukunftstechnologien.*

Der Einstieg des Investmentfonds Aabar aus Abu Dhabi beim Daimler-Konzern zielt auf eine gemeinsame Produktion von Elektroautos im Rahmen der Masdar-Umweltinitiative in den arabischen Golfstaaten. Die mögliche Beteiligung chinesischer Staatsfonds bei den großen Autokonzernen soll den gegenwärtig wichtigsten Absatzmarkt in Asien durch Ausbau neuer Kapazitäten absichern.

• Weltweit ist auch die **Chemie- und Pharmaindustrie** von einer wirtschaftlichen Rezession gekennzeichnet. Die Kapazitätsauslastung in der Chemieindustrie sank auf 72 Prozent ab, die niedrigste seit 20 Jahren. Erstmals ist auch der äußerst profitable Pharmasektor von dieser Talfahrt betroffen. Allerdings wird seine Lage aufgrund seiner immer noch hohen Finanzpolster und Gewinnakkumulation eher nur als „müde“ bezeichnet.

Die krisenbedingte Wirtschaftssituation wird von den Konzernen der äußerst forschungsintensiven Industrie verstärkt zu einer Fusionsflut und Ausbau der Monopolstellungen sowie zur Intensivierung ihrer langfristigen, internationalen Expansionsstrategien genutzt:

- *Von der Krise betroffene Konkurrenten werden zur Erweiterung der Produktionsbasis übernommen.* Der niederländische Konzern Akzo Nobel baut mit der Übernahme des insolventen Chemieunternehmens ILL Europe - ehemaliger Teilbereich des in den 1990er Jahren zerschlagenen Hoechst-Konzerns - seinen Grundchemikalien-Markt bedeutend aus. Der französische Pharma-Konzern Sanofi-Aventis will durch Zukauf einer Reihe von Firmen seine Produktionspalette diversifizieren.
- *Mit Übernahmen großer Konkurrenten werden die Machtpositionen in der hochwertigen Spezialchemie gefestigt.* Der in der Welt führende Chemiegigant BASF hat den Schweizer Spezialchemiekonzern Ciba AG „freundlich“ geschluckt.
- *Auf forschungsintensiven Teilbereichen werden vermehrt FuE-Allianzen mit externen Unternehmen abgeschlossen, um die Ergebnisse zu monopolisieren.* Der belgische Chemiekonzern Solvay kooperiert mit der belgischen Firma Unicore zur Weiterentwicklung der Brennstoffzelle.
- *Für die internationale Expansion - besonders in den asiatischen und pazifischen Raum - kooperieren die Konzerne mit Großfirmen der Infrastruktur-Industrie.* Akzo Nobel nutzt über einen Vertrag mit der Orange Business Services, Tochtergesellschaft der France Telecom Group, ein bereitgestelltes Datennetz für seine Aktivitäten in Asien zur Erschließung von Synergien und Kostenvorteilen.

Die **Metallindustrie** wurde von der Krise durch ihre Abhängigkeit von den wichtigsten Zweigen der verarbeitenden Industrie - dem Automobil-, Maschinen-, Schiffbau und der Luft- und Raumfahrtindustrie - äußerst tief getroffen. Die Eisen- und Stahlindustrie der EU vermeldete Anfang 2009 durch den Rückgang der Nachfrage, vor allem aus der Autoindustrie und dem Maschinenbau, einen Produktionseinbruch um 50 Prozent, verbunden mit „vorübergehenden“ Stilllegungen, rigorosem Arbeitsplatzabbau und Kurzarbeit. Das europäische Aushängeschild der Industrie - der Maschinen- und Anlagenbau - erlebte einen bisher nicht gekannten Auftragsrückgang. Angesichts dieser Situation stehen radikale Sparpläne im Vordergrund von Krisenmaßnahmen der Konzerne dieses Schlüsselbereichs. Gleichzeitig sind die Marktführer auch bestrebt, ihre längerfristigen Profitstrategien den neuen Bedingungen anzupassen. Dies hängt im entscheidenden Maße von ihrer Produktionsstruktur oder ihrer Krisenbetroffenheit ab.

- Es werden Effizienzprogramme aufgestellt, die Kosteneinsparungen in neuen Größenordnungen - verbunden mit Massentlassungen - ermöglichen oder auf den Einsatz von Beschäftigten höherer Qualifikation orientieren. Sie variieren in ihrer Handhabung vom Durchforsten der Beschäftigtensituation über das Personalmanagement - wie beim Stahl- und Röhrenhersteller Salzgitter - bis zu einem finanziellen Engagement für Investitionen in Forschung und

Bildung - so beim Technologiekonzern Linde AG. Die Rumänische Eisen- und Stahlindustrie, die von dem weltgrößten Stahlproduzenten ArcelorMittal und drei weiteren Stahlriesen monopolisiert ist, bekommt die Sparprogramme dieser Konzerne mit Hochofenschließung und Stilllegungen von Produktionsstätten am stärksten zu spüren. Rund 18.000 Beschäftigte haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren.

- Durch Kauf von Firmen und Beteiligungen an anderen Unternehmen soll die Produktionsstruktur verbreitert und damit „krisensicherer“ gemacht werden. Italiens Stahlhersteller Tenaris investiert in den Bau erneuerbarer Energieanlagen, Salzgitter beteiligt sich an der Norddeutschen Affinerie, Hamburg (jetzt Aurubis AG) und damit am größten Kupferproduzenten Europas.
- Es gibt eine stärkere Tendenz zu Kooperationen mit unternehmensbezogenen Dienstleistern. Die schwedische Spezialfirma für angetriebene Präzisionswerkzeuge Sandvik geht eine Vertriebskooperation mit einem Handelsunternehmen ein.
- Die Krise ist Anlass zu einem grundlegenden Konzernumbau. Der ThyssenKrupp-Konzern – er ist sowohl in der Stahlindustrie als auch im Maschinenbau tätig – hat den umfassendsten Konzernumbau seit der Fusion von Thyssen und Krupp vor zehn Jahren eingeleitet. Eine neue Struktur der Produktion in zwei statt fünf Segmenten, die Bildung von acht operativen „Business areas“ sowie die Abschaffung der Zwischensholding soll eine Kostenersparnis von mehr als 500 Mill. EUR erbringen<sup>38</sup>.
- Die internationalen Expansionsstrategien werden weiter verstärkt auf die regionalen Schwerpunkte mit großen Absatzmärkten und profitablen Kapitalanlegemöglichkeiten ausgerichtet. China, Brasilien, USA, Naher Osten werden favorisiert.

In den beiden Wirtschaftsbereichen **Elektroindustrie und Telekommunikation** wirken sich die Krisenprozesse auf Rückgang in Produktion, Umsatz, Export und Kapazitätsauslastung aus. Aufgrund ihrer breiten Produktionspalette sind sie aber weit weniger als die anderen Branchen davon betroffen. Besonders kräftig gingen die Auftragseingänge in den automobilnahen und vom Maschinenbau abhängigen Segmenten sowie in der Informations- und Kommunikationstechnik zurück.

Die Krise wird von den Konzernen dieses Schlüsselbereiches als „die“ Chance genutzt, ihre Profitstrategien wirkungsvoller durchzusetzen:

- Die Sparprogramme sind angesichts des Konjunkturunbruchs mit einem rigorosen Arbeitsplatzabbau verbunden. Der führende Technologiekonzern Siemens hat im ersten Halbjahr 2009 durch rigiden Sparkurs bereits eine Milliarde EUR eingespart. 12.000 Arbeitsplätze sollen weltweit wegfallen. Das Sparprogramm

des französischen Konzerns Schneider-Electric sieht für die nächsten Jahre eine Einsparung von einer Mrd. Euro jährlich vor. Produktivitätsverbesserungen in der Zuliefererkette sollen weitere 800 Mill. EUR bringen.

- Es erfolgt eine stärkere Orientierung auf zukunfts-trächtige, profitable Bereiche, wobei dabei auf die Maßnahmen der internationalen Konjunkturprogramme gesetzt wird. Die Elektrokonzerne investieren verstärkt in die Sparten Energieeffizienz und klimafreundliche Infrastrukturen. So plant der international agierende französische Konzern Alstom S.A. zahlreiche Infrastrukturprojekte über den Zukauf von Unternehmen.
- Die Konzerne erhöhen ihr Engagement in unternehmensbezogenen und kundennahen Dienstleistungen, um über enge Vertriebskooperation den Marktzu-gang gegenüber der Konkurrenz abzusichern. Der Siemens-Konzern geht eine Kapitalverflechtung mit einer Firma für Kraftwerkskomponenten ein. Schneider-Electric baut unter Nutzung seiner internationalen Konzerninfrastruktur die Automatisierung von Verpackungsmaschinen aus. Die Deutsche Telekom AG strafft ihre Konzernstruktur durch Zusammenlegung von Mobilfunk und Festnetz und integriert Angebot und Service in einer Hand.
- Die internationalen Ambitionen der Konzerne richten sich besonders auf den Energiemarkt Russlands mit den Bereichen Energieeffizienz und Atomkraft sowie auf Lateinamerika im Bereich Infrastruktur. Siemens strebt eine Partnerschaft mit dem russischen Staatskonzern Atomenergoprom für den Bau von Atomkraftwerken und Kooperation zum Vertrieb von Kraftwerkskomponenten an. Der spanische Netzbetreiber Telefonica nutzt sein heimisches Sparprogramm zum Ausbau seiner Positionen in Lateinamerika.

### 3. Rüstungssektor

Die Rüstungswirtschaft der EU als bedeutender integraler Bestandteil des europäischen Industriepotentials nimmt in dieser krisenhaften weltwirtschaftlichen Lage eine Sonderstellung ein: Sie ist durch die forcierte Militarisierung der EU und den anhaltenden Rüstungsboom nicht von der Krise bedroht, auch wenn Auftragseingang und Umsatz kurzzeitig rückläufig waren. Milliarden schwere staatliche Rüstungsaufträge und Großprojekte sichern stabil und langfristig die enormen Profite der Konzerne. Zudem hat die Entwicklung dieses Sektors in den letzten Jahren die Position der wenigen Großkonzerne der Luft- und Raumfahrtindustrie, der Wehrtechnik und der rüstungsrelevanten Unternehmen aus den anderen Wirtschaftszweigen wesentlich begünstigt. Dazu zählte seit der Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vor zehn Jahren und der Harmonisierung in Europa vor allem die Bildung eines Rüstungsbinnenmarktes für die nationalen Rüstungsindustrien. Sie hat zu einer starken Kapitalverflechtung zwischen den großen Rüstungskonzernen der EU geführt. Hinzu kommt, dass die steigenden nationalstaatlichen -Ausgaben für

<sup>38</sup> FTD, Hamburg, v. 14.05.2009

die Rüstungsforschung, die internationalen imperialen Ambitionen der EU sowie die erhöhte Nachfrage nach Überwachungs- und Sicherheitssystemen in den Krisenzeiten und in politisch instabilen Regionen der Welt die Rüstungsproduktion zum profitabelsten Wirtschaftssektor machen.

Gegenwärtig bietet deshalb die weltweite Wirtschaftskrise auch den Rüstungsmonopolen große Möglichkeiten, ihre eigenen Expansionsstrategien noch intensiver durchzusetzen – und dies sowohl im Einklang mit nationalen Interessen zur Ausweitung und Absicherung der Märkte als auch mit den machtpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union und ihrem Anspruch auf eine Führerschaft im internationalen Machtpoker. Wie der Vorstandsvorsitzende des deutsch-französischen Rüstungskonzerns EADS, Louis Gallois, erklärte, biete in dieser Situation immerhin „das Verteidigungsgeschäft mit den institutionellen Kunden eine gewisse Sicherheit“<sup>39</sup>.

### Es zeigen sich folgende Richtungen

- *Ausnutzung der finanziellen Staatshilfe aus den Konjunkturprogrammen zur Umsatz steigernden Förderung von Rüstungsexporten.* Der Französische Flugzeugbauer Dassault Aviation, gemeinsames Tochterunternehmen der Familie Dassault (50,6 % Anteil am Aktienkapital) und EADS (46,3 % Anteil am Aktienkapital) erhofft dadurch einen weiteren Anstieg des Exports der Kampfflugzeuge.
- *Übernahme kleinerer äußerst innovativer Firmen im Land der mächtigsten Konkurrenz dieses Bereiches, den USA, um dort Positionen auszubauen.* So kauft der EADS-Konzern<sup>40</sup> nach einer gescheiterten großen Milliardenakquisition kleine Unternehmen von strategischer Bedeutung im Wert von 500 Mill. Dollar in den USA. Der italienische Rüstungskonzern Finmeccanica übernimmt eine US-Maschinenbau- und Elektrotechnikfirma mit Rüstungsbezug.
- *Verstärkte Kooperation auf den modernsten Gebieten der Militärtechnik zum Ausbau des Militär-Industrie-Komplexes in Europa.* Der größte europäische Rüstungskonzern, die britische BAE Systems wird gemeinsam mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall AG, Düsseldorf ein hochmodernes Radarsystem zur weiträumigen Luftraumüberwachung in Deutschland aufbauen. Dieses System ist bei der Royal Air Force in Großbritannien bereits im Einsatz<sup>41</sup>. Das „Vier-Nationen-Projekt Deutschland, Spanien, Italien und Großbritannien“ mit den Konzernen EADS, Finmeccanica und BAE Systems zum Bau von Kampfflugzeugen wird vorangetrieben<sup>42</sup>.

<sup>39</sup> WirtschaftsKurier, Garching bei München April 2009, S. 22

<sup>40</sup> An dem Luft- und Raumfahrtkonzern sind zu 53 Prozent die „vertragliche Partnerschaft der Hauptaktionäre“, davon: SOGAEDE (Lagardère-Gruppe und französischer Staat) mit 25 %, Daimler AG mit 22,5 %, und SEPI mit 5,5 % (spanische Staatsholding) und zu 47 % Aktionäre aus Streubesitz beteiligt. (Stand Dezember 2008)

<sup>41</sup> Rheinmetall Defence, Düsseldorf v. 15.04.2009

<sup>42</sup> FTD, Hamburg v. 15.05.2009

- *Die Rüstungssparte der EU wird zunehmend international tätig.* EADS realisiert Großprojekte zum Aufbau von Überwachungs- und Sicherheitssystemen vor allem im Mittleren Osten und plant die Beschaffung von Schlüsselbauteilen auch außerhalb Europas<sup>43</sup>. Der gleiche Konzern geht mit dem weltgrößten russischen Titanproduzenten VSMPO Avisma eine Verbindung ein, um den Titanbedarf seines Tochterunternehmens Airbus zu 60 Prozent zu decken. Dies geschieht im Rahmen eines Kooperationsprogramms von Airbus mit der russischen Flugzeugindustrie und beinhaltet unter anderem auch gemeinsame Forschungsprojekte<sup>44</sup>.

### 4. Energie- und Rohstoffsektor

Der Energiebereich der EU mit seinen beiden großen Teilbereichen Mineralölindustrie und Energieversorgung ist aufgrund seiner großen Exportabhängigkeit, seines starken Anteils am Welthandel sowie der gesunkenen Nachfrage in die Weltwirtschaftskrise einbezogen. Die wenigen diesen Markt beherrschenden Konzerne haben in den letzten Jahren so hohe Gewinne gemacht, dass sie „mit den Preisschwankungen ganz gut klarkommen“. So hat sich die Fusionstätigkeit in der internationalen Energie- und Gasbranche mit der Rezession kaum verringert und die Monopolisierung dieses Schlüsselbereiches der EU schreitet weiter voran. Im Jahr 2008 ist zwar die Anzahl der Übernahmen gesunken, aber die großen „Megadeals“ wuchsen an – ein Zeichen der überaus hohen Profite in den letzten Jahren. Mit einem Transaktionsvolumen von 13 Mrd. EUR haben sich 2008 in Spanien die Konzerne Unión Fenosa und Gas Natural zusammengeschlossen.

Die Energieversorger der EU halten an ihren langjährig geplanten großen Kohle- Kraftwerksprojekten fest, stehen aber auch vor neuen strategischen Entscheidungen aufgrund der Klimasituation und der von der EU-Politik gesetzlich fixierten und finanziell geförderten Reduzierung der Treibhausgase durch Einsatz erneuerbarer Energien. Dabei wird der „Kernenergie als ein Schlüsselement für Wachstum und CO<sub>2</sub>-Reduktion“ erneut großer Stellenwert beigemessen – in Übereinstimmung mit der Neubewertung von Atomstrom in vielen Ländern.

Die gegenwärtige Krise ist für die Großkonzerne des Energie- und Rohstoffsektors ebenfalls Anlass, auf die neuen Herausforderungen gezielter mit ihren Profitstrategien zu reagieren. Ihre Führungseliten gehen in ihren Begründungen dazu vor allem davon aus, dass mittel- und langfristig die Rohstoffpreise wieder steigen, sich die Importabhängigkeit der EU bei den fossilen Energieträgern bis 2030 auf 70 Prozent weiter erhöhen wird und die wachsende Nachfrage nach Industriemetallen für High-Tech-Produkte wie Eisen, Kupfer, Titan und andere weiter fast vollständig durch Einfuhr gedeckt werden müssen. Dies wird die internationale Konkurrenz um alte Standorte und neue Märkte außerordentlich verschärfen.

<sup>43</sup> FTD, Hamburg v. 18.04.2009

<sup>44</sup> FTD, Hamburg v. 20.04.2009

Die Expansionszielstellungen der Großkonzerne schließen unter Ausnutzung der Krisensituation folgende *Maßnahmen* ein:

- *Eine verstärkte Kapitalkonzentration zu neuen Größenordnungen im Integrationsraum der EU.* Der schwedische Konzern Vattenfall und der deutsche Monopolist RWE erweitern gegenwärtig ihre Herrschaftssphäre in die Niederlande und erringen dadurch neue Marktanteile in der EU. Nach der Übernahme von Nuon für 8,5 Mrd. EUR durch Vattenfall ist auch der deutsche Energiekonzern RWE dabei, für 9,3 Mrd. EUR den niederländischen Versorger Essent zu vereinnahmen.
- *Einen Umbau der Konzernstruktur durch Ausnutzung der gerade durch die Krise sich verstärkenden ungleichmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den EU-Mitgliedsländern.* Der britische Mineralölkonzern BP errichtet ein europaweites „Business Service Center (BSC)“ in Budapest. Diese Konzentration von 90 Dienstleistungsfilialen in Budapest aufgrund der niedrigen Löhne und des Angebots von arbeitslosem qualifiziertem Personal in Ungarn ist mit einem europaweiten Abbau von 1400 Arbeitsplätzen verbunden<sup>45</sup>. Der Konzernumbau des niederländischen Konzerns Royal Dutch Shell zielt auf Senkung der Zulieferkosten und Erweiterung seiner strategischen Geschäftsfelder.
- *Gezielte Investitionsstrategien der Mineralölkonzerne, um neue Rohstoffreserven in der Arktis, im Irak, in Kanada und Russland zu erschließen.* Schwierigkeiten ergeben sich durch den wachsenden Widerstand vieler Rohstoff erzeugende Länder, die ihre Bodenschätze mit eigenen Unternehmen vermarkten wollen.
- *Beginnende Umorientierung der Konzernschwerpunkte auf den Bereich Erneuerbare Energien, verbunden mit einer weiteren internationalen Marktexpansion.* Der Konzern British Petroleum baut mit dem 2005 eigens dafür gegründeten Bereich „BP Alternative Energy (BPAE)“ seine Aktivitäten in der Solarenergie und im Windenergiegeschäft vor allem in den USA aus. Die Investitionen bis 2015 haben einen Umfang von 8 Mrd. US-Dollar. Frankreichs Mineralölkonzern Total engagiert sich neben dem Einstieg in die Gewinnung von Schieferöl zugleich als Mitglied des internationalen Zusammenschlusses von Energiekonzernen, der „Clean Energy Partnership (CEP)“, im neuen Bereich Energieträger Wasserstoff.
- *Wiedereinstieg der Strom- und Gaskonzerne in die Atomtechnologie und Ausbau des Atomenergiebereiches sowie von internationalen Kooperationen auf diesem Gebiet.* Die Energiekonzerne E.ON, RWE und Vattenfall planen – ungeachtet des Ausstiegsbeschlusses in der Bundesregierung Deutschland – durch den Bau neuer Anlagen in Europa bis 2030 Steigerungsraten von 50 bis 60 Prozent bei Atomstrom<sup>46</sup>. Der französische Energiekonzern EDF, mit 58 Reaktoren in Frankreich weltgrößter Kernkraftbetreiber, kooperiert mit Unternehmen in Großbritannien, verhandelt mit

E.ON sowie mit dem italienischen Energiekonzern Enel über eine Zusammenarbeit auf diesem Feld.

- *Geografische Orientierung der Konzernstrategien auf Zentralasien zur Erschließung von Rohstoffquellen.* Der deutsche Energiekonzern RWE hat im April 2009 ein längerfristiges Kooperationsabkommen mit der Regierung Turkmenistans über eine Beteiligung an der Erschließung der Erdgaslagerstätten im Kontinentalschelf des Kaspischen Meers abgeschlossen. Das zieht durch den Kampf um Rohstoffvorkommen und Einflussphären in dieser Region zahlreiche Konflikte in den internationalen Beziehungen nach sich. Sie betreffen vor allem das Verhältnis der EU zu Russland.

## **5. Forderungen der Konzerne zur schnellen Krisenbewältigung**

Konform mit der Ausrichtung der Konzernstrategien entsprechend den neuen Reproduktionsbedingungen gehen die politischen Forderungen der Konzerngewaltigen nach einer möglichst schnellen Krisenbewältigung und Stabilisierung der Wirtschaft. Dazu nutzt das Großkapital seinen immensen machtpolitischen Einfluss auf die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen. Seine Vertreter drängen darauf, zu beschließenden Stabilisierungsmaßnahmen und Konjunkturprogrammen eine ihren Vorschlägen gemäße Richtung zu geben. Dies zeigt sich an einer ganzen Reihe von Vorgängen.

Die Tagung des Europäischen Rates vom 15. und 16. Oktober 2008 in Brüssel stand im Zeichen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und bekräftigte den Standpunkt zur Wirtschafts- und Finanzlage, „konzentriert und umfassend vorzugehen, um das reibungslose Funktionieren des Finanzsystems wiederherzustellen und somit zu gewährleisten, dass die Wirtschaft sich wieder normal und effizient finanzieren kann und dass wieder der Weg zurück zu Wachstum und Beschäftigung eingeschlagen wird“<sup>47</sup>. In den 14 Punkten der Tagungsschlussfolgerungen unterstützt der Europ. Rat getroffene Maßnahmen und die Einrichtung von Kontrollmechanismen und Institutionen zur Krisenbewältigung und unterstreicht auch die Notwendigkeit einer verstärkten Aufsicht über den europäischen Finanzsektor, insbesondere über die multinationalen Konzerne.

Am 17. November 2008 gab der European Round Table of Industrials (ERT) eine Pressemitteilung über ein Treffen dieses Forums zur aktuellen wirtschaftlichen Situation heraus.<sup>48</sup> Darin stellte die größte internationale Wirtschaftslobby – ein Forum von 47 Konzernchefs der mächtigsten europäischen Industrie- und Technologie-Konzerne<sup>49</sup> – ihre Forderungen an die Politik der Öffentlichkeit vor. Der gegenwärtige Vorsitzende dieses Unternehmerverbandes, Jorma O-

<sup>45</sup> WAZ, Wirtschaft und Finanzen, Essen v. 31.03.2009

<sup>46</sup> Vgl.FTD, Hamburg v. 16.04.2009

<sup>47</sup> Europäische Kommission, EU-Nachrichten, Dokumentation, Schlussfolgerungen des Vorsitzes Europäischer Rat (Brüssel) vom 15. und 16.10.2008, S. 3

<sup>48</sup> ERT, Press Release, Istanbul, 17.11.2008

<sup>49</sup> Der kombinierte Umsatz dieser Industriegiganten mit gegenwärtig 1.600 Mrd. Euro hat eine Größenordnung, die höher als das Brutto-Inlandsprodukt von 24 Länder der EU-Mitgliedsstaaten ist.

lila, Aufsichtsratsvorsitzender des Elektronikkonzerns Nokia und des Ölgiganten Royal Dutch Shell, verlangte angesichts des großen Risikos sozialer Konsequenzen gezieltere und langfristige politische Aktionen zur Belebung der Wirtschaft als die bisher getroffenen:

„Während wir die Mehrheit der von den G20-Ländern vereinbarten Punkte unterstützen, fordern wir im Wesentlichen drei weiterführende Maßnahmen: steuerliche Anreize, um die Nachfrage zu steigern, die Verfügbarkeit von Krediten zu erhöhen sowie einen entscheidenden Widerstand gegen jegliche Art von Protektionismus. Priorität müssen jetzt schnelle Vereinbarungen zum freien Handel und die Definition der Finanzregulierungen gemeinsam mit der Wirtschaft haben. Wir brauchen keine Unterstützung maroder Branchen oder Unternehmen – wir brauchen eine Förderung der Infrastruktur-Investitionen und eine Stimulierung der Nachfrage.“

In den sieben Forderungen an die Politik werden aber nicht nur die bisher beschlossenen finanziellen Aktionen unterstützt, sondern auch verlangt, dass sie „nachhaltig und wachstumsfördernd“ sein sollten. Dies wird konkret bezogen auf die Reduzierung der Einkommenssteuer, auf Investitionen in die Infrastruktur, auf Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie auf Ausgaben für Forschung und Bildung. Neben diesen Forderungen zur allgemeinen Verbesserung der Verwertungsbedingungen für das Kapital betonen die Konzernvertreter, dass sie vor allem die Existenz des bisherigen Wirtschaftssystems in Europa gesichert wissen wollen. Kapitalspritzen in das Finanzsystem wären dringend erforderlich, besonders in Deutschland, der größten europäischen Wirtschaft. Langfristig muss der Eingriff des Staates aber wieder reduziert werden. Sie „warnen vor einer Überregulierung in der Industrie“.

In den institutionellen Mechanismus der EU zur Bewältigung der Krise ist auch die Lobby der Großbanken mit dem European Financial Services Round Table (EFR) einbezogen. Dieses Gremium aus 19 Vertretern der mächtigsten europäischen Banken und Versicherungen hat seine Positionen zu einem wesentlichen Teil der angestrebten Finanzmarktregulierung durch die EU, zur Finanzaufsicht, kundgetan.

Grundlage der Forderungen sind die von einer eingesetzten Experten-Gruppe für Finanzaufsicht vorge-schlagenen Empfehlungen im De Larosière-Bericht, der unter anderem auch Maßnahmen zur Verhinderung eines Zusammenbruchs der 40 multinational operierenden europäischen Banken enthält. In ihrer Antwort auf die Anfrage der Europäischen Kommission zur künftigen Aufsicht des Finanzsektors in der EU<sup>50</sup> unterstreicht diese Gruppe die Schlüsselbedeutung der Finanzstabilität und deshalb auch die Einrichtung eines European Risk Council (ESRC) zu ihrer Kontrolle. Zugleich aber gibt sie Empfehlungen, wie die Beschaf-

fenheit und die Aufgabenstellung dieser Institution gestaltet werden sollte. Sie plädiert für eine intelligente Überwachung des Finanzmarktes, die sich auch auf das Wissen nationaler Kontrolleure stützen sollte.

Neun Großbanken, die über ihre Kapitalanlagen den Finanzmarkt in den neuen EU-Mitgliedsländern maßgeblich dominieren, haben sich angesichts der prekären Finanzlage ihrer Finanzinstitute in diesen Staaten im Herbst 2008 in einer Lobby-Gruppe für Osteuropa zusammengeschlossen. Die Konzernvertreter fordern von den Regierungen, der Europäischen Union und der Europäischen Zentralbank (EZB), den Banken aus ihrer Liquiditätsklemme heraus zu helfen. Sie beabsichtigen dafür sogar einen Plan zu erarbeiten, damit die Kapitalflüsse nach Osteuropa nicht versiegen.<sup>51</sup>

Die Unternehmensverbände der einzelnen industriellen Schlüsselbereiche ordnen sich ebenfalls in den Kreis zur Gestaltung eines Krisenmanagements im Interesse des Großkapitals ein. Aus dem Positionspapier der Wirtschaftsvereinigung Stahl, Mitglied im Bundesverband der Deutschen Industrie, zur aktuellen Konjunktur-, Finanz- und Liquiditätskrise werden die „Aufgaben der Politik in der aktuellen Krise aus Sicht der Stahlindustrie“ benannt.<sup>52</sup> Neben der Sicherstellung kurzfristiger Unternehmensfinanzierung legen die Stahlindustriellen vor allem Wert auf wachstumsorientierte Rahmenbedingungen zur Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit in der Krise und danach, denn es „können belastende politische Rahmenbedingungen in dieser Situation die Erholung des hiesigen Standortes zugunsten anderer Weltregionen behindern“. Ähnlich sehen auch die Forderungen der Elektro- und Elektronikindustrie aus, wobei deren deutscher Zentralverband ZVEI noch verlangt, dass die Erleichterungen für die Bürger bei Steuern und Abgaben möglichst auf dieses Jahr konzentriert werden sollten, um einen deutlichen Impuls für die Konjunktur zu geben.

Die Interventionen der Banken und Konzerne zur Ausgestaltung staatlicher Programme der Krisenbewältigung zeigen bereits Erfolge. Dazu zählen auf europäischer und deutscher Ebene solche bereits initiierten Schwerpunkte wie die Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht, die Verbesserung der Kapitalausstattung von Banken und die Gründung eines Finanzstabilitätsrates. Es wird deutlich, dass die ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation in erster Linie auf die Erhaltung des finanzkapitalistischen Ordnungsrahmens orientiert sind und nicht die Beseitigung der Ursachen der Krise im Visier haben. Eine „neue Finanzmarktarchitektur“ als Reaktion auf die bisherige fehlende Regulierung der internationalen Finanzmärkte ist an den Interessen des europäischen Bankkapitals und der Exportwirtschaft ausgerichtet. Sie dient als Hebel für den Wandel im Regulierungsmechanismus zur Existenzsicherung des Profitsystems.

<sup>50</sup> European Financial Services Round Table, Response of the EFR on the consultation of the European Commission on future supervision for the financial sector in the EU, 10.04.2009, Brüssel

<sup>51</sup> FTD, Hamburg, v. 21.01 2009

<sup>52</sup> Wirtschaftsvereinigung Stahl, Position der Stahlindustrie zur aktuellen Konjunktur- und Finanz- und Liquiditätskrise, Düsseldorf v. 18.03.2009

## V. EU-Außenpolitik unter dem Druck der Expansionsstrategien der Konzerne

Mit der Weltwirtschaftskrise verstärken sich im nationalen und internationalen Maßstab schon bestehende Widersprüche und es treten neue Konflikte hinzu. Für die Europäische Union ist diese Situation besonders prekär, bleiben doch ernste ökonomische Konflikte nie ohne Wirkung auf die politischen Beziehungen der Mitgliedsländer. Bisher war in den verschiedenen Etappen der ökonomischen und politischen Integration die Situation immer vom Bemühen einer Balance zwischen Gemeinsamkeit und Rivalität geprägt. Dieses Gleichgewicht gerät vor allem durch die Krise stark ins Wanken, weil die Interessenlage der Konzerne aus den Schlüsselbereichen der Wirtschaft und die ihrer Staaten sich stärker in Rivalität um Marktanteile und Herrschaftspositionen ausdrückt. Gegenwärtig gewinnt die zwischenstaatliche Konkurrenz durch die Folgen des Ungleichgewichts zwischen den EU-Staaten Oberhand. Es verringert sich die Tendenz zum Interessenausgleich bei der Gestaltung der europäischen Integration – jedoch bei einem gleichzeitig forcierten Bemühen der EU-Herrschaftselite, das monopolistisch beherrschte Integrationsbündnis vor dem Auseinanderfall zu bewahren.

Das Bestreben nach Ausbau der internationalen Machtposition der EU liegt auch weiterhin ganz im Interesse des den EU-Wirtschaftsraum dominierenden Großkapitals. Es verspricht sich von Aktivitäten der EU-Politik zur Stabilisierung der Wirtschaftslage die schnelle Überwindung der Krise und strebt zugleich die Durchsetzung seiner strategischen Zielstellungen für die internationale Expansion durch entsprechende Entscheidungen in der Außenpolitik an.

Im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen Situation gestaltet sich gegenwärtig das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Bezug auf die Außenwirtschafts- und Außenpolitik der EU-27 besonders eng. Es nimmt vor allem in den außenpolitischen Strategien der EU einen spezifischen Charakter an, weil die politischen Machtambitionen der EU sich mit der Interessenlage der Großkonzerne der Wirtschaft eng verfilzen. Schwerpunkte und Richtungen der außenpolitischen EU-Strategie sind deckungsgleich mit den Schwerpunkten und Richtungen der Expansionsstrategien der Konzerne. Das zieht sich durch alle außenpolitischen Bereiche, angefangen von der Außenwirtschaftspolitik bis zur Außen- und Sicherheitspolitik. Ganz offen wird durch die Finanzmagnaten jetzt gefordert, die Außenpolitik auf Ziele auszurichten, die längerfristig den ungehinderten Zugriff auf internationale Märkte und strategische Ressourcen garantieren. Das trägt dazu bei, dass das ganze Paket an Konflikten zwischen den großen kapitalistischen Zentren und den neuen regionalen Staatengruppierungen zu explodieren droht, die Lösung der großen globalen Probleme der Welt in weitere Ferne rückt.

Auf einigen relevanten Feldern der Außenpolitik

kommt das Verhältnis zwischen Monopolen und Staat auf nationaler, zwischenstaatlicher und internationaler Ebene besonders zum Ausdruck – in der Energie- und Rohstoffproblematik und auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik. Die strategischen Zielrichtungen der in der EU-Wirtschaft dominanten Großkonzerne werden in Initiativen und Gesetzen durch ihre Lobby-Vertretungen, vor allem die Unternehmerverbände, verankert. Sie finden Eingang in die strategischen Entscheidungen der Außenpolitik der EU und beeinflussen die Gestaltung einer Vielzahl von außenwirtschaftlichen Maßnahmen und außenpolitischen Abkommen.

### 1. Strategische Ambitionen der Konzerne beim Energie- und Rohstoffproblem

Energiepolitik ist auch Außenpolitik. Mit dieser Feststellung betont die EU-Kommission, dass Energiefragen „zu einem zentralen Bestandteil der außenpolitischen Beziehungen der EU werden müssen“<sup>53</sup>, denn die weltweit wichtigsten Erdöl- und Erdgas-Reserven befinden sich in Regionen, „die aus Sicht der Europäer politisch und wirtschaftlich instabil sind“. Außerdem werde bei steigendem Bedarf vieler Entwicklungs- und Schwellenländer und gleichzeitig schrumpfenden fossilen Brennstoffvorräten die Energieabhängigkeit immer bedrohlicher, so dass bis 2030 dann 90 Prozent des EU-Ölbedarfs, Erdgas zu 80 und Kohle zu 66 Prozent importiert werden müssten. In einem Projekt zur Energiesicherheit stellte die Friedrich Ebert-Stiftung im Jahr 2007 fest<sup>54</sup>: „Ein Wettlauf um Zugriffsmöglichkeiten auf Öl und Gas hat begonnen, der leicht in einen „neuen kalten Krieg“ um Energie oder in „heiße Ressourcenkriege“ ausarten könnte.“

Diese Entwicklung ist bereits Realität und die Sicherung der Energieversorgung deshalb auch eine zentrale Herausforderung für die Politik aller Mitgliedsländer der EU. In der Europäischen Union gibt es jedoch bisher keine einheitliche Rechtsgrundlage für eine gemeinsame Energiepolitik. Die Kernländer der EU versuchen daher, über Energiesparprogramme und Realisierung eigener geopolitischer Strategien ihre Ressourcenprobleme in ihrem nationalen Interesse zu lösen. Dies entspricht auch einer spezifischen Besonderheit der EU-Außenpolitik, auf der Basis transnationaler Souveränitätsdelegation der Mitgliedsländer die außenpolitischen Aktivitäten zu stärken.<sup>55</sup> Aus den

<sup>53</sup> Europäische Kommission –Vertretung in Deutschland, EU-Nachrichten Themenheft Nr. 22, 2008 S.16

<sup>54</sup> Dietmar Dirmoser, Energiesicherheit Neue Knappheiten, das Wiederaufleben des Ressourcennationalismus und die Aussichten für multilaterale Ansätze, in: Kompass 2020, Friedrich Ebert-Stiftung, Berlin August 2007, S. 2

<sup>55</sup> Martin Hantke, Institutionalisierte Machtentfaltung, Zur Struktur und Funktionsweise der EU-Außenpolitik, in: Studien zur Militarisierung Europas, Januar 2006

unterschiedlichen energiepolitischen Strategien und Aktionen der Großmächte im Kampf um Energieresourcen ergeben sich jedoch immer wieder erneut zwischenstaatliche Konflikte innerhalb der EU. Sie waren für die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer Ende 2006 Anlass, auf eine integrierte Energiestrategie hinzuwirken.

Auf Grundlage einer Mitteilung der EU-Kommission über „die Einbeziehung von Energieaspekten in die Außenbeziehungen“ entstand im März 2007 ein Aktionsplan über eine gemeinsame Energiepolitik mit den Nachbarstaaten. „Strategische Partnerschaften“ mit Schwerpunkten zur Energie wurden seitdem bei vielen internationalen Abkommen der EU zur Regel. Allerdings war zwischen den großen EU-Mitgliedsländern eine Interessenkonvergenz über eine stärkere Diversifizierung bei Lieferstaaten und Transportwegen im Gasbereich nicht zu erreichen. Die Konflikte zwischen den EU-Staaten über den Bau der verschiedenen Pipelines – Ostseepipeline, Nabucco und South Stream – prallen nach wie vor hart aufeinander.

Das europäische industrielle Großkapital versucht angesichts der wachsenden Energieprobleme prononciert, die Richtungen in der EU-Außenpolitik vorzugeben. Im Vorfeld des EU-Russland-Gipfels Mitte des Jahres 2006 veröffentlichte der internationale Unternehmerverband European Round Table of Industrials (ERT) einen Bericht unter dem Titel „Seizing the opportunity. Taking the EU-Russia relationship to the next level“<sup>56</sup>. In diesem forderte er engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und ihrem größten Nachbarland Russland über eine Vertiefung des 1997 abgeschlossenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens. Als Maßnahmen empfahlen die 47 Konzernvertreter unter anderem die Verbesserung des Investitionsklimas, den Ausbau der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen und die Intensivierung des politischen Dialogs. Vorausgegangen waren nach den Unterbrechungen der russischen Erdgaslieferungen an die Ukraine im Januar 2006 ernsthafte Konflikte auf der politischen Bühne. Auf der Seite der EU führten sie zu Überlegungen, die Energieabhängigkeit von Russland zu verringern, auf der russischen Seite zur Ankündigung, neue Absatzmärkte „im Osten“ zu suchen.

Entsprechend dem Führungsanspruch Deutschlands in der Europäischen Union als größter Industriemacht ist das deutsche Großkapital bestrebt, gemeinsam formulierte Ziele der europäischen Industrie in den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten der EU-Außenpolitik zu verankern. So fühlt sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als stärkste Interessenvertretung der deutschen Industrie dazu berufen, „frühzeitig den politischen Diskurs mitzubestimmen“ und der „deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik eine klare Richtung zu geben“. Dafür hat er neue

Wege beschritten und nutzt ein breit gefächertes internationales Lobby-Netzwerk.<sup>57</sup>

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm veranstaltete der BDI im April 2007 einen G8 Business Summit, auf dem unter seiner Führung die Präsidenten der wichtigsten Wirtschaftsverbände der G8 Vorschläge zu den dringendsten wirtschaftspolitischen Fragen erarbeiteten und die sie ihren Regierungschefs für den G8-Treff übergaben. Aktiv war der BDI mit zahlreichen Vorschlägen auch an der von der EU-Kommission im Jahr 2007 vorgelegten neuen energiepolitischen Strategie beteiligt.

Ein wesentliches Anliegen auf dem Gebiet der Energieversorgung ist für den Unternehmerverband, seinen Standpunkt zur Rolle der Kernenergie in dem von der EU-Kommission postulierten breiten Energiemix deutlich zu machen. Der BDI setzt sich betont „für ein konsistentes energiepolitisches Gesamtkonzept ein. Längere Laufzeiten für Kernkraftwerke sind aus Gründen der Kosten und des Klimaschutzes sinnvoll. Keinesfalls kann Erdgas als Lückenfüller für den Kernenergieausstieg oder gar als Alternative für die Kohle erhalten“.<sup>58</sup>

Diese Position des Unternehmerverbandes entspricht den Expansionsinteressen des Siemenskonzerns im Kernenergiegeschäft. Siemens will eine Joint-Venture-Verbindung über eine 34prozentige Beteiligung mit dem französischen Atomkonzern Areva NP beenden, um eine Kooperation mit der russischen Staatsholding Atomenergoprom einzugehen. In diesem Unternehmen sind die russischen Nuklearfirmen mit ihrer ganzen Breite der Produktion von der Uranverarbeitung bis zum Kraftwerksbau zusammengefasst. Für die deutsche Industrie insgesamt ist die angestrebte Partnerschaft unter dem Gesichtspunkt sicherer Rohstofflieferungen aus Russland von großem Interesse. Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, hat deshalb sogar über die Modalitäten eines vorzeitigen Ausstiegs aus dem französischen Siemensgeschäft mit dem französischen Staatspräsidenten, Nicolas Sarkozy, verhandelt.<sup>59</sup>

Frankreich und Italien setzen ebenfalls verstärkt auf eine internationale Expansion beim Bau von Kernkraftwerken, um neue wirtschaftspolitische Einflusspositionen zur Sicherung der Energieversorgung und von Absatzmärkten für ihre Industrie zu gewinnen. Ihre Staatschefs vertreten in den zwischenstaatlichen Beziehungen die Interessen der Energie-, Elektronik- und Rüstungskonzerne. Im Februar 2009 schloss Nicolas Sarkozy mit dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi einen Kooperationsvertrag im Bereich der zivilen Nukleartechnik ab. Dieses Abkommen beinhaltet den Bau von mindestens vier Kernkraftwerken in Italien durch den französischen Konzern EDF und den italienischen Energiegiganten Enel und bedeutet eine

<sup>56</sup> EurActiv.com, EU News, Policy Positions & EU Actors online, v. 24.05.2006

<sup>57</sup> BDI-Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 2008

<sup>58</sup> BDI-Bundesverband der Deutschen Industrie, Jahresbericht 2009, S. 27

<sup>59</sup> FTD, Hamburg, v. 24.01.2009

Kehrtwende in der italienischen Energiepolitik seit der Ablehnung der Atomenergie durch eine Volksbefragung von 1987.<sup>60</sup>

Das außenpolitische diplomatische Engagement des französischen Präsidenten Sarkozy für die Atomkonzerne dehnt sich darüber hinaus auch auf andere Regionen aus. So verhandelt er sowohl mit Brasilien und als auch mit den Vereinigten Arabischen Emiraten über den Bau von Atomkraftwerken. Diese Aktivitäten sind zugleich mit den Rüstungsinteressen und den militärpolitischen Ambitionen Frankreichs und der EU gekoppelt. In Brasilien soll durch ein Militärabkommen der Technologieaustausch, der Export von Satelliten, Nachtsichtgeräten und U-Booten gesichert werden. In den Vereinigten Arabischen Emiraten wird der erste Militärstützpunkt Frankreichs am Persischen Golf eröffnet.

Neben der Energiesicherung rückt die Versorgung mit strategisch wichtigen Rohstoffen in den Vordergrund außenpolitischer Aktivitäten der EU. Sie werden ebenfalls im entscheidenden Maße durch die Interessen der Großkonzerne nach einem ungehinderten Zugriff auf wichtige Auslandsmärkte und Rohstoffquellen bestimmt. Ihre Vertreter in den Lobby-Verbänden formulieren ganz konkret die Anforderungen an eine zielgerichtete Rohstoffpolitik der EU.

Am 10. November 2008 wurden vom zuständigen Industriekommissar und Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen, die ersten Ergebnisse der Rohstoffstrategie auf europäischer und internationaler Ebene vorgestellt. In der Mitteilung der EU-Kommission „Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern“ haben die politischen Forderungen der deutschen Industrie ihren Niederschlag gefunden. Im Zusammenhang mit fünf Zielsetzungen der EU-Rohstoffstrategie wird eine „aktive Rohstoffdiplomatie“ angekündigt, zu der auch eine bessere Koordinierung der verschiedenen Bereiche der Außenpolitik, wie Außenbeziehungen, Handel, Entwicklung und Sicherheit gehören.<sup>61</sup>

In seinem Jahresbericht konstatiert der Bundesverband der Deutschen Industrie daher mit Genugtuung:

„Die EU-Strategie für nicht-energetische Rohstoffe, die vom BDI gefordert und von der EU-Kommission im Jahr 2008 entwickelt wurde, ist eine wichtige Ergänzung zur Rohstoffstrategie Deutschlands.“<sup>62</sup>

Den Erfolg der Rohstoffinitiative verbucht der Unternehmensverband der deutschen NE-Metallindustrie als Mitglied im BDI für sich. Er hat den Rohstoffkongress im Mai 2007, auf dem die Bundeskanzlerin, Angela Merkel, das Thema zur „Chefsache“ gemacht hat, organisiert und die Verzahnung der nationalen Politik mit der europäischen und internationalen Ebene

betrieben. Nunmehr fordern die Konzernvertreter der NE-Metallindustrie und des Rohstoffausschusses des BDI die rasche Umsetzung der formulierten Ziele der EU-Rohstoffstrategie in praktische Politik.

In seinem 10-Punkte-Papier zur Rohstoffpolitik verlangt der BDI von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, „den politischen Beschränkungen entgegenzuwirken und die Rahmenbedingungen in Deutschland so zu gestalten, dass die Unternehmen ihren Rohstoffbezug sicherstellen können“.<sup>63</sup>

#### **Die „unbedingt“ in Angriff zu nehmenden Maßnahmen sind:**

1. Zugang zu Rohstofflagerstätten in Deutschland und Europa gewährleisten,
2. Deutsche und europäische Unternehmen bei Rohstoffprojekten im Ausland unterstützen,
3. Handel- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen auf allen Wege entgegenwirken,
4. Funktionierenden Wettbewerb auf Rohstoffmärkten sicherstellen,
5. Illegalen Abfluss von Sekundärrohstoffen unterbinden,
6. Rahmenbedingung zur Nutzung sekundärer Rohstoffe verbessern,
7. Bezug von nachwachsenden Rohstoffen zu Marktkonditionen sicherstellen,
8. Staatliche Förderung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe zurückführen,
9. Beziehungen zu rohstoffreichen Entwicklungsländern in beiderseitigem Interesse gestalten,
10. Dialog über global verantwortliches Handeln im Rohstoffsektor führen.

Die europäische Politik wird durch diesen Katalog aufgefordert, mit einem ganzen Arsenal von nationalen und internationalen Staatsinterventionen die Voraussetzungen für die günstigsten Bedingungen des Zugriffs auf strategisch wichtige Rohstoffe zu schaffen. So heißt es im Punkt 10 zur Formulierung einer europäischen Strategie für Energieaußenpolitik:

„Die Sicherung der Versorgung macht eine breite Diversifizierung einerseits und eine intensive Kooperation mit den Lieferantenländern andererseits erforderlich. Hierzu ist es sinnvoll, die energiewirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Unternehmen auf nationaler Ebenen außenpolitisch zu flankieren sowie zugleich das Gewicht der EU als Gegengewicht

<sup>60</sup> EurActiv, a.a.O. vom 25.02.2009

<sup>61</sup> ebenda

<sup>62</sup> Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., BDI Jahresbericht 2009, S. 27

<sup>63</sup> WVM, Wirtschaftsvereinigung Metalle, politik aktuell, Ausgabe 20.11.2008, S. 2

zur Anbietermacht der Produzentenländer im Sinne einer koordinierten Energieaußenpolitik einzusetzen... Außerdem ist es notwendig, auf allen Ebenen internationalen Tendenzen einer Reverstaatlichungspolitik im Energiebereich entgegenzutreten und für eine Offenheit für ausländische Direktinvestitionen zu werben...“

In der gegenwärtigen Krise bauen die europäischen Konzerne die Ansprüche an ein neues Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik zur effektiven Sicherung der Rohstoffversorgung noch weiter aus. Sie initiieren unter anderem Maßnahmen, die die Stabilität neuer Rohstoffwege gewährleisten und absichern sollen. Dies soll unter anderem auch durch die Bildung neuer institutioneller Gremien erfolgen. So wurde Anfang 2009 in Deutschland als Instrument einer engeren Verzahnung zwischen staatlichen Institutionen und Konzernen im Rohstoffbereich eine „neue Partnerschaft für Transparenz im Rohstoffsektor“ zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)<sup>64</sup> gegründet. „Diese Koalition des privaten Sektors, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Stellen verspricht, durch mehr Transparenz eine verbesserte und stabilere Regierungsführung im Rohstoffsektor weltweit zu verwirklichen.“<sup>65</sup>

## **2. Konzerneinfluss auf außenwirtschaftliche und außenpolitische Strategien der EU**

In den letzten Jahrzehnten haben die weltweiten Interdependenzen erheblich zugenommen und – so stellt die EU-Kommission dazu fest – „ist es der EU sehr gut gelungen, die zunehmenden, aus der Globalisierung hervorgehenden Wechselbeziehungen zu ihrem Vorteil zu nutzen“<sup>66</sup>. Mit dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu vielen Ländern und Einrichtungen will sie diesen Prozess „unter Berücksichtigung der Interessen der EU“ auch weiter mittragen. Für die Gestaltung der EU-Außenwirtschaftspolitik hat die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen eine ganze Reihe von Prinzipien und Empfehlungen gegeben, und zwar zur Erweiterungsproblematik, zur Umsetzung von EU-Außenpolitiken, zur Europäischen Nachbarschaftspolitik, zu wirtschaftlichen Aspekten bilateraler Beziehungen und Partnerschaften, zur Sicherstellung der Präsenz der Kommission in multilateralen Wirtschaftsforen usw. Die gesamte strategische Richtung der Außenwirtschaftspolitik der EU ist unter den oft proklamierten Zielstellungen von Frieden, Stabilität und Wohlstand auf den Ausbau ökonomischer, politischer und militärischer Machtstellungen in dem sich wandelnden Kräfteverhältnis ausgerichtet.

Dieser Zielrichtung entspricht auch die Mitte des Jahres 2006 verkündete „Global-Europe-Strategie“

<sup>64</sup> EITI ist eine Initiative des Weltwirtschaftsgipfels von 2003 mit der Aufgabe, sich im Kampf gegen Korruption für mehr Transparenz von Geldflüssen im Zusammenhang mit Bodenschätzen einzusetzen und dadurch u. a. Wettbewerbsverzerrungen entgegen zu wirken.

<sup>65</sup> BMWi, Pressemitteilung vom 28.01.2009

<sup>66</sup> European Commission, Economic and Financial Affairs, Internationale Wirtschaftsfragen, April 2009

der Europäischen Kommission, die „Marktzugangsstrategie der EU in einer sich wandelnden globalen Wirtschaft“. Mit dieser neuen Handelspolitik sollen entscheidende Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit der EU-Konzerne geschaffen werden. „Wir müssen Märkte öffnen, neue Möglichkeiten für Handelsbeziehungen schaffen und dafür sorgen, dass die europäischen Unternehmen auf diesen Märkten faire Wettbewerbsbedingungen vorfinden.“<sup>67</sup>

Die Strategie umfasst folgende Bereiche<sup>68</sup>:

- Öffnung der Dienstleistungsmärkte,
- Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse,
- Ungehinderter und gesicherter Zugang der EU-Mitgliedstaaten zu Energie- und Rohstoffen,
- Liberalisierung öffentlicher Beschaffungsmärkte,
- Schutz der Eigentumsrechte (einschließlich der Patente) und Investitionen,
- Schaffung eines günstigen Investitionsklimas.

Die Global Europe Strategie wird als eine alternative Ergänzung zu dem noch ausstehenden Abschluss in den multilateralen Verhandlungen der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) gesehen. Sie verfolgt analog zur Binnenmarktliberalisierung eine externe Liberalisierungspolitik im internationalen Handel. Mit ihr sollen für die Großunternehmen aus den Schlüsselbereichen der europäischen Wirtschaft neue profitable Märkte erschlossen werden. Aufgrund ihrer umfassenden gesellschafts- und ordnungspolitischen Orientierung ist diese Strategie jedoch weit mehr als nur eine Handelsstrategie. Sie kann als maßgebende außenwirtschaftspolitische Richtschnur innerhalb der EU-Außenpolitik gelten.

An der Ausarbeitung der Global Europe Strategie hatten Vertreter der europäischen Spitzenverbände maßgeblichen Anteil, die in einem von der EU-Kommission gebildeten Sonderausschuss für Außenhandelsfragen, dem „133er Ausschuss“ gemäß Art. 133 Abs.3 EG-Vertrag, Sitz und Stimme haben. Dazu zählen Vertreter des European Service Forum (ESF) – ein Netzwerk aus 33 Vertretern des europäischen Dienstleistungssektors, Banken, Unternehmensberatungsfirmen und anderen Spitzenverbänden – und die European Service Leaders Group (ESLG), in der sich unter den 40 Konzernchefs vor allem Spitzenmanager aus dem Energie- und Rohstoffbereich befinden. Sie sind die Sprecher der Wirtschaft für die Durchsetzung der Liberalisierung und Privatisierung der Märkte in den anderen Ländern. Diese beiden Verbände sind in die politische Arbeit der EU-Institutionen, wie dem Generalsekretariat für Handel und anderen Gremien

<sup>67</sup> European Commission, Trade issues, External Trade, November 2006

<sup>68</sup> Christine Wicht, „Global Europe“ – neuer Anlauf zur weltweiten Dominanz Europas, in: Europa im Blick, Webzeitung für ein anderes Europa, 20.12.2007

integriert und können ihre ausgearbeiteten Vorschläge zu ausstehenden Entscheidungen unterbreiten.

In ihren Aktivitäten beschränken sich die beiden Verbände aber nicht nur auf die europäische Politik. Sie melden sich auch bei den G8- oder G20-Gipfeln zu Wort, wo es um Konstellationen zur Machtstabilisierung der internationalen kapitalistischen Ordnung geht. So hat der ESF im Vorfeld des G-20-London-Gipfels im April 2009 ein Schreiben an alle Staatschefs dieses Treffen gerichtet. Sie fordern darin entschiedenes Vorgehen gegen den sich gegenwärtig verstärkenden Protektionismus und eine klare politische Entscheidung zum Abschluss der Doha-Runde der WTO bis zum Ende des Jahres.

Die Global-Europe-Strategie findet ihren Niederschlag in den zahlreichen Abkommen der Europäischen Union mit anderen Staaten oder regionalen Ländergruppierungen. Der inhaltlichen Ausrichtung nach verbinden sich in den verschiedenen Konzepten die außenwirtschaftlichen mit den außenpolitischen und sicherheitspolitischen Zielstellungen der Europäischen Union. Dabei werden die Initiativen zu internationalen Abkommen mit anderen Staaten recht unterschiedlich gehandhabt, je nach Einschätzung politischer oder wirtschaftlicher Entwicklungsbedingungen. Neben den bilateralen Vereinbarungen mit einzelnen Ländern, wie der EU-Russland-Partnerschaft, wird ein besonderer Schwerpunkt in der Außenwirtschaftspolitik auf engere Beziehungen zu regionalen Integrationsräumen oder Handelsblöcken gelegt.

Die EU ist als ein regionaler Staatenverbund das bisher am weitesten entwickelte Integrationsgebilde. Dazu hat neben den engen wirtschaftlichen Verflechtungsbeziehungen auch ihre überstaatliche politische Institutionsstruktur und mit den in die einzelnen Mitgliedsländer hineinwirkenden Maßnahmen beigetragen. Aus den jahrzehntelangen Erfahrung im Integrationsprozess ist sich die führenden EU-Institutionen in ihrer Politik auch bewusst, welche positiven wirtschaftlichen Effekte die Regionalisierung von Staaten für die Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen hat - so unterschiedlicher deren Entwicklung, Stand, Struktur und Länderzusammensetzung auch sein mag. Die EU-Institutionen richten sich deshalb mit ihren Projekten gezielt auf den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit regionalen Integrationsverbänden, die seit längerer Zeit wirksam sind oder sich entwickeln. Vor allem suchen sie diese in ihrem Integrationsprozess gezielt zu beeinflussen, um vor allem im Interesse der die Europäischen Union beherrschenden Banken und Konzerne den größten Nutzen aus den Beziehungen zu ziehen.

In allen abgeschlossenen Verträgen und Abkommen, den bilateralen Partnerschaften oder multilateralen Abkommen finden sich die Kernelemente der neoliberalen Politik und die Vorgaben zu einer privatwirtschaftlichen Ordnungsstruktur. Gerade für die Expansionsstrategien der Konzerne aber sind das entscheidende Voraussetzungen zur Erhöhung ihres

Warenexports und ihrer profitablen Kapitalanlagen in den sich entwickelnden Integrationsräumen. Die neoliberale Ausrichtung der Außenwirtschafts- und Außenpolitik der EU befördert so den Ausbau der internationalen Beziehungen vor allem zugunsten der Erschließung neuer Marktsphären für das Großkapital.

Ein kurzer Blick auf den EU-Partnerschaftskomplex macht das deutlich<sup>69</sup>:

### **EU-Beziehungen zu den AKP-Staaten**

Die Beziehungen der Gründerstaaten der Europäischen Union zu den ehemaligen Kolonialstaaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) datieren seit dem Beginn des europäischen Integrationsprozesses und fanden mit dem 1975 abgeschlossenen Lomé-Vertrag eine rechtliche Grundlage. Es wurde im Juni 2000 in Cotonou/Benin durch ein Partnerschaftsabkommen der EU mit den 79 AKP-Staaten abgelöst und fünf Jahre später überarbeitet und erweitert sowie in seiner Vertragsdauer auf 20 Jahre ausgelegt. Das Cotonou-Abkommen enthält neben politischen Zielsetzungen auch für die Expansion der EU-Großkonzerne relevante Elemente: Stärkung der Rolle von nicht-staatlichen Akteuren, vor allem mit dem Ausbau des privaten Sektors bei der Gestaltung und Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit und dementsprechende neue Handelsregelungen. Bereits in diesem Abkommen war das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WAP) vorgesehen. Derartige Abkommen sind zwischen sechs den AKP-Regionalgruppen mit der EU seit 2003 in Gang gesetzt worden, mit den zentralafrikanischen und westafrikanischen, mit den südostafrikanischen, karibischen sowie pazifischen Staaten. Im März 2009 konnte das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und 15 karibischen Staaten abgeschlossen werden. Es geht in diesem Abkommen um erleichterten Marktzugang durch Zollabbau und Liberalisierung des Handels.

### **EU-ASEAN, Beziehungen zu Asien**

Seit 1978 besteht die älteste regionale Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit dem regionalen Integrationsgebilde ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), bestehend aus den Ländern Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand, und wurde durch ein Kooperationsabkommen institutionalisiert. Als Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sich in Asien neue Kooperationsstrukturen entwickelten, erweiterte die EU ihre Beziehungen mit Asien. Sie stützt sich dabei auf die von der EU-Kommission in den Jahren 2001 und 2003 entwickelte Asienstrategie, bzw. Südostasienstrategie. Diese zielen darauf, die politische und wirtschaftliche Präsenz der EU in der gesamten asiatischen Region zu verstärken. Auf Grundlage der „Allgemeinen entwicklungspolitischen Instrumente“ mit dem Schwerpunkt der Gewährung von Zollpräferenzen verabschiedete die EU-Kommission 2001 ein strategisches Rahmenwerk für die Beziehungen zu Asien

<sup>69</sup> Quelle: Informationen des Auswärtigen Amtes

für die begonnen Dekade. Unter den sechs Schlüssel-dimensionen nehmen die Bereiche „Engagement im politischen und im Sicherheitsbereich“ sowie „Handel und Investitionsbeziehungen in beide Richtungen“ die vordersten Plätze ein.

Im Rahmen der dabei weiterverfolgten EU-ASEAN-Zusammenarbeit gibt es zahlreiche Einzelprojekte in den Bereichen Energie, Umwelt, Handel usw. Seit 2007 enthält der Aktionsplan zur Umsetzung der Nürnberger Erklärung für eine vertiefte EU-ASEAN-Partnerschaft – abgeschlossen mit 10 Ländern – auch den Bereich Politik/Sicherheitspolitik. Ergänzt wird diese EU-ASEAN-Kooperation durch das Asia-Europe-Meeting(ASEM), ein Dialogforum auf politischer Ebene, dem gegenwärtig die 27 EU-Staaten und die Europäische Kommission, die 10 ASEAN-Mitgliedstaaten sowie die VR China, Japan, Südkorea, Indien, Mongolei, Pakistan angehören. Auf ihrem letzten Treffen im Oktober 2008 in Peking berieten ihre Vertreter – sie repräsentieren 60 Prozent der Weltbevölkerung – über Wirkungen und Lösungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. „Die Europäer haben verstanden, dass die Zeiten von G7- oder G8-Treffen vorbei sind, bei denen in einem exklusiven Kreis die Weichen gestellt werden konnten.“<sup>70</sup>

### **EuroMediterrane Partnerschaft – Mittelmeer-Union**

Seit 1995 ist die EuroMediterrane Partnerschaft, in Barcelona initiiert, der institutionelle Rahmen der Mittelmeer-Politik der EU mit den Mittelmeeranrainer-Staaten. Der Barcelona-Prozess stellt ein umfassendes Konzept der Zusammenarbeit zwischen den 12 Anrainerstaaten beiderseits des Mittelmeeres dar, an dem sowohl die arabischen Staaten als auch Israel teilnehmen. Dieser Prozess wird durch Strategie der Europäischen Nachbarschaftshilfe (ENP) unterstützt.

Als Ziel des Zusammenschlusses auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet ist bis 2010 die Bildung einer Freihandelszone vereinbart, finanziell und durch Strukturreformen von der EU gefördert. Ein Baustein dieser Partnerschaft ist das „Agadir-Abkommen“ von 2004 mit den Ländern Ägypten, Algerien, Jordanien, Marokko, der Palästinensischen Behörde und Tunis.

Das umfangreiche Aktionsprogramm der im Jahr 2008 zur Mittelmeer-Union umgewandelten EuroMediterranen Partnerschaft enthält für die nächsten Jahre bis 2010 in seinen länderspezifischen Plänen neben politischen und sicherheitspolitischen Maßnahmen auch die Förderung der Wirtschaftintegration sowie der Auslandsinvestitionen.

### **Beziehungen der EU zu Lateinamerika/ Karibik (LAK)**

Die Partnerschaft zwischen EU und LAK wurde 1999 auf dem Gipfel in Rio de Janeiro begründet und über Jahre als politischer Dialog weiterentwickelt.

Sie umfasst eine Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlich-technologischem Gebiet und wird über bi-regionale Partnerschaften gestaltet. Die Europäische Union als zweitgrößter Handelspartner und größter Kapitalinvestor in diesen Ländern baut ihre Positionen in den letzten Jahren in dieser Region über eine Reihe von Verträgen aus. Nach dem Abschluss eines Freihandelsabkommen im Jahr 2000 mit Mexiko, nach Unterzeichnung eines Assoziationsvertrages mit Chile im März 2005 sowie auch mit den Staaten der Andengemeinschaft (CAN) schloss sie im Juli 2007 eine strategische Partnerschaft mit Brasilien und 2008 ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) mit den karibischen Staaten – außer Kuba – ab.

Die wirtschaftlichen Passagen der Verträge enthalten bei all ihrer unterschiedlichen Gestaltung als Kernelemente die Forderungen nach Beseitigung von Diskriminierung im Dienstleistungsverkehr sowie nach Beseitigung der Zölle bei der Einfuhr von Industriegütern aus der EU, nach einer progressiven Liberalisierung des Handels, nach Schutz von Investitionen, Innovationen und des geistigen Eigentums.

### **Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)**

Die Europäische Nachbarschaftspolitik, von der EU-Kommission 2003-2004 mit Aktionsplänen entwickelt, ist ein politischer Rahmen für die Beziehungen zwischen der EU und ihren unmittelbaren Nachbarländern im Osten und Süden. Diese stehen gegenwärtig nicht auf der Beitrittsliste für eine EU-Mitgliedschaft, an ihrer politischen Stabilität und wirtschaftlichen Entwicklung aber hat die EU im Bestreben der Erweiterung ihrer Machtstellung ein großes Interesse. Es handelt sich um 16 Länder – von der südlichen Mittelmeerregion bis zum Kaspischen Meer. Teilweise sind einige Länder bereits in andere Partnerschaftsabkommen integriert. In den vereinbarten ENP-Aktionsplänen sind „Reformprioritäten“ als ein breiter Katalog von Themen festgelegt, der von politischen Reformen, über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Handelsfragen, Marktreformen, Sicherheitsaspekte, Energie, Information, Forschung und Entwicklung bis zur „menschlichen Dimension“ reicht.

Die Verknüpfung von ordnungspolitischen Vorstellungen mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Staaten und Konzerne sucht die EU als „Transformationskraft“ noch gezielter einzusetzen. Neben der Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaftsintegration, Handelsliberalisierung, Sektorkooperation wurde unter deutscher Ägide, der EU-Ratspräsidentschaft 2007, eine neue „Schwarzmeerdimension“ entwickelt, die EU-Orientierung auf den geostrategisch wichtigen und in der Konkurrenz hart umkämpften Schwarzmeerraum.

### **Ost-Partnerschaft der EU**

Kurz nach dem Georgien-Krieg sahen die EU-Außenpolitiker die große Chance, die früheren sechs zur Sowjetunion zählenden Republiken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, die Ukraine und

<sup>70</sup> Europäische Kommission, EU-Nachrichten, Nr. 36 v. 30.10.2008.

Weißrussland in ihre globale Partnerschaftsstrategie über Assoziationsabkommen – nicht über einen Beitritt – einzuordnen. Im März 2009 wurde vom Europäischen Rat die Gründung der Östlichen Partnerschaft als Bestandteil der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) beschlossen. Analog zur Mittelmeer-Union orientiert sich die EU-Außenpolitik dabei auch auf die Förderung dieser Länder zu einem regionalen Integrationsbündnis, durch das günstige Bedingungen für eine engere Kooperation mit der europäischen Wirtschaftsmacht geschaffen werden können.

### **Zu den Schwerpunkten dieser östlichen Partnerschaft zählen**

- allmähliche Integration in die EU-Wirtschaft und Angleichung der Rechtsvorschriften,
- Unterstützung der Partner bei der Entwicklung eines Freihandelsnetzes, das langfristig zur Schaffung einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Nachbarländern führen könnte,
- Verbesserung der Energieversorgungssicherheit für alle Partner,
- Schaffung einer multilateralen Dimension, damit die Partner bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zusammenwirken können.<sup>71</sup>

### **Zentralasienstrategie**

Im Zusammenhang mit der Verlagerung des Schwerpunktes des weltpolitischen Kräfteverhältnisses nach Asien orientiert sich die Europäische Union seit 2007 mit der unter der deutschen Präsidentschaft beförderten Zentralasienstrategie der EU als politische Leitlinie auf diese geopolitisch und wirtschaftlich wichtige Region. Von hohem ökonomischem Interesse sind die großen Erdöl- und Gasreserven in Kasachstan und Turkmenistan, von geostrategisch wichtiger Bedeutung die Lage zwischen Europa, Asien, Russland und Südasien. Die gesamte Region um das Kaspische und Schwarze Meer berührt – so heißt es in den Verlautbarungen zu dieser Strategie – „die Sicherheit Europas“.

Mit einem „partnerschaftlichen Gesamtansatz“ soll die politische Entwicklung der zentralasiatischen Staaten unterstützt werden. Ein Projekt dabei ist die „Baku-Initiative“. Mit ihr sollen die Staaten Zentralasiens darauf orientiert werden, „funktionierende Märkte für Öl, Gas und Strom in Orientierung an den rechtlichen Strukturen des europäischen Energiemarktes zu schaffen“. Sie ist zugleich als wichtiger „Baustein einer verstärkten EU-Politik gegenüber dem postsowjetischen Raum“ gedacht.

In den bilateralen Programmen dieser strategischen Konzeption mit den fünf ZA-Staaten sind unter der Rubrik Förderung von wirtschaftlicher Entwicklung, Handel und Investitionen eine Reihe von Maßnahmen

eingeleitet. Sie sollen einen ordnungspolitischen und institutionellen Rahmen für ein verbessertes Wirtschafts- und Investitionsumfeld und die wirtschaftliche Diversifizierung fördern. Der Ausbau der regionalen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Handel, der Wasser- und Waldbewirtschaftung wird allerdings nicht nur das Wirtschaftspotential Zentralasiens stärken, sondern ist in erster Linie als Profitportofolio der europäischen Infrastruktur-Konzerne gedacht. Das wird in den jüngsten Aktivitäten des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft im November 2009 deutlich. Dieser Ausschuss des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hat mit einer zwölköpfigen Wirtschaftsdelegation „im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise“ über neue Investitions- und Kooperationsprojekte vor allem im Bereich Projektfinanzierung, Infrastrukturentwicklung, Maschinen- und Anlagenbau mit den Regierungen von Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan verhandelt. Im abschließenden Veranstaltungsbericht<sup>72</sup> wird zugleich der Anspruch der führenden europäischen Konzernmacht in der Außenpolitik der EU deutlich:

„Die Zentralasienstrategie der EU (bis 2013 mit 750 Millionen EUR für fünf Länder ausgestattet) muss flankiert werden vom bilateralen Engagement Deutschlands. Im Kern geht es um Technologietransfer, Ausbildung, Finanzierung und Diversifizierung. Die Länder stehen vor einem großen wirtschaftlichen Boom, umworben von China, der EU und Russland gleichermaßen, aber auch vor neuer internationaler Verantwortung, etwa Kasachstans im Rahmen der OSZE oder Usbekistans (wie auch Tadschikistans) an der Sicherheitsgrenze zu Afghanistan.“

<sup>71</sup> Regierungonline, März 2009

<sup>72</sup> oa, Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, Wirtschaftskrise und neue Chancen in Zentralasien, v. 20.11.2009

# VI. Für eine neue Perspektive in Europa

## Vorschläge für die Arbeit der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die Erweiterung der Europäischen Union auf 27 Mitgliedsländer ist mit einer Vergrößerung des ökonomischen Potentials und mit Fortschritten im Integrationsprozess des europäischen Wirtschaftsraumes verbunden. Gleichzeitig ist die Machtkonzentration bei den mächtigsten Industriekonzerne und Banken und deren politischer Einfluss bedeutend angewachsen. Sie nutzen ihre Positionen in der sich stark wandelnden Welt, um im internationalen Konkurrenzkampf ihre Profite zu steigern und werden damit immer mehr zu einem treibenden Faktor wachsender Labilität des gesamten Wirtschaftslebens mit verheerenden sozialen Folgen für die Mehrheit der Weltbevölkerung. Die tief greifende Weltwirtschaftskrise ist erneut Beweis, dass der wirtschaftliche Regulationsmechanismus auf kapitalistischer Grundlage kein Instrument für eine Verteidigung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts auf dieser Erde ist. Wichtig ist deshalb nicht nur eine Politik, die die bestehenden Regeln des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems verändert, sondern die auch gleichzeitig den Schwerpunkt auf einen Wandel der sozialökonomischen Grundlagen legt. In dem herrschenden Kapitalsystem liegen die Ursachen für Krisenhaftigkeit, Ungerechtigkeit, Hunger, Armut und Kriege.

„Die Europäische Union muss neu begründet werden nach neuen Parametern, bei denen die Menschen und ihre Rechte vor dem Profit regieren.“<sup>73</sup>

In der parlamentarischen Arbeit sollte die DIE LINKE in ihren vielen Aktivitäten diesen Grundsatz stärker ins Zentrum rücken. Die Zeit dafür ist günstig. Das ergibt sich auch als Schlussfolgerung aus der vorgelegten Analyse.

1. Das gewaltige Potential der erweiterten Europäischen Union ist für die Lösung dringlicher sozialer, ökologischer und globaler Probleme zu nutzen. Deshalb ist im Rahmen eines zu entwickelnden demokratischen Gesellschaftsmodells für die EU die Wirtschaftsdemokratie als ein grundlegender Pfeiler im gesamteuropäischen Integrationsraum zu entwickeln und durchzusetzen. Das ist eine längerfristige Aufgabe. Sie setzt einen intensiven politischen Dialog unter den Linken in Europa und zwischen den Gewerkschaften der beteiligten Länder über die Gestaltung der Wirtschaftsstruktur in Europa voraus. Das Ergebnis sollte ein übereinstimmendes Konzept zu wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen sein. Die parlamentarische Arbeit der Bundestagsfraktion kann aus ihren nationalen Aktivitäten heraus dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

2. Die Banken und Konzerne der Schlüsselbereiche der Industrie bestimmen wesentlich Wirtschaft und Politik der Europäischen Union. Ihre Macht und ihr politischer Einfluss sind zurückzudrängen. Dazu bedarf es im Rahmen wirtschaftsdemokratischer Konzepte dringend der Formulierung einer alternativen Eigentumspolitik der LINKEN. Sie muss auf den radikalen Wandel der finanzkapitalistischen Grundlagen zu einer demokratischen Wirtschaftsstruktur setzen und unterschiedlichen Eigentumsformen entsprechend dem Stand in der Entwicklung der Produktivkräfte in den einzelnen eine Entwicklungsperspektive im sozialen Wettbewerb geben.

In einer sich erneuernden Europäischen Union ist die zunehmende internationale Eigentumsstruktur im Rahmen der EU zu beachten. Eine alternative Eigentumspolitik hat daher den Zusammenhang von nationaler und europäischer Entwicklung einzuschließen.

3. Zu den grundlegenden aktuellen Forderungen eines Wandels in den sozialökonomischen Grundstrukturen zählen

- die Vergesellschaftung der Banken und öffentliche Kontrolle des Finanzsystems sowie die Überführung der strategisch wichtigen Schlüsselindustrien in gesellschaftliches Eigentum, in erster Linie des Energiesektors und der Rüstungswirtschaft,
- die Errichtung demokratischer Kontrollmechanismen über wichtige Bereiche der Wirtschaft sowie einer Kapitalverkehrskontrolle,
- Umwandlung der Kartellbehörde in eine demokratisch legitimierte Institution zur Regulierung der Konzernstrukturen und der Fusionsentwicklung. Sie sind den demokratischen Entwicklungszielstellungen der Wirtschaft des Landes und der EU zu unterstellen, d. h. die Kapitalverfügung der Unternehmer zugunsten einer sozialen Ausrichtung der Gesellschaft einzuschränken,
- Genehmigung von Auslandsinvestitionen nur unter der Maßgabe der Bindung an wirtschaftspolitische Zielsetzungen und einer Beschäftigungssicherung im nationalen und europäischen Rahmen,
- Einhaltung des Beschlusses zum Ausstieg aus der Atomenergie auch bei Auslandsinvestitionen, die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, Stärkung der Genossenschaften und des Handwerks,
- Förderung des öffentlichen Sektors, Rückführung privatisierter Ressourcen der öffentlichen Versorgung wie Wasser und Verkehr
- die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte, besonders hinsichtlich eines Mindeststandards in allen Mitgliedsländern (Mitentscheidung bei Produktionsverlagerungen, bei Veränderungen der Eigentums-

<sup>73</sup> Europäische LINKE, Plattform für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, Berlin 2009

struktur von Konzernen, bei Auslandsbeteiligung oder Beteiligung von Staatsfonds),

- Die Genehmigung von Auslandsinvestitionen ist mit der Maßgabe der Bindung an wirtschaftspolitische Zielsetzungen sowie einer Beschäftigungssicherung im nationalen und europäischen Rahmen zu verknüpfen. Das betrifft zum Beispiel den Ausbau der Atomenergie und Großkohlekraftwerken oder die Stilllegung von Unternehmensteilen bei Umstrukturierungen der Konzerne.

4. Die wirtschaftlichen Verflechtungsbeziehungen in der europäischen Union und im internationalen Maßstab, die auf einer internationalen Arbeitsteilung beruhen, sind kaum rückgängig zu machen. Sie sind mit einer gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit, aber auch mit neuartigen Unsicherheiten durch die verschiedenen Akteure wie Unternehmen und Staaten mit ihren unterschiedlichen Interessenlagen verbunden. Notwendig ist daher ein bewusstes Steuern der Wirkungen wachsender Interdependenzen durch internationale Kontrollmechanismen innerhalb der EU-27 - und darüber hinaus durch demokratisch reformierte Institutionen wie dem IWF und der Weltbank.

Die Hauptschwerpunkte für eine Regulierung ökonomischer Beziehungen zwischen der EU und den „Partnern“ sind festzulegen. Diese betreffen insbesondere den Stand der ausländischen Kapitalanlagen in wichtigen Schlüsselbereichen der Wirtschaft, den Abbau der Ungleichgewichte zwischen den Staaten in der EU-27 und Garantien für eine Angleichung durch eine eigene, nachholende wirtschaftliche Entwicklung. Probleme der Abrüstung und Konversion, Lösung von Konfliktfeldern u.a. Kontroll- und Regulierungsmechanismen zur Gewährleistung ökonomischer Sicherheit könnten Bestandteil eines neuen kollektiven Sicherheitssystems in Europa werden.

5. Die Verringerung der Ungleichgewichte ist eine zentrale Aufgabe auch in der Ausrichtung der nationalen Wirtschaftspolitik. Die EU hat mit der Osterweiterung ihre wirtschaftlichen Potenzen erhöht und zählt zu den reichsten Wirtschaftsräumen der Welt. Die Entwicklungslücke zwischen den Ländern aber hat sich weiter geöffnet. Besonders mit der Weltwirtschaftskrise ist ein Abfall in der wirtschaftlichen Entwicklung der osteuropäischen Länder, aber auch anderer Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal festzustellen. DIE LINKE sollte darauf dringen, dass der Thematik der Ungleichgewichte in der EU auch auf nationaler Ebene mehr Gewicht beigemessen wird. Es geht um eine stabile gesamteuropäische Wirtschaftsstruktur, für die durch Entwicklung endogener Wirtschaftspotenziale in den einzelnen Ländern die Voraussetzungen geschaffen werden.

6. Gleichzeitig ist als Abkehr von der bisherigen neoliberalen Politik eine umfassende europäische Entwicklungsstrategie zu entwickeln. Sie sollte den Schwerpunkt auf Grundlage einer koordinierten solidarischen internationalen Wirtschaftspolitik auf strukturpolitische Maßnahmen setzen, die eine

gleichberechtigte soziale und ökologische Wirtschaft der Mitgliedsländer ermöglicht. Im Zusammenhang damit ist das Verhältnis von Export- zur Binnenmarkt-orientierung genauer zu bestimmen. Eine auf hohen wissenschaftlich-technischen Stand orientierte Strukturpolitikschließt eine Exportorientierung nicht aus. Sie muss die sozialen Belange der Bevölkerung, eine steigende Binnennachfrage und auf eine nachhaltige ökologische Entwicklung mit einschließen.

7. Die außenpolitische Strategie ist auf eine Ausbildung der EU als hegemoniale Wirtschaftsmacht in der Welt gerichtet. Sie wird von den Hauptländern der Europäischen Union - Deutschland, Frankreich und Großbritannien - bestimmt. Die internationalen Konzerne der EU sind darin als ein integrierter Bestandteil eingebunden. Angesichts der kapitalgetriebenen Europäisierung des Wirtschaftsraums und der machtpolitischen Einflussnahme der EU auf regionale Integrationsräume in vielen Teilen der Welt ist der Widerstand gegen die im Interesse des Großkapitals geführten außenpolitischen Aktivitäten zu verstärken.

- Die außenpolitischen Strategien der EU sind sozialen, ökologischen und solidarischen Zielstellungen zu unterstellen. Deshalb sind für die internationalen Aktionsprogramme der Partnerschaftspolitiken Kriterien zu entwickeln, die die Gleichberechtigung der Partner, ihre eigenständige Entwicklung voranstellen und den Ausbau sozialer Standards unterstützen. Keineswegs dürfen sie die Interessen der europäischen Großkonzerne und der EU in den Vordergrund rücken. Die Ausrichtungen der Aktionspläne der Partnerschaftsabkommen sind daher grundlegend zu verändern. Sie sind nicht an die Durchführung von Maßnahmen zur Liberalisierung und Deregulierung sowie Privatisierung, sondern an eine konsequente gleichberechtigte Teilnahme der Partnerländer und Partnerregionen bei der Gestaltung der Kooperationsbeziehungen zu knüpfen.

- Zur Sicherung der demokratischen Einflussnahme sollten sowohl nationalstaatliche als auch EU-parlamentarische Entscheidungsprozesse in der Außenpolitik ein stärkeres Gewicht gegenüber den Entscheidungen der EU-Kommission und des Europäischen Rates erhalten, um die demokratisch gesetzten Zielstellungen der außenpolitischen Strategien durchzusetzen.

- Die Wirtschaft der EU wird überaus stark von der Rüstungsindustrie beeinflusst, ihre Exportorientierung militärpolitisch flankiert und durch die Militarisierung der Europäischen Union und den Ausbau von militärischen Stützpunkten besonders zur Sicherung von Rohstoffressourcen politisch gestützt. Es muss ein notwendiger Umbau der Europäischen Union zu einem zivilen Staatenverbund erfolgen, der sich durch die Abkehr von seinen finanzkapitalistischen Grundlagen auf wirtschaftdemokratische Verhältnisse stützen kann. In seinen außenpolitischen Strategien sollte sich dieser Staatenverbund von der Wechselwirkung zwischen ökonomischer Entwicklung und Abrüstung leiten lassen. Das wäre ein Beitrag zu Sicherheit für alle in Europa und in der Welt.

# Dokumentation europapolitischer Initiativen der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Die folgende Dokumentation umfasst eine Auswahl der parlamentarischen Initiativen (Anträge, Gesetzesentwürfe und Anfragen) der Fraktion DIE LINKE zu Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik der EU sowie Deutschlands im europäischen Kontext. Aufgeführt sind vor allem aktuelle Initiativen aus der laufenden Legislaturperiode. Bei grundlegenden Themen – zum Beispiel zum Vertragswerk des Lissabon-Vertrages – wurden auch Initiativen der zurückliegenden Legislaturperiode dokumentiert.

Bei Initiativen, deren Inhalt sich aufgrund des „Parlamentsdeutsches“ nicht sofort erschließt, wurde ein Kurzkomentar ergänzt.

Weitere Hintergrundmaterialien, Reden, Pressemitteilungen zu europapolitischen Themen finden Sie auf den Seiten

- der Bundestagsfraktion ([www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)),
- der Partei DIE LINKE (<http://die-linke.de/politik/international>)
- der Europäischen Linken (<http://www.european-left.org/>)
- der Delegation der Linken in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament (<http://dielinke-europa.eu/>).
- sowie im Programm der LINKEN zur Europawahl 2009 ([http://die-linke.de/fileadmin/download/disput/2009/disput\\_maerz2009\\_wahlprogramm.pdf](http://die-linke.de/fileadmin/download/disput/2009/disput_maerz2009_wahlprogramm.pdf))

## I. DIE LINKE zum Vertrag von Lissabon

### 17.09.2009 – Entschließungsantrag – Drucksache 16/14014

Entschließungsantrag zu den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon. (DIE LINKE kritisiert die unzureichende Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag und fordert die Überarbeitung der Begleitgesetze.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757831696\\_1614014.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757831696_1614014.pdf)

### 25.08.2009 – Gesetzentwurf – Drucksache 16/13928

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45, 93) (Der Entwurf dient dazu, die Schlussfolgerungen zu mehr Demokratie aus dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts grundgesetzfest zu machen)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704395490\\_1613928.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704395490_1613928.pdf)

### 25.04.2008 – Antrag – Drucksache 16/8879

Die Beratung des Gesetzes zum Vertrag von Lissabon aussetzen (DIE LINKE verlangt die Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens und eine Nachverhandlung über ein Sozialprotokoll für den EU-Reformvertrag)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784909630\\_1608879.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784909630_1608879.pdf)

### 25.04.2008 – Entschließungsantrag – Drucksache 16/8926

Entschließungsantrag zum Gesetz zum Vertrag von Lissabon (DIE LINKE begründet ihre Ablehnung des Lissabon-Vertrags und fordert eine neue vertragliche Grundlage.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728918011\\_1608926.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728918011_1608926.pdf)

## II. Initiativen zur Sozialen Fortschrittsklausel und für eine soziale EU

### 03.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/902

Gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Soziale Fortschrittsklausel in das EU-Vertragswerk aufnehmen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752697919\\_1700902.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752697919_1700902.pdf)

### 03.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/00889

Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 ernst nehmen (2010 ist das „Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“, doch die Politiken von EU und Bundesregierung verschärfen Armut und Ausgrenzung. DIE LINKE fordert Bundesregierung und EU auf, wirksame Sozialprogramme zu entwickeln.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778918045\\_1700889.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7778918045_1700889.pdf)

### 10.02.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/00569

Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland (Die EU-Dienstleistungsrichtlinie musste von den Mitgliedstaaten bis zum 28.12.2009 in nationales Recht umgesetzt werden. Gefragt wird nach der Umsetzung und der Auswirkungen der Richtlinie für Beschäftigte und Arbeitsbedingungen in Deutschland.)

**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740518750\\_1700569.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740518750_1700569.pdf)

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7713473785\\_1700728.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7713473785_1700728.pdf)

### 18.05.2009 – Antrag – Drucksache 16/13056

Soziale Fortschrittsklausel in die EU-Verträge einfügen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732592249\\_1613056.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732592249_1613056.pdf)

### 19.06.2008 – Antrag – Drucksache 16/9636

Tariftreue europarechtlich absichern  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765983835\\_1609636.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765983835_1609636.pdf)

### **III. Initiativen zur Finanz- und Wirtschaftskrise in der Eurozone und der EU**

#### **16.06.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/2053**

Position der Bundesregierung zur Wirksamkeit des Hilfspakets für Griechenland

**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752659805\\_1702053.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7752659805_1702053.pdf)

**Antwort der Bundesregierung:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734918324\\_1702302.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734918324_1702302.pdf)

#### **21.05.2010 – Entschließungsantrag – Drucksache 17/1811**

Entschließungsantrag zum Koalitionsentwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Radikale Sparmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit in den angeschlagenen Euro-Staaten sollen der Preis für die EU-Finanzhilfen sein. DIE LINKE fordert ein grundsätzliches Umsteuern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie eine durchgreifende Regulierung der Finanzmärkte.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754128279\\_1701811.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7754128279_1701811.pdf)

#### **07.05.2010 – Entschließungsantrag – Drucksache 17/1638**

Entschließungsantrag zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz I

(Helfen, Regulieren und die verantwortlichen Profiteure zur Kasse bitten – das sind die Lösungen der Fraktion DIE LINKE für die Krise Griechenlands. Die Finanzhilfe der Bundesregierung dagegen rettet erneut nur Banken und Spekulanten und wird so die Finanzkrise verschärfen und die Eurozone gefährden.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777729464\\_1701638.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7777729464_1701638.pdf)

#### **18.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/1058**

Eurozone reformieren - Staatsbankrotte verhindern (Vor dem Hintergrund der Krise in Griechenland und der Eurozone fordert DIE LINKE eine Koordination der europäischen Wirtschaftspolitiken und die Bekämpfung der Krisenursachen.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731504158\\_1701058.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7731504158_1701058.pdf)

### **IV. Initiativen zur Internationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik**

#### **22.06.2010 – Antrag – Drucksache 17/2232**

G 20 Gipfel in Toronto - Demokratische Kontrolle der Finanzmärkte und nachhaltige Regulierung der Weltwirtschaft durchsetzen

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776281388\\_1702232.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776281388_1702232.pdf)

### **V. DIE LINKE zu deutschen und europäischen Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung und zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise**

#### **17.06.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/2103**

Bankenabgabe

(DIE LINKE will mit der Kleinen Anfrage klären, ob und in welcher Form die Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise geregelt werden soll.)

**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735067753\\_1702103.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7735067753_1702103.pdf)

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798384923\\_1702341.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7798384923_1702341.pdf)

#### **25.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/1151**

Banken regulieren - Spekulationsblasen verhindern

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774958602\\_1701151.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7774958602_1701151.pdf)

#### **10.02.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/578**

Geldpolitik und Regulation der Finanzbranche

**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743244675\\_1700578.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743244675_1700578.pdf)

**Antwort der Bundesregierung:**

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788388047\\_1700730.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7788388047_1700730.pdf)

#### **27.01.2010 – Antrag – Drucksache 17/518**

Finanztransaktionsteuer international vorantreiben und national einführen

(DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich international nachdrücklich für die Einführung der Finanztransaktionssteuer einzusetzen und diese in Deutschland mit einem Steuersatz von 0,01 Prozent einzuführen.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776874272\\_1700518.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776874272_1700518.pdf)

#### **21.01.2010 – Antrag – Drucksache 17/471**

Die Banken sollen für die Krise zahlen

(DIE LINKE fordert eine „Finanzkrisen-Verantwortungsgebühr“ nach dem Vorbild des US-Präsidenten, damit die Verursacher der Krise und Nutznießer der staatlichen Rettungspakete für die Kosten der Bankenrettung aufkommen.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751690636\\_1700471.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7751690636_1700471.pdf)

#### **21.01.2010 – Antrag – Drucksache 17/470**

Zukunftsprogramm für 2 Mio. Arbeitsplätze

(DIE LINKE fordert ein Zukunftsprogramm für den Ausbau sozialer Dienstleistungen, für öffentliche Investitionen in Bildung, Erneuerbare Energien und ökologische Verkehrssysteme sowie einen Zukunftsfonds zur sozial-ökologischen Erneuerung der Industrie.)

[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7768339391\\_1700470.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7768339391_1700470.pdf)

## **VI. Initiativen zur deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung im EU-Binnenmarkt (u.a. „Europa 2020“)**

### **10.06.2010 – Antrag – Drucksache 17/1969**

„Europa 2020“ – Ein nachhaltiges Europa nur mit tiefgreifenden Reformen  
(DIE LINKE fordert zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise die Entwicklung einer neuen solidarischen Wirtschafts- und Sozialstrategie anstelle der neoliberalen „Europa 2020“-Strategie.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705314128\\_1701969.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7705314128_1701969.pdf)

### **31.05.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/01815**

Die Verhandlungen über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft, insbesondere unter dem Aspekt der Arbeitnehmermitbestimmung.  
(Zur Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen in Europa erließ die EU-Kommission eine Verordnung, die allerdings in Fragen der Arbeitnehmerrechte und der Besteuerung zahlreiche Fragen offen lässt.)  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797139205\\_1701815.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7797139205_1701815.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7711429001\\_1701933.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7711429001_1701933.pdf)

### **25.03.2010 – Entschließungsantrag – Drucksache 17/1170**

EA zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 25. und 26. Juni 2010 in Brüssel („Europa 2020“)  
(DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, sich für eine grundlegende Revision der „Europa 2020“-Strategie einzusetzen.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776613015\\_1701170.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7776613015_1701170.pdf)

## **VII. Anfrage zu wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen**

### **12.05.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/1625**

Empirische Unklarheiten im Konzentrationsbericht des XVII. Hauptgutachten der Monopolkommission 2006/2007  
(DIE LINKE verlangt Aufklärung über Unklarheiten und Unzulänglichkeiten im gesamtwirtschaftlichen Konzentrationsbericht, denn zuverlässige Angaben zum Zusammenhang von Unternehmen und Märkten sind in der Weltwirtschaftskrise für Wirtschaft und Politik von großer Bedeutung.)  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756415736\\_1701625.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7756415736_1701625.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748357811\\_1701820.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748357811_1701820.pdf)

## **VIII. Initiativen gegen die Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU**

### **10.06.2010 – Antrag – Drucksache 17/1976**

Den Europäischen Auswärtigen Dienst entmilitarisieren (DIE LINKE fordert die Entmilitarisierung des EAD und spricht sich für eine volle parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament und die nationalstaatlichen Parlamente aus.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780237644\\_1701976.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780237644_1701976.pdf)

### **20.05.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/01682**

EU-Mission zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform in Guinea-Bissau  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748878145\\_1701682.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7748878145_1701682.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765120553\\_1701888.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765120553_1701888.pdf)

### **10.03.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/956**

Deutsche Positionen zur Ausgestaltung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724480476\\_1700956.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7724480476_1700956.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781437565\\_1701251.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7781437565_1701251.pdf)

### **10.02.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/638**

Deutsche Beteiligung an Ausbildung und Ausrüstung von Sicherheitskräften im Ausland und zu Sicherheitssektor-Reformen  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795280502\\_1700638.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7795280502_1700638.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730947703\\_1700766.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7730947703_1700766.pdf)

### **17.09.2009 – Änderungsantrag – Drucksache 16/14015**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der EU (GASP)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787125567\\_1614015.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787125567_1614015.pdf)

### **20.03.2008 – Kleine Anfrage – Drucksache 16/8557**

Abgrenzung der zivil-militärischen Aufgaben, Finanzierung sowie hoheitliche Kontrolle des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732123187\\_1608557.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732123187_1608557.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706161797\\_1608713.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706161797_1608713.pdf)

**25.04.2008 – Antrag – Drucksache 16/8881**

Konsequente Energiewende statt Militarisierung der Energieaußenpolitik  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719270441\\_1608881.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7719270441_1608881.pdf)

**16.04.2008 – Kleine Anfrage – Drucksache 16/8804**

Klimawandel und internationale Sicherheit  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7747315426\\_1608804.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7747315426_1608804.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728296903\\_1609136.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7728296903_1609136.pdf)

**IX. Initiativen zu deutschen Rüstungsexporten und deutscher Rüstungsexportförderung**

**11.05.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/1632**

Rüstungsexportförderungsmaßnahmen der Bundeswehr  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7773965232\\_1701632.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7773965232_1701632.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739790810\\_1701826.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7739790810_1701826.pdf)

**25.03.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/1106**

Einfluss der Rüstungslobby auf verteidigungspolitische Entscheidungen  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794562665\\_1701106.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7794562665_1701106.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765908909\\_1701414.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765908909_1701414.pdf)

**03.12.2009 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/82**

Transparenz und Aufklärung über deutsche Rüstungsexporte  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746987972\\_1700082.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746987972_1700082.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708688301\\_1700309.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708688301_1700309.pdf)

**X. Initiativen zu Freihandel, Außenwirtschafts- und Handelspolitik Deutschlands und der EU**

**10.06.2010 – Antrag – Drucksache 17/01970**

Freihandelsabkommen EU-Kolumbien-Peru - Mitwirkungsrecht des Deutschen Bundestags sichern (DIE LINKE fordert, das Abkommen zwischen EU, Kolumbien und Peru auch dem Bundestag zur Entscheidung über die Ratifizierung vorzulegen, weil das Freihandelsabkommen auch nicht vergemeinschaftete Politikbereiche wie z.B. Menschenrechtsfragen berührt.)  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7761874624\\_1701970.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7761874624_1701970.pdf)

**21.04.2010 – Antrag – Drucksache 17/01403**

VI. EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfel in Madrid: den Aufbruch zur zweiten Unabhängigkeit Lateinamerikas solidarisch unterstützen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799411780\\_1701403.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7799411780_1701403.pdf)

**16.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/01015**

Menschenrechte in Kolumbien auf die Agenda setzen – Freihandelsabkommen EU-Kolumbien stoppen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740185718\\_1701015.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7740185718_1701015.pdf)

**14.12.2007 – Antrag – Drucksache 16/7473**

EU-AKP-Abkommen: Faire Handelspolitik statt Freihandelsdiktat (DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, den Druck der EU-Kommission auf die AKP-Staaten zurückzuweisen).  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704654691\\_1607473.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7704654691_1607473.pdf)

**XI. Sonstige europapolitische Anträge der Fraktion DIE LINKE**

**10.06.2010 – Antrag – Drucksache 17/01967**

Europäische Bürgerinitiative bürgerfreundlich gestalten  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7710876580\\_1701967.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7710876580_1701967.pdf)

**10.06.2010 – Kleine Anfrage – Drucksache 17/01919**

Die Tätigkeit des ständigen Ausschusses des Rates für die innere Sicherheit und die Teilnahme deutscher Vertreter  
**Kleine Anfrage:** [http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784695494\\_1701919.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7784695494_1701919.pdf)  
**Antwort der Bundesregierung:**  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743071381\\_1702262.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743071381_1702262.pdf)

**06.05.2010 – Antrag – Drucksache 17/01568**

Veränderung der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments in der laufenden Wahlperiode  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791043898\\_1701568.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7791043898_1701568.pdf)

**25.03.2010 – Entschließungsantrag – Drucksache 17/1171**

Verhandlungen über die Aufnahme Islands in die Europäische Union eröffnen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712504514\\_1701171.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712504514_1701171.pdf)

**18.03.2010 – Antrag – Drucksache 17/1059**

Verhandlungen über die Aufnahme Islands in die Europäische Union eröffnen  
[http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771369911\\_1701059.pdf](http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771369911_1701059.pdf)

